



I 4113

Der

Befähigungsnachweis im Handwerk.

Inaugural-Dissertation

zur

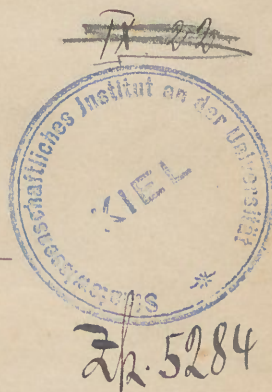
Erlangung der Doktorwürde

der

Hohen philosophischen Fakultät
der vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Thilo Hampke
aus Brandenburg.



Halle a/S. 1892.

1898

Befähigungsnachweis im Handwerk

Ingenieur-Diplom

Erteilung an den Bewerber

Herrn Otto Hermann
der technischen Hochschule in Halle a. S.

Thilo Harpke
am 1. März 1898

Halle a. S. 1898

Meinen Eltern.

Meinen Eltern

Herrn Geheimen Regierungsrat Professor Dr. J. Conrad,
meinem hochverehrten Lehrer, gebührt hier das erste Wort herz-
lichen Dankes. Denn ihm verdanke ich nicht nur die Anregung
zu der vorliegenden Abhandlung und ein für Ausführung und Fort-
gang derselben lebhaft bekundetes Interesse, sondern überhaupt die
allseitigste reichste Förderung im Studium der Nationalökonomie
und in der wachsenden Erkenntnis ihrer Auffassung.

Herrn Geheimen Hofrathen Professor Dr. J. G. Dorn,
 seinem hochverehrten Lehrer, gedient hier das erste Wort der
 hohen Ehre. Diese die verdienstliche ist nicht nur die
 an der vorliegenden Abhandlung, sondern als die
 ganz derselben lebhaft bezeugte, sondern auch die
 allseitige reichliche Förderung im Hinblick der
 und in der verdienstlichen
 Abhandlung.

Vita.

Thilo Hampke natus sum Brandenburgi a. d. VII. Id. Febr. parentibus, quibus adhuc superstitionibus vehementer gaudeo, Carolo et Henrietta e gente Jaenicke. Fidei addictus sum evangelicae. Litterarum elementis imbutus ab a. 1876 ad a. 1888 gymnasium reale adii Halense. Autumno a. 1888 testimonio maturitatis accepto primum Halis Saxonum, deinde Berolini, tum Friburgi Brisigaviae denique Halis rebus oeconomico-politicis et litteris philosophicis incubui. Docuerunt me viri doctissimi atque illustrissimi Goldschmidt, de Gneist, Schmoller, de Treitschke, Wagner Berolinenses, Adler, Herkner, Rosin, de Phillipsberg Friburgenses, Conrad, Diehl, Droysen, Erdmann, Fitting, Friedberg, Haym, Kirchhoff, Lastig, Löning, Stammler Halenses, Berolini Schmoller seminario oeconomico-politicis, Friburgi de Philippsberg, Halis Conrad me ascripserunt. Quibus viris optime de me meritis, maximam gratiam semper et habeo et referam studiorum fautoribus, maxime autem memoriam Conradi, cuius comitati plurimum debeo, nunquam ex animo amittam.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	1
I. Abteilung.	
Die Lage des heutigen Handwerkerstandes und ihre Ursachen . . .	5
Kapitel I. Die Größe der Handwerkerbevölkerung Deutschlands . .	5
Kapitel II. Die Stellung der Gewerbefreiheit zur Lage des Handwerks	8
Kapitel III. Darstellung der Wirkung der Konkurrenz der Groß- industrie für das Handwerk und das aus derselben sich ergebende Verhältnis zwischen beiden Betriebsformen	10
Kapitel IV. Die Stellung des Handwerkers zu der Gewerbefreiheit und den veränderten gewerblichen Verhältnissen	16
Kapitel V. Die Wirkung der allmählichen Auflösung der Organisation auf die allgemeine Lage der Kleingewerbe	20
Kapitel VI. Die drei wichtigsten zum Schutze des Handwerks erlasse- nen Gesetze und ihre Folgen	26
II. Abteilung.	
Die auf die Einführung des Befähigungsnachweises gerichtete neuere deutsche Handwerkerbewegung	30
Einleitung	30
Kapitel I. Die erste Periode der Handwerkerbewegung bis zum Auf- treten der Innungsfrage im Jahre 1878	35
Kapitel II. Die zweite Periode der Handwerkerbewegung bis zum Er- laß der österreichischen Gewerbenovelle vom 15. März 1883	38
Kapitel III. Die dritte Periode der auf Einführung des Befähigungs- nachweises gerichteten Handwerkerbewegung bis zur Interpellation Hitze im deutschen Reichstage vom 24. November 1891	55

Einleitung.

Unter den großen sozial-politischen Fragen der Gegenwart spielte die Handwerkerfrage, die bisher mehr untergeordnet war, erst in jüngster Zeit eine hervorragendere Rolle.

Durch die großartigen Erfindungen im vorigen und namentlich in unserm Jahrhundert, durch die damit verbundenen Verbesserungen unserer Kommunikationsmittel, die Ausbildung der Kreditwirtschaft etc. war die Entwicklung der Produktion mehr und mehr auf den Maschinenbetrieb im großen Maßstabe gedrängt worden, der tausende und abertausende kleiner Handwerker, die bisher die Produktion in den Händen gehabt hatten, entbehrlich machte und sie häufig zu Fabrikarbeitern und Hausindustriellen herabdrückte. Die neuere Kulturentwicklung hatte also namentlich dem Handwerkerstande schwere Wunden geschlagen, die um so mehr einer Heilung bedurften, weil gerade dieser eine sehr bedeutende Schicht unsres Volkes umfaßt, und zwar die, welche bisher ganz besonders den Kern des breiten zufriedenen Mittelstandes im Staate gebildet hatte, der nun Gefahr lief, sich mehr und mehr in einen unruhigen, aus der Hand in den Mund lebenden Stand von Proletariern zu verwandeln, welcher nur zu leicht geneigt war, den verführerischen Irrlehren der Sozialdemokratie sein Ohr zu leihen. Gerade die hohe Gefahr, die darin erblickt werden mußte, daß der Stand, der bisher eins der konservativsten Elemente im Volke mit gebildet hatte, sich in einen Umsturzbestrebungen geneigten, Proletarierstand zu verwandeln drohte, hat am nachdrücklichsten die

Augen der Regierung und der öffentlichen Meinung mit zwingender Gewalt auf die Handwerkerfrage hingewiesen. Besonders die Kleingewerbetreibenden fingen an, der Sozialdemokratie die rührigsten Elemente zu stellen, denn Dank ihrer besseren Bildung schwangen sich meist Handwerker zu den Führern und energischsten Agitatoren derselben empor.

Als sich daher nach Einführung der Gewerbefreiheit durch die Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 die Mifsstände, die sich seither im Handwerk, namentlich im Lehrlings- und Gesellenwesen, herausgebildet hatten, bei der immer größeren Organisationslosigkeit im Handwerkerstande in größerer Schärfe zeigten, machte sich in demselben ein neuer Aufschwung der Handwerkerbewegung geltend, die, da die Kleingewerbetreibenden annahmen, daß alle die sie schwer bedrückenden Mifsstände einzig und allein durch die Gewerbefreiheit, oder Gewerbefrechheit, wie sie die Handwerker zu bezeichnen liebten, hervorgerufen sei, dazu führte, daß diese nun eine Beseitigung der Gewerbefreiheit energisch forderten und ihre Wünsche in einer mehr oder minder zünftlerischen Richtung geltend machten. Die Regierung und der Reichstag erkannten die Mifsstände an und suchten dieselben soviel als möglich zu beseitigen, ohne mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit zu brechen. Eine Anzahl von Gesetzen wurden zum Schutze des Handwerkerstandes erlassen, von denen das Innungsgesetz, welches die zu Schattenwesen herabgesunkenen Innungen wieder zu lebenskräftigen, öffentlich-rechtlichen Korporationen machen wollte, als das wichtigste hervorzuheben ist. Der Handwerkerstand, der das Vertrauen in seine eigne Kraft verloren hatte und der nichts mehr von dem im Innungsgesetz anerkannten Prinzip der Selbsthilfe hielt, wünschte energisch die obligatorische Innung, und in Verbindung mit dieser Forderung trat auch die des Befähigungsnachweises hervor.

In dieser Einrichtung, die zur alten Zunftzeit zur Blüte und Ehre des Handwerks geführt hatte, glaubte ein immer größerer Teil des organisierten Handwerkerstandes das Mittel zur Lösung der Handwerkerfrage gefunden zu haben. Diese Ansicht über die Wirkung des Befähigungsnachweises hat sich so sehr noch in jüngster Zeit im Handwerkerstande vertieft, daß auf dem dritten deutschen Innungstage im Jahre 1890 der Referent über diesen Punkt der Tagesordnung unter allgemeiner Zustimmung den Ausspruch thun konnte, daß mit dem Befähigungsnachweis die Handwerkerfrage stehe und falle. Ein Umstand, der die Kleingewerbetreibenden in dieser

ihrer Forderung noch bedeutend bestärken mußte, war jedoch der, daß auch die konservative Partei und das Centrum sich zur Ansicht derselben bekannten, und daß der Reichstag infolge von Anträgen, die aus diesen beiden Parteien und aus dem Schofse der freikonservativen Partei hervorgingen, sich sechs Jahre lang von 1884 bis 1890 in langen Debatten mit dieser Frage beschäftigte, bis endlich am 20. Januar 1890 die Anträge, den Befähigungsnachweis betreffend, mit 130 gegen 92 Stimmen zur Annahme im Reichstage gelangten.

Die Regierung, die sich diesen zünftlerischen Bestrebungen gegenüber immer ablehnend verhalten hatte, blieb ihrer Stellung treu, denn der Bundesrat, dessen Zustimmung die im Reichstag angenommenen Gesetzesvorschläge erhalten mußten, falls der Befähigungsnachweis in Deutschland Gesetz werden sollte, trat dieser Frage bis heute nicht näher. Der Handwerkerstand liefs sich jedoch durch diese abweisende Haltung der Regierung nicht von seiner Forderung abschrecken. Die auf dem Innungstage vom 1.—3. Juni 1890 zu Berlin vereinigten Innungsverbände, Innungsausschüsse und Innungen Deutschlands nebst dem allgemeinen deutschen Handwerkerbunde wandten sich mit einer Immediat-Eingabe an seine Majestät den Deutschen Kaiser Wilhelm II., der sein großes Interesse für die Lösung der sozialen Frage schon wiederholt bewiesen hatte, indem sie ihn baten, eine Immediat-Kommission einsetzen zu lassen, in der dem Handwerkerstande, der seit dem Inkrafttreten des Innungsgesetzes für die Anerkennung der gesetzlichen Bestimmungen eingetreten sei und der die Schäden des Handwerks kennen gelernt habe, Gelegenheit geboten werde, dieselben klar zu legen, um diese Untersuchung der gesamten Fragen der deutschen Handwerkerbewegung als Grundlage zu einer Reformgesetzgebung dienen zu lassen. Diese Eingabe an seine Majestät den Kaiser hatte insoweit Erfolg, als in diesem Jahre vom 15.—17. Juni eine Handwerkerkonferenz zwischen Vertretern des Reichsamts des Innern und des preussischen Handelsministeriums einerseits und 21 von dem Vorstände des Central-Ausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands und des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes vorgeschlagenen Handwerksmeistern andererseits stattgefunden hat. Ueber die Verhandlungen ist bisher nichts Genaues bekannt geworden, nur steht so viel fest, daß sich alle Vertreter des Handwerkerstandes auch an dieser Stelle für ihre Hauptforderung, den Befähigungsnachweis, ausgesprochen haben.

Der Handwerkerstand erhoffte von dieser Konferenz ungemein viel, er glaubte, daß auf Grund der gepflogenen Verhandlungen weitgehende Gesetzesvorlagen zum Schutze des Handwerks von der Regierung eingebracht werden würden; daß diese sich aber nicht auf den Befähigungsnachweis erstrecken werden, steht seit der Interpellation Hitze vom 24. November dieses Jahres fest, denn der Herr Staatssekretär von Boetticher bezeichnete in der Antwort auf diese Interpellation die Wünsche der Handwerker auf Einführung des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Innung für undurchführbar.

Wir haben aber geglaubt, gerade weil die Frage des Befähigungsnachweises so viel Staub aufgewirbelt und seit vielen Jahren in der Presse, in Handwerkerversammlungen und im Reichstag von den verschiedensten Standpunkten aus meist einseitig beleuchtet worden ist, ein nicht ganz unnützes Werk zu unternehmen, wenn wir diese noch ungelöste Frage von einem vollständig unparteiischen, rein wissenschaftlichen Standpunkte aus, darzustellen versuchten.

I. Abteilung.

Die Lage des heutigen Handwerkerstandes und ihre Ursachen.

Kapitel I.

Die Gröfse der Handwerkerbevölkerung Deutschlands.

Bevor wir der Handwerkerfrage und ihren Ursachen näher treten, soll nur ein kurzer Blick auf die Gröfse der Handwerkerbevölkerung im deutschen Reiche geworfen werden, denn gerade in Bezug auf diesen Punkt huldigte man bisher vielfach falschen Anschauungen. Wie oft kann man heute noch die Ansicht äußern hören, dafs das Handwerk bei der jetzigen Entwicklung der Industrie gegenüber dem Fabrik- und Grofsbetrieb kaum noch wesentlich in Betracht komme. Die Ursache dieser unrichtigen Ansichten liegt wohl hauptsächlich darin, dafs bei der Unmöglichkeit einer allgemein giltigen Definition des Begriffes Handwerk die Statistik bisher noch nicht in der Lage war, die Zahl der Handwerker sicher festzustellen. Ein Blick auf die deutsche Gewerbestatistik lehrt aber doch, wenn man auch keine festen Zahlen angeben kann, wie bedeutende Schichten unserer Bevölkerung immer noch im Handwerk oder im Kleingewerbe ihre Nahrung suchen und finden.

Nach der Gewerbezahlung vom 1. Dezember 1875 ¹⁾ arbeiteten von dem gesamten, in den eigentlichen Gewerben beschäftigten Personal 65,3 % oder 3 238 938 Personen in den Betrieben mit weniger

¹⁾ Statistik des deutschen Reichs: Die Ergebnisse der deutschen Gewerbezahlung vom 1. Dezember 1875, Bd. XXXIV und Bd. XXXV.

als fünf Gehilfen und nur 34,7 % oder 1 722 873 Personen in den Großbetrieben. Nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 ¹⁾ stellte sich das Verhältnis zwischen beiden Betriebsformen wesentlich anders, zeigte aber dennoch ein bedeutendes Überwiegen der Kleinbetriebe. Es waren nach dieser neueren Zählung 61,2 % oder 3 368 044 Personen in den kleinen und 38,8 % oder 2 135 485 Personen in den großen Betrieben beschäftigt, wenn auch hier wieder die Unterscheidungszahl von fünf Gehilfen als Grenze zwischen beiden Unternehmungsformen festgehalten wird. Von diesen am 5. Juni 1882 im Kleingewerbe beschäftigten 3 368 044 Personen waren allein 2 205 976 Geschäftsleiter und nur 1 162 068 Gehilfen, so daß sich also in diesen Kleinbetrieben das Verhältnis zwischen Geschäftsleitern und Gehilfen wie 65,5 : 34,5 stellt, während am 1. Dezember 1875 sich dasselbe wie 67,2 : 32,8 verhielt.

Diese 3 368 044 Personen können nicht ganz für das Handwerk in Anspruch genommen werden, da sich der Begriff Kleingewerbe und Handwerk nicht vollständig decken und unter den hier gezählten Gewerbsgruppen allerdings nur einige wenige vorhanden sind, die nicht handwerksmäßig, sondern auf andere Weise betrieben werden. Würde sich also die oben angeführte Zahl der im Kleingewerbe Beschäftigten um etwas verringern, wenn wir unter ihnen nur die Handwerker ermitteln wollten, so wird auf der andern Seite unser Schluß auf die Größe der Handwerkerbevölkerung ein bedeutend richtigerer, wenn wir bedenken, daß bei der Berufszählung die Zahl von fünf Gehilfen die Grenze zwischen Groß- und Kleinbetrieben gebildet hat.

Ein Handwerker kann aber bedeutend mehr als fünf Gehilfen beschäftigen, ohne seinen speziellen Charakter als solcher zu verlieren und Fabrikant oder Großindustrieller zu werden. Unter dieser zweiten Betrachtungsweise wird also wohl die Zahl der Personen, die bei der ersten hätte in Fortfall kommen müssen, reichlich wieder ersetzt werden, so daß, wenn auch eine feste Zahl nicht angegeben werden kann, man nicht fehlgehen wird, wenn man, wie das wohl auch fast allgemein geschieht, ungefähr 3 bis 4 Millionen im Handwerk beschäftigte Personen im deutschen Reiche jetzt noch annimmt. Der Herr Abgeordnete Meyer (Jena) giebt sogar in seiner gelegentlich der Verhandlungen über den Befähigungsnachweis, im Reichstage am 25. Januar 1888 gehaltenen

¹⁾ Statistik des deutschen Reichs. Neue Folge Bd. 6 und 7.

Rede die in Handwerksbetrieben beschäftigten Personen nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 auf 4719511 Personen an, von denen mehr als $1\frac{1}{2}$ Millionen selbständig sein sollen. Da wir jedoch nicht wissen, auf welchen Berechnungen diese Zahl beruht, so können wir diese, ohne uns für deren Richtigkeit verbürgen zu wollen, hier nur anführen. Einen festeren Halt bekommt diese summarische Schätzung der Handwerkerzahl noch, wenn wir uns die Anzahl der in einzelnen Gewerben beschäftigten Personen vergegenwärtigen, von denen wir genau wissen, daß sie in der Hauptsache heute noch handwerksmäÙig betrieben werden.

Wir wollen folgende beliebig herausgegriffene Gewerbe zur Charakteristik der GröÙe der Handwerkerzahl hier anführen.

Es waren nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 beschäftigt:

in der	Selbständige.	Gehilfen.	Summa.
1. Schuhmacherei,	245 118	184 204	429 322
2. Maurer,	49 043	324 227	373 270
3. Schneiderei (Schneider und Schneiderinnen),	204 670	124 028	328 698
4. Tischlerei und Parkettfabrikation,	113 676	162 645	276 321
5. Zimmerer,	32 531	151 199	183 730
6. Bäckerei und Konditorei,	74 283	109 047	183 330
7. Grob- und Hufschmiede,	71 836	87 306	159 142
8. Fleischerei,	60 634	69 997	130 631
9. Schlosserei (inklusive Geldschränke),	25 077	103 322	128 399
10. Stubenmalerei, Staffiererei und Anstreicherei,	30 781	61 096	91 877
11. Stellmacherei, Wagenbau,	44 736	40 781	85 517
12. Sattlerei, Riemerei,	27 245	31 705	58 950
13. Böttcherei,	32 005	26 490	58 495
14. Klempnerei, Blechwarenfabrikation,	18 428	32 927	51 355
15. Drechslerei, Dreh- und Schnitzwaren, Kork-schneidereien,	20 322	26 321	46 643
16. Buchbinderei und Kartonagefabrikation,	11 938	30 514	42 452
17. Bader, Haarschneider,	21 044	15 624	36 668
18. Korbmacherei,	21 206	11 972	33 178
19. Dachdecker,	11 911	17 095	29 006
20. Glaser,	11 901	8 031	19 932
Summa	1 128 385	1 618 531	2 736 916

In diesen zwanzig Gewerben, von denen doch wohl angenommen werden kann, daß sie in der Hauptsache noch handwerksmäÙig betrieben werden, sind also allein 2736916 Gewerbetreibende be-

schäftigt, doch darf man auch hier wiederum diese Zahl von Personen keineswegs nur für das Handwerk allein in Anspruch nehmen, denn erstens finden sich unter den 1128385 selbständigen Gewerbetreibenden eine Anzahl solcher Personen, die als Fabrikanten oder Großindustrielle bezeichnet werden müssen, andererseits aber auch, wie z. B. in der Schneiderei und Schuhmacherei, solche, die gar nicht mehr selbständig sind und daher unter die Hausindustrie gehören. Ferner werden sich unter den 1618531 Gehilfen, wie z. B. in der Schlosserei, viele Personen finden, die mehr als Fabrikarbeiter, oder wie in dem Maurer- und Zimmerergewerbe, mehr als Handlanger oder Handarbeiter, wie als Handwerksgehilfen angesehen werden müssen. Ziehen wir alle diese Momente mit in Betracht, so muß doch die Thatsache, daß zwanzig hauptsächlich handwerksmäßig betriebene Gewerbe schon eine so bedeutende Zahl von Personen umfassen, einen Anhalt für die Bedeutung, die das Handwerk als solches immer noch hat, geben.

Glauben wir so mit diesen wenigen Angaben die Größe des jetzigen Handwerkerstandes und die durch dieselbe bedingte Wichtigkeit der Handwerkerfrage für unsere Zwecke genügend illustriert zu haben, da eine genauere statistische Beobachtung wegen des unzureichenden Materials und der vielen Fehlerquellen doch nicht zu sicheren Resultaten führen würde, so wollen wir im Folgenden nun dieser Frage selbst näher treten.

Kapitel II.

Die Stellung der Gewerbefreiheit zur Lage des Handwerks.

Der eigentliche Grund der heutigen Lage des Handwerkerstandes ist ohne Zweifel durch Einführung der Dampfmaschine in die Industrie gelegt worden. Nach dem Aufkommen des Großbetriebes und des interlokalen Verkehrs mußte das alte Zunftsystem, unter dem das Handwerk eine hohe Blüte erlangt hatte, einer immer größeren Bevormundung seitens des Staates sich unterziehen. Nach der allgemeinen Benutzung der Dampfkraft zum Warentransport auf Eisenbahnen und Dampfschiffen mußte auch diese, welche ihr Grundprinzip in der Verleihung des Meisterrechts nach dem Ortsbedarf gehabt hatte, zur Absurdität werden, und nachdem

schon Österreich uns zehn Jahre früher mit gutem Beispiel vorgegangen war, wurde auch am 21. Juni 1869 in Deutschland die Gewerbefreiheit allgemein eingeführt.

Das Wesen dieser neuen, heute noch giltigen Gewerbeverfassung besteht darin, daß jeder, ohne Rücksicht auf seine etwaige Vorbildung, an jedem beliebigen Orte jedes Gewerbe anmelden und betreiben kann. Etwaige Beschränkungen dieser Freiheit sind bei Gewerben, deren Ausübung das Leben, die Gesundheit oder die Sittlichkeit gefährden, mehrfach vorgesehen; sie sind jedoch nur Ausnahmen von der Regel, welche das Prinzip der Freiheit keineswegs durchbrechen. Die Beschränkungen in der Gewerbeordnung sind also nur dazu da, um die Freiheit nicht zur Zügellosigkeit werden zu lassen. Um gleiche Rechte für alle zu schaffen und jedem die Möglichkeit zu geben, jedes Handwerk zu ergreifen und in ihm, wo und wie er will, bestmöglichst seine Kräfte zu verwerten, war eine Beseitigung der früheren gewerblichen Schranken nötig geworden. Daß man bei Wegräumung derselben bei Erlaß der neuen Gewerbeordnung vielfach zu weit ging und die Grenzlinien der Beschränkungen der Freiheit nicht immer richtig steckte, muß heute wohl allgemein zugestanden werden. So viel steht aber gewiß ebenfalls fest, daß die Gewerbefreiheit vollkommen den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprach und daß sie im weitesten Sinn des Wortes als die Hauptursache des hohen Standes des heutigen blühenden gewerblichen Aufschwunges bezeichnet werden muß.

Wir wollen deshalb gleich an dieser Stelle betonen, daß wir es für vollkommen unberechtigt halten, wenn der Handwerkerstand für die sich in der Neuzeit herausgebildeten Mißstände im Handwerk einzig und allein die Gewerbefreiheit verantwortlich machen will. Nicht die Gewerbefreiheit, sondern die aus unendlich vielen Ursachen sich gestaltende Kulturentwicklung, namentlich die Umwälzungen in der Produktion, die sich am Ende des vorigen und besonders in unserem Jahrhundert vollzogen, haben die schon früher im Handwerk sich zeigenden Mißstände hervorgerufen. Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß sich diese nach Einführung der Gewerbefreiheit in größerer Schärfe zeigten, weil sie von manchem Beiwerk, das sie bisher milderte und verhüllte, entkleidet worden sind und weil namentlich nicht normale wirtschaftliche Zeiten dem Erlaß der neuen Gewerbeordnung folgten. Es muß stets festgehalten werden, daß die Revolution in unserer

Industrie nicht durch die Gewerbefreiheit, sondern die letztere durch die erstere hervorgerufen ist. Treten wir nun den, gerade nach Einführung der neuen Gewerbeordnung besonders im Handwerk sich zeigenden Mifsständen näher, so ist die Ursache derselben unserer Ansicht nach vor allem in drei Momenten zu erblicken, aus denen alle anderen abgeleitet werden können.

1. In der Entwicklung der Großindustrie und der dem Handwerk aus derselben erwachsenden scharfen Konkurrenz mit allen ihren sonstigen wirtschaftlichen Folgen.
2. In dem Umstand, daß ein großer Teil der Handwerker die höheren Anforderungen, die die Neuzeit mit ihren veränderten gewerbliche Verhältnissen an ihn stellte, nicht verstand und sie also auch nicht erfüllte.
3. In der von innen heraus im Handwerk erfolgten Auflösung der Organisation mit ihren Erscheinungen auf dem Gebiete des Lehrlings-, Gesellen-, Kassenwesens etc.

In diesen drei Hauptursachen ist ohne Zweifel der Grund der gedrückten Lage des heutigen Handwerks zu erblicken, wie im folgenden erwiesen werden soll.

Kapitel III.

Darstellung der Wirkung der Konkurrenz der Großindustrie für das Handwerk und das aus derselben sich ergebende Verhältnis zwischen beiden Betriebsformen.

Unterziehen wir zunächst die dem Handwerk durch die Großindustrie erwachsene scharfe Konkurrenz einer Betrachtung, so muß anerkannt werden, daß gerade die Gewerbefreiheit mit ihrem unbeschränkten Wettbewerb einerseits ein ungeheurer Hebel zu Verbesserungen und neuen Erfindungen gewesen ist und durch sie infolgedessen die bedeutenden Fortschritte in der Technik mit herbeigeführt worden sind, die überall das Handwerk mit seinen alten Einrichtungen zu beseitigen drohten; anderseits ist jedoch, da die Handwerker als die wirtschaftlich Schwächeren den Großindustriellen jetzt völlig frei gegenüber standen, auch auf diese Weise ein Zurückdrängen des Handwerks herbeigeführt worden. Doch wäre es vollkommen falsch, wenn man deshalb, wie es so vielfach

von seiten der Handwerker selbst, namentlich aber von den Sozialdemokraten betont worden ist, das Handwerk totsagen wollte.

Ein großer Teil der kleinen Handwerker kann freilich sich aus Mangel an Kapital die technischen Fortschritte nicht in sehr hohem Maße zu nutze machen, denn viele Maschinen sind für seinen kleinen Betrieb zu teuer. Der Großkapitalist, der diese vermöge seiner bedeutenden Geldmittel in Bewegung setzt, ist daher in der Lage, seine Massenartikel meist viel billiger und eleganter zu produzieren, weil ihm alle Vorteile, die der Großbetrieb vor dem kleinen stets besitzt und die in der größeren Intelligenz, in der Maschinenanwendung, in dem billigeren Einkauf von Rohstoffen, in der besseren Ausnutzung des Betriebskapitals, in der ausgebildeteren Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung und schließlich in dem ihm im hohen Maße zu Gebote stehenden Kredit und der damit verbundenen Beherrschung des Marktes zu suchen sind, zur Verfügung stehen. Wo alle diese Vorteile angewendet werden können, wird der Großbetrieb daher nicht nur wohlfeiler, sondern auch mannigfaltiger, schneller und massenhafter produzieren als der kleine, und in diesen Fällen wird der Handwerker im Kampf mit dem Fabrikanten nur sehr schwer seine Existenz zu bewahren wissen.

Die Verhältnisse liegen aber keineswegs in allen Produktionszweigen für den Großbetrieb so günstig, sondern es gibt bei näherer Untersuchung noch eine sehr große Zahl von Gewerben, wo alle diese angeführten Vorteile nicht angewendet werden können und wo deshalb das Kleingewerbe eine immer noch sichere Zukunft und Existenzfähigkeit besitzt. Aber auch hier herrscht vielfach die Ansicht, daß die Verhältnisse für die Großindustrie stets so günstig liegen, daß dieselbe binnen kurzer Zeit über das Handwerk zur Tagesordnung übergehen werde. Die Handwerker folgern aus dieser Ansicht, daß der Staat deshalb durch ganz besondere Maßregeln auch auf Kosten anderer Gesellschaftsklassen den Handwerkerstand künstlich erhalten müsse. Die Sozialdemokraten schlossen daraus, daß es ein vergebliches Bemühen sei, durch Gesetze dem Handwerk helfen zu wollen, da die natürliche Entwicklung sich durch solche nicht aufhalten lassen werde. Wir wollen nun kurz untersuchen, ob denn wirklich für das Kleingewerbe die Konkurrenz des Großbetriebes so gefährlich ist, und ob die Sozialdemokratie, welche die absolute Konkurrenzunfähigkeit beider Betriebsarten nebeneinander behauptet und

als die natürliche Folge der heutigen Wirtschaftsordnung die vollständige Aufsaugung der kleinen und mittleren Unternehmungen durch die großen Betriebe weissagte, recht behalten wird. Zu diesem Zweck glauben wir das zwischen Groß- und Kleinbetrieb jetzt noch herrschende Verhältnis einer näheren Betrachtung unterziehen zu müssen.¹⁾

Es gibt zunächst eine Gewerbeklasse, in der es dem Großbetrieb fast gelungen ist, den kleinen zu beseitigen, weil hier wegen der leichteren Anwendbarkeit großer Kraftmaschinen, des schnelleren Absatzes der Produkte und aller anderen Vorteile, die die Fabrik vor dem handwerksmäßigen Betriebe bietet, die Verhältnisse für die erstere besonders günstig liegen. Solche Gewerbe sind die Textilindustrie und die Färberei. In diesen Industriezweigen ist jetzt der Kampf bereits seinem Ende nahe und der Untergang des Kleinbetriebes besiegelt, weil es hier dem Handwerker nicht möglich gewesen ist, trotz aller Intelligenz und großen Fleißes durch kunstgewerbliche Leistungen, durch Ladengeschäft oder durch Anfertigung solcher Produkte, die von der Großindustrie nicht hergestellt werden können, sich einen Ersatz für den entrissenen Boden in weiterem Maße zu verschaffen. Hier hat der Handwerker dem Fabrikanten die Produktion fast vollständig überlassen müssen, er hat sich höchstens auf derartige Artikel gelegt, wo noch mittels technischer Verbesserungen die Vorzüge der Handarbeit erhalten werden können.

In einer anderen Gruppe, und diese ist unstreitig die zahlreichste, ist der Kampf mit dem Großbetrieb ausgebrochen und die Überlegenheit der Fabriken schon mehr oder weniger zur Geltung gekommen, doch sind hier genug Garantien für die Fortdauer des Kleinbetriebes geboten, weil das Produkt den mannigfachsten Bedürfnissen und Wünschen der Konsumenten in jedem einzelnen Falle angepaßt, d. h. individualisiert werden muß. Dies kann die Großindustrie, die nach Schablonen arbeitet, nur in beschränktem Maße. Unter diese Klasse von Gewerben gehören einige der wichtigsten, z. B. die Schneiderei, Schuhmacherei, Tischlerei, Drechslerei, die Gewerbe der Schlosser, Sattler und viele andere. Große Unterschiede sind jedoch in der Art der Konkurrenz der Großindustrie bei diesen verschiedenen Gewerben bemerkbar, da bei

¹⁾ Dr. Haushofer: Das deutsche Kleingewerbe in seinem Existenzkampfe gegen die Großindustrie. Berlin 1885 Seite 13 und folgende.

einzelnen derselben nur gewisse Artikel und Halbfabrikate der Großindustrie zufallen, wie etwa in der Schlosserei, während bei anderen die Konkurrenz der Fabriken sich im Gesamtbetriebe fühlbar macht und wiederum bei anderen weniger die technische, als die kaufmännische Überlegenheit des größeren Betriebes zur Geltung kommt, wie z. B. bei der Schneiderei und Schuhmacherei. Bei dem letzteren Gewerbe macht sich jedoch in jüngster Zeit auch die technische Überlegenheit mehr und mehr bemerkbar.

In manchen dieser Gewerbsarten und namentlich in der soeben erwähnten Schuhmacherei ist es allerdings durch mannigfaltige Erfindungen der Großindustrie gelungen, sich in hohem Maße den individuellen Bedürfnissen anzupassen, denn es wird z. B. in großen Schuhfabriken jede Fußform in so vielen Spezialitäten angefertigt, daß jeder, wenn er nicht ganz anormale Fußbildung besitzt und die nötige Geduld darauf verwendet, um die verschiedenen Nummern durchzuprobieren, passende Stiefel in einem derartigen Geschäft finden muß. Nur darf man auf der anderen Seite nicht außer acht lassen, daß es stets eine große Zahl von Personen gibt und auch geben wird, denen es ihre Mittel erlauben, sich Stiefel zu höheren Preisen nach Maß anfertigen zu lassen, die nicht Lust haben, der größeren Billigkeit wegen sich dem mühevollen langweiligen Anprobieren der Stiefel zu unterziehen. So hat sich denn auch in England und in allen den Staaten, in denen die gewerbliche Entwicklung schon weiter fortgeschritten ist und wo also auch die Schuhfabrikation viel größeren Umfang als bisher bei uns angenommen hat, sich ein gut situierter aber kleiner Schuhmacherstand erhalten, von denen der eine, vermögendere Teil hauptsächlich neue Schuhwaren nach Maß herstellt, der andere sich mehr mit Reparaturen und Flickarbeiten beschäftigt. In allen diesen oben erwähnten Gewerben ist der Übergang vom Klein- zum Großbetrieb ein sehr allmählicher, so daß in absehbarer Zeit an eine Verdrängung des Kleingewerbes in diesen Gewerbsarten nicht zu denken ist, da sie, durch den Umstand, daß ihre Produkte den individuellen Bedürfnissen der Kunden mehr oder weniger angepaßt werden müssen, sich eine dauernde Existenz erhalten können.

In einer dritten, ebenfalls zahlreichen Gruppe von Gewerben ist der Kleinbetrieb bisher noch verhältnismäßig wenig vom Großbetrieb beeinträchtigt worden. Wir meinen jene Gewerbe, deren Produkte oder Arbeitsleistungen derartige sind, daß sie unbedingt überall ununterbrochen, aber in geringen Quantitäten vom Publikum ver-

langt werden. Hierher gehören die Zweige der Nahrungsmittelindustrie und in gewissem Sinne auch das Baugewerbe. In allen diesen Erwerbszweigen ist für den Großbetrieb wegen der Kleinheit des Marktgebietes nicht genügender Absatz vorhanden, denn die Nahrungsmittelindustrie verarbeitet Produkte, die im ganzen Lande zerstreut produziert werden müssen, und setzt ihre Erzeugnisse Tag für Tag an einen Konsumentenkreis ab, der ebenfalls im ganzen Lande zerstreut wohnt. Im Baugewerbe hat sich allerdings der Großbetrieb bedeutend entwickelt, doch wird sich auch hier, da Häuser nicht, wie andere Waren, auf der Bahn verschickt werden können, auf dem Lande immer noch ein nicht unbedeutender Stand von kleinen Bauhandwerkern erhalten.

Schließlich gibt es noch eine letzte Gewerbsgruppe, in der der Großbetrieb noch so gut wie nicht um sich gegriffen hat, weil bei diesen eine größere Maschinenanwendung noch nicht in Gebrauch gekommen ist. Hierher gehören z. B. die Maler, die Barbieri, Friseure und Perrückenmacher, die Glaser und Korbflechter und andere. Wenn wir nun schon aus den bisher angeführten Gesichtspunkten einer bedeutenden Zahl von Handwerken eine gesicherte Zukunft zusprechen müssen, so ist noch aus zwei weiteren Gründen das Handwerk ganz besonders existenzfähig, nämlich als Reparatur- und als Kunsthandwerk.

Bei Reparaturen wird ein großer Teil von Handwerkern Beschäftigung finden, um die viele Arbeitskräfte erfordernden Gebiete der Reparatur und Unterhaltung schon vorhandener Gewerbsprodukte auszufüllen. Gerade dieses Gebiet hat sich in der Neuzeit noch erweitert, weil die massenhaften, nicht so haltbaren Fabrikate leichter und häufig früher Reparaturen erfordern als die soliden Handwerkswaren. Sodann ist das Kunsthandwerk noch sehr ausbildungsfähig und daher hier ganz besonders zu erwähnen. In demselben ist das Kunstwerk wesentlich Handprodukt eines oder doch nur weniger Menschen, und seine Herstellung erheischt regelmäßig eine bedeutend höhere technische Arbeitsleistung des Unternehmers. Das Kunsthandwerk, welches in erfreulicher Weise bereits in neuerer Zeit einen Aufschwung genommen hat, wird bei weiterer Entwicklung in der Lage sein, einen größeren gut situierten Handwerkerstand mit zu erhalten.

Hiermit ist klar gelegt worden, daß der Kleinbetrieb wirklich noch konkurrenzfähig ist und bleiben wird, weil für ihn noch genug günstige Momente vorhanden sind, welche die Vorteile der

Großindustrie nicht immer zur Geltung kommen lassen. Es ist daher unrichtig, wenn der Handwerkerstand die Beseitigung der Gewerbefreiheit energisch fordert, weil sonst das Handwerk von der Großindustrie ohne weiteres verschlungen werden würde. Wenn auch durch die Großindustrie dem Handwerk ein gefährlicher, ja häufig unüberwindlicher Gegner erwachsen ist, so wird doch das Arbeitsfeld derselben zwar durch diesen seinen mächtigen Rivalen eingeengt, ihm jedoch keineswegs ganz entzogen. Es gibt noch Arbeitsgebiete genug, auf welchen die individualisierende Schöpfungskraft des kleinen Meisters durch die schablonenmäßige Thätigkeit der Maschine bisher nicht ersetzt worden ist und auch nie ersetzt werden kann. Allerdings muß das Handwerk, falls es diese Gebiete sich sichern und erhalten will, auch wirklich Gutes leisten, und deshalb ist eine tüchtige vielseitige Ausbildung des Meisters in seinem Berufe jetzt mehr denn je eine Lebensfrage für seine wirtschaftliche Existenz geworden.

Wenn wir also auch auf der einen Seite nicht diese pessimistischen Ansichten bedeutender Schichten in der Handwerkerbevölkerung und der Sozialdemokratie zu teilen vermögen, so ist auf der anderen die furchtbare Macht der Konkurrenz, die dem Handwerkerstande aus der Großindustrie erwächst, nicht zu unterschätzen.¹⁾ In allen Gebieten, in denen ein Wettbewerb zwischen Handwerk und Fabrik besteht, zwingt die letztere durch ihre billigeren Preise das erstere überall unterbietend, ebenfalls sich mit einem geringen Verdienste zu begnügen, der bei der teuren Produktionsweise der Handwerker oft sogar so klein wird, daß derselbe nur noch sehr geringen Lohn für seine eigne Arbeitsleistung erhält. Durch höhere Löhne zieht der Fabrikant die tüchtigsten und besten Arbeitskräfte an sich, den Kleinhandwerker ebenfalls zu höheren Löhnen, für seine Gehilfen zwingend, die ihm bei seinem geringen Absatz und Umsatz schwer werden aufzubringen. Überall weiß der Großindustrielle durch tüchtige Reisende, große Auswahl und schnelle Bedienung den Kundenkreis an sich zu ziehen, so daß der Kleinhandwerker, dem vielfach der Absatz entzogen ist, häufig nur für seine halbe Arbeitskraft Beschäftigung findet und wegen Mangel an Aufträgen zu allen möglichen Nebenarbeiten seine Zuflucht nehmen muß.

¹⁾ Erhebungen über die Lage des Kleingewerbes in Baden. Karlsruhe 1887/88.

Sehr verhängnisvoll für den Handwerkerstand ist auch noch der Umstand gewesen, daß sich der Handel mehr und mehr der Handwerksprodukte bemächtigt hat. Immer verbreiteter ist heute die Sitte, nicht mehr bei dem Handwerker, dem direkten Produzenten zu kaufen, sondern in großen Magazinen, in denen bedeutende Vorräte in der schönsten Auswahl aufgespeichert sind, seine Bedürfnisse zu befriedigen. Durch diese Magazinwirtschaft wurde dann der Handwerker, der seine Produkte nicht direkt absetzen konnte, gezwungen, zu meist sehr billigen Preisen für derartige Geschäfte zu arbeiten und so aus einem selbständigen Handwerksmeister zu einem nur eine scheinbare Selbständigkeit bewahrenden Hausindustriellen oder Fabrikarbeiter herabzusinken. Diese großen Geschäfte führten dann lange Kreditfristen allgemeiner ein, die der kleine Handwerker, wenn er mit konkurrieren wollte, ebenfalls gewähren mußte, die jedoch anderseits seine nur mäßigen Kapitalkräfte bei weitem überstiegen. Verschärft wurde noch der Wettbewerb der Großindustrie durch Wandergeschäfte, Auktionen, Abzahlungsgeschäfte, ferner durch die Gefängnis- und Zuchthausarbeit, durch welche Einrichtungen man häufig nur schlechte Fabrikwaren, meist weit unter Kostenpreis verkaufte. Auch das mehr sich ausbildende Submissionswesen hatte für den Kleingewerbetreibenden ungünstige Folgen. Diese Konkurrenz wurde noch durch eine bedeutende Übersetzung im Handwerk selbst vermehrt.

Alle diese Umstände trugen dazu bei, daß der Handwerker ungleich höhere Anforderungen in der Neuzeit erfüllen mußte, als das bisher der Fall gewesen war.

Kapitel IV.

Die Stellung des Handwerkers zu der Gewerbefreiheit und den veränderten gewerblichen Verhältnissen.

Leider muß unbedingt zugegeben werden, daß ein sehr bedeutender Teil des Handwerkerstandes der Kulturentwicklung nicht folgte und die Forderungen, welche die veränderten gewerblichen Verhältnisse an ihn stellten, keineswegs erfüllte.

Früher, zur alten Zunftzeit, wo die technische Tüchtigkeit

das einzige und Haupterfordernis eines Handwerksmeisters gewesen war, brauchte er allein auf seine praktische Ausbildung den größten Wert zu legen, denn durch die Zunftorganisation wurde ihm ein genügender Absatz zu guten Preisen gewährleistet, falls er eine solide Ware lieferte. Mit dem Fall der Zunft war aber auch das Recht auf Arbeit und auf genügenden Absatz geschwunden und somit neben der technischen Tüchtigkeit die kaufmännische Ausbildung immer mehr von Wichtigkeit auch für den Handwerker geworden. Mit dem mächtigeren Aufschwung der Großindustrie und dem damit für den Kleingewerbetreibenden schwerer werdenden Absatz, überhaupt mit der in der Gewerbefreiheit immer intensiveren Konkurrenz hatte dieses zweite Moment in der Handwerker Ausbildung noch an Bedeutung gewonnen. Je mehr im Kleingewerbe die Arbeitsteilung Eingang fand, je mannigfaltiger Maschinen auch im Handwerk angewendet wurden, und also dieses somit den Charakter der Großindustrie in gewissem Sinne annahm, um so mehr mußte sich ein Handwerker die Eigenschaften, die ein Großindustrieller unbedingt besitzen soll, nämlich die, sein Geschäft geschickt zu leiten, aneignen. Es ist aber leider der Vorwurf, daß das Handwerk dem Finger der Zeit nicht gefolgt sei, nur zu berechtigt.¹⁾

Wie oft lassen die Waren zu wünschen übrig, wie häufig wird auf die verabredete Zeit nicht geliefert, und wie ungleich und unzuverlässig sind die Handwerker in der Berechnung der Preise? Viele gehen allein schon daran zu Grunde, daß sie nicht wissen, wie sie eine richtige Berechnung aufzustellen haben. Sie kaufen aus kaufmännischer Unbildung schlecht und, weil auf Kredit, teuer ein. Bei Submissionen machen sie viel zu niedrige Gebote, nur weil sie keinen ordentlichen Kostenanschlag zu berechnen verstehen. Etwas könnten sie wohl noch erreichen durch rasche und sorgfältige Lieferung; man besinnt sich aber erst Mitte der Woche, was auf den Sonnabend zu liefern wäre, und läßt daher die ungeduldig wartenden Kunden im Stich. Man übernimmt getrost Aufträge, ob man gleich weiß, daß, um sie ordentlich und zur Zufriedenheit auszuführen, alle Voraussetzungen fehlen. Das Handwerk trägt daher an seinem Niedergange auch einen großen Teil der Schuld, weil es seine Zeit nicht verstand.

¹⁾ Dr. E. Heitz: Studien zur Handwerkerfrage. Stuttgart 1889. Seite 173 und folgende.

Auch heute noch wird immer wieder von den Handwerkern fast einzig und allein die technische Ausbildung betont, und gerade diese soll durch den Befähigungsnachweis garantiert werden. Die kaufmännische Ausbildung dagegen und die allgemeine Bildung, die heute ebenso, wenn nicht noch mehr für einen Handwerksmeister vorhanden sein muß, und die durch den verlangten Befähigungsnachweis nicht festgestellt und gehoben werden kann, wird immer noch vernachlässigt und spielt in der Agitation der Handwerker gar keine Rolle. Wie sehr diese Vorwürfe gegen den Stand der Kleingewerbetreibenden berechtigt sind, geht auch noch aus einer Betrachtung der Stellungnahme der heutigen Handwerksmeister zur jetzt herrschenden Gewerbefreiheit hervor.¹⁾

Ohne Zweifel ist es nur eine kleine Minderzahl derselben, welche mit Energie und Kraft, mit technischem Scharfsinn und ökonomischer Einsicht ausgerüstet, die Elite des Handwerkerstandes bildet. Diese auserlesenen Handwerksmeister sehen in der Gewerbefreiheit und der Konkurrenz eine Notwendigkeit, in dem überhandnehmenden Großbetrieb einen unaufhaltsamen und natürlichen Vorgang. Sie stemmen sich nicht dagegen, sondern suchen mit Kraft und Ausdauer sich neuen wirtschaftlichen Boden zu schaffen. Sie verzichten auf jene Teile ihres Betriebs, in welchen sie mit den Fabriken nicht konkurrieren können, und erweitern und verbessern denselben nach jener Seite hin, wo die Handarbeit noch offenes Feld hat. Manche von ihnen werden aus Handwerksmeistern zu Fabrikbesitzern; anderen gelingt es, ein flottes Ladengeschäft in die Höhe zu bringen, ohne dabei ihre Werkstatt zu vernachlässigen. Sie sehen die moderne Aufgabe des Handwerks darin, in jene Lücken einzuspringen, welche der maschinenmäßige Großbetrieb immer noch läßt, und mit allen technischen Fortschritten auch alle Vorteile kaufmännischen Betriebs sich anzueignen. Sie zeigen, auf welchen Wegen das Handwerk vorwärts schreiten muß. Aber sie bilden leider nur eine kleine Minderzahl.

Eine große Zahl der kleinen Handwerksmeister, diejenigen, welche weder zu den besseren, noch zu den schlechtesten gehören, bildet den eigentlichen Kern des unzufriedenen Hand-

¹⁾ Dr. Max Haushofer: Das deutsche Kleingewerbe in seinem Existenzkampfe gegen die Großindustrie. Berlin 1885. Seite 33 und folgende.

G. Schmoller: Zur Geschichte der Kleingewerbe im 19. Jahrhundert. Halle 1870.

werks. Sie treiben ihr Handwerk im alten Geleise fort, sind zu einem grofsen Teile fleissig und solid in ihren Arbeiten, aber ohne jene Elastizität, welche notwendig wäre, um sich und ihren Betrieb den Anforderungen der Gegenwart anzupassen. Eine Rettung des Kleinhandwerks gegenüber der erdrückenden Übermacht des Grosfbetriebs sehen diese Leute in der Wiederherstellung der Zünfte. Sie sind deshalb in wirtschaftlichen Fragen reaktionär, wenn sie auch in politischen und religiösen Fragen liberal und fortschrittlich wären; die Gewerbefreiheit erscheint ihnen als ein gefräßiges Ungeheuer, das den Wohlstand und die ehrsame Zucht des alten Handwerks verschlungen habe. Aber auch von der Wiederherstellung der Zünfte, oder von Zwangsinnungen erwarten im Ernste wohl die meisten derselben keine rechte Wiedergeburt des Handwerks, so dafs allgemein Kleinmut und Verzagttheit über sie gekommen sind. Ihr Handwerk freut sie nicht mehr; wenn sie einen armseligen Posten als Hausmeister, Büreaudiener, als niedrige Eisenbahnbedienstete erhalten können, haschen sie darnach und ziehen es vor, ihr Leben lang in solchen untergeordneten Stellungen fortzuvegetieren, statt selbständige Unternehmer zu sein. Dies sind meist diejenigen, die der Handwerkerfrage gleichgültig gegenüberstehen oder die als Sozialdemokraten von anderer Seite eine Reform erwarten.

Diejenigen Handwerker, die an eine Wiedergeburt im Handwerk glauben, die noch fest an demselben hängen, sind der Mittelschlag der Menschen, der allerwärts überwiegt und der für den Befähigungsnachweis mit Wärme eintritt. Es sind darunter auch manche Wohlhabende mit ererbtem, seltener mit erworbenem Besitz. Sie suchen ihr Handwerk zu treiben, wie es der Vater und der Grofsvater gethan; die neue Zeit verstehen sie nicht, sie sehen nur, dafs sie trotz aller Arbeit nicht vorwärts kommen, sie haben die dumpfe Erinnerung, dafs es früher um das Handwerk besser gestanden habe. Das sittlich Berechtigte ihrer Bestrebungen liegt in einem gewissen spiefsbürgerlichen Festhalten an althergebrachter Zucht und Sitte, das freilich nicht gepaart ist mit dem Verständnis für die neue technische Bildung, die sie ihren Lehrlingen geben müfsten. Ausschliesslich sehen sie das Heil der Handwerkersache daher in alten Zunftrechten.

Der Hauptpunkt in den Klagen, welche diese mißvergnügte Majorität des Kleingewerbes führt, ist aber eine unbestimmte Vorstellung davon, dafs die vergangenen Zustände besser gewesen seien,

2*

als die heutigen, daß die alte gewerbliche Ordnung und Gliederung in Zerfall geraten und mit ihr der gewerbliche Wohlstand verschwunden sei. Man führt diese Klagen und gibt sich keine Rechenschaft darüber, wie die beklagten Zustände entstanden sind.

Gerade der Irrtum der Handwerker, den Rückgang des deutschen Kleingewerbes der Gewerbefreiheit allein zur Last zu legen, ist ein Hauptgrund dafür gewesen, daß die Handwerkerbewegung überhaupt einen so bedeutenden Umfang annehmen konnte. Überall, nur nicht bei sich selbst, suchten die Handwerker die Gründe für den Niedergang ihrer Gewerbe. Sie begriffen nicht, daß nur derjenige, der in allen Punkten die Anforderungen, die die Neuzeit an ihn stellt, auch wirklich erfüllt, eine Aussicht auf gesicherte wirtschaftliche Existenz habe. Freilich darf nicht vergessen werden, daß auch viele andere Umstände dazu mitwirkten, daß der Handwerker seine Aufgaben nicht richtig erfüllen konnte und unter diesen ist die innere Organisationslosigkeit im Handwerkerstande hauptsächlich mit zu erwähnen.

Kapitel V.

Die Wirkung der allmählichen Auflösung der Organisation auf die allgemeine Lage der Kleingewerbe.

Das dritte, wohl wichtigste Moment, welches auf die Gestaltung der Kleingewerbe in der Neuzeit eingewirkt hat, ist die im Laufe unseres Jahrhunderts erfolgte Auflösung der inneren Organisation im Handwerkerstande, welche früher jedem einzelnen einen Halt geboten hatte und zugleich die Grundlage für die manigfaltigen Einrichtungen auf sozialem Gebiete gewesen war.¹⁾ In ihr war nicht nur die gewerbliche Ausbildung gestützt worden, sondern sie hatte auch durch Arbeitsnachweis, Herbergs- und Kassenwesen, durch eigne gewerbliche Gerichtsbarkeit sehr zum Gedeihen der Gewerbe in ihrer Gesamtheit, wie auch der einzelnen Meister beigetragen. Diese Organisation, in der jede einzelne Einrichtung zur Zunftzeit

¹⁾ J. F. H. Dannenberg: Das deutsche Handwerk und die soziale Frage. Leipzig 1872.

Schriften des Vereins für Sozial-Politik. Bd. X. Die Reform des Lehrlingswesens. Bd. XI. Verhandlungen über die Reformen des Lehrlingswesens. S. 71 bis 186.

harmonisch eingeordnet war, hatte nun einer völligen Atomisierung der Handwerker Platz gemacht, von denen sich fast keiner um den andern oder die Gesamtheit kümmerte, sondern sich lediglich von seinem Eigennutz leiten liefs und nur den Wahlsprüchen „Jeder ist sich selbst der Nächste“ oder „Selbst ist der Mann“ in seinem wirtschaftlichen Handeln folgte. Bei dieser völligen Desorganisation des Handwerkerstandes war vor allem auch die Stütze für die Ausbildung der jungen Handwerker verloren gegangen und so wurde gerade das Lehrlingswesen, durch welches überhaupt ein tüchtiger Handwerkerstand bedingt wird, der wundeste Punkt im heutigen Gewerbsleben.

In alter Zeit hatte gerade das Lehrlingswesen an der Zunft einen sicheren festen Halt gehabt, die in jeder Weise für eine geordnete und gründliche Lehrlingsausbildung sorgte.¹⁾ Aus Meistern, Gesellen und Lehrlingen bestand die Zunft und diese Vereinigung, mit den dadurch entstehenden gemeinschaftlichen Interessen trug sehr viel dazu bei, den Frieden im Gewerbe aufrecht zu erhalten. Es nahm eigentlich das ganze Gewerbe den Lehrling auf und der Meister, welchem derselbe übergeben wurde, war gewissermaßen nur der Vertrauensmann einer gewerbepolitischen Organisation, während der Lehrling seinerseits, um in das Gewerbe aufgenommen werden zu können, seine Befähigung hierzu durch die Lehrlings- und später durch die Gesellen- oder Meisterprüfung nachzuweisen hatte.

Diese Verhältnisse waren jedoch in der Neuzeit vollständig andere geworden. Ein gemeinsames Standesgefühl und Standesehre gab es kaum noch unter den Handwerkern, so dafs für das Lehrlingswesen, nebst allen anderen Einrichtungen gar kein Halt mehr geboten wurde, indem die Innungen, die noch vorhanden waren, ein Schattendasein führten und wirkliche gewerbliche Aufgaben überhaupt so gut wie nicht mehr erfüllten.

Das familiäre Verhältnis zwischen Meister und Lehrling war kaum noch vorhanden, da letzterer meist nicht mehr bei ersterem in Kost und Logis stand. Lehrgeld wurde auch nur noch in seltenen Fällen gezahlt, und weil keine gewerbliche Behörde mehr dazu anhielt, wurden auch immer seltener schriftliche Lehrverträge abgeschlossen, so dafs, falls ein Vertragsbruch von einer von beiden Seiten eintrat, der Kontraktbrüchige nicht haftbar gemacht werden konnte.

¹⁾ E. Heitz: Das Innungswesen in alter und neuer Zeit. Stuttgart 1887.

Aber selbst wenn ein schriftlicher Lehrvertrag vorlag, und eine Geldstrafe im Falle eines Kontraktbruches vorgesehen war, so konnte diese nur selten den Lehrling hindern, seinen Lehrvertrag zu brechen, weil er oder seine meist sehr armen Eltern aus Mangel an Geldmitteln nichts bezahlen konnten. Der Lehrling machte jedoch um so lieber von dieser Freiheit Gebrauch, weil für ihn ein großer Anreiz, den Vertrag zu brechen, in dem Umstande lag, daß er im zweiten Teil seiner Lehrzeit, in der er schon ziemlich ausgebildet war, das abarbeiten sollte, was er in dem ersten seinem Meister gekostet hatte.

Der Lehrlingsvertragsbruch, der sich schon früher häufig zeigte, trat bekanntlich Anfang der siebziger Jahre außerordentlich häufig auf, besonders, weil der Lehrling in der damaligen Gründerperiode, wo allgemein ein großer Mangel an Arbeitskräften vorhanden war, überall in Fabriken ankommen konnte. Verschlimmert wurde dieser Zustand aber noch vielfach dadurch, daß sich selbst die Meister aus Mangel an Gemeinsinn nicht scheuten, obwohl sie wußten, daß der Betreffende soeben erst einem Mitmeister aus der Lehre entlaufen war, ihn doch als Gehilfe einzustellen, falls sie ihn gerade brauchten. Natürlich gaben sich auch nun die Meister vielfach wenig Mühe mit ihren Lehrlingen, sondern betrachteten diese mehr als jugendliche Arbeiter, deren Arbeitskräfte man ausnutzen, nicht als solche, die man ausbilden will. Die in neuerer Zeit immer mehr im Handwerk sich ausbreitende Arbeitsteilung begünstigte noch dieses System, so daß auch durch diesen Umstand die Lehrlingsausbildung eine einseitigere und mangelhaftere wurde. Gesellenprüfungen, durch die früher festgestellt worden war, ob auch Meister und Lehrling ihre Schuldigkeit während der Lehrzeit gethan hatten, welche Kontrolle für beide Teile ein heilsamer Antrieb zur Pflichterfüllung gewesen war, wurden nur noch selten abgehalten.

War so allmählich im Laufe der Zeit die technische Ausbildung in vieler Beziehung eine mangelhaftere geworden, so stand es um die sittliche Haltung nicht viel besser. Denn da der Lehrling nicht mehr Familienglied war und sehr früh sich selbst überlassen wurde, ging auch der erziehlche Einfluss seines Meisters für ihn verloren. Die allgemeine Bildung, die jetzt mehr denn je ein besonderes Erfordernis für den Handwerker war, machte ebenfalls Rückschritte, denn der Lehrling besuchte Fortbildungsschulen nur sehr wenig, weil er einerseits nicht dazu angehalten wurde, ander-

seits froh war, daß er die Schule hinter sich hatte. Gerade im Lehrlingswesen hatte die Innung sich durch die Regelung des Verhältnisses zwischen Meister und Lehrling und durch Schaffung einer Interessensharmonie zwischen beiden eine Existenzberechtigung bis in unsere Tage bewahrt und deshalb machte sich jeglicher Mangel einer Organisation auf diesem Gebiete besonders schwer fühlbar.

Daß eine unzulängliche Lehrlingsausbildung einen Mangel an tüchtigen Gesellen zur Folge haben mußte, bedarf wohl keines Beweises. Denn die guten und geschickten unter den Gesellen zog die Großindustrie in Folge ihrer besseren Löhne an sich. Auch zwischen Meister und Gesellen waren bekanntlich die familiären Beziehungen geschwunden, und die frühere Interessengemeinschaft hatte einem gespannten Verhältnis Platz gemacht, in welchem der eine für möglichst wenig Lohn recht viel Arbeit erlangen wollte, während der andere das umgekehrte Ziel zu erreichen strebte. Paßte es dem Gesellen nicht mehr, sich einem Meister zu fügen, so fing er selbst ein Geschäft leichtsinnigerweise an, ohne sich zu prüfen, ob er auch die geeigneten Kenntnisse bereits dazu erlangt habe. Der Kontraktbruch war bei ihnen noch häufiger wie unter den Lehrlingen, und da keine gewerblichen Schiedsgerichte in ausreichendem Maße bestanden, sondern sich der Handwerker erst an die ordentlichen Gerichte wenden mußte, falls er die Bestrafung seines Gesellen wünschte, so war das Verfahren ein langwieriges, da der Richter erst Gutachten von Sachverständigen einholen mußte. Die klagenden Meister verloren daher meist noch die Klagekosten, denn die Gesellen waren, da kein Paßzwang mehr bestand, bis zum Austrage des Streites längst in weiter Ferne und unerreichbar. Konnten sie noch aufgefunden werden, so besaßen sie in den seltensten Fällen so viel, um das Strafgeld aufbringen zu können. Namentlich die gänzliche Aufhebung des Paßzwanges wurde daher unter den Handwerkern sehr schwer empfunden, denn diese konnten bei Einstellung neuer Gesellen nie wissen, ob derselbe eine Lehre durchgemacht habe oder nicht.

Auch die Koalitionsfreiheit, die bedeutend zur Verbesserung der Löhne der Hilfsarbeiter im Handwerk beitrug, hatte natürlich für die Meister den Nachteil, daß sie durch die Gesellen, die auf ihre günstige Lage pochten, durch leichtsinnige Strikes zu Löhnen gezwungen wurden, die mit den Arbeitsleistungen derselben und mit dem für die Produkte erhaltenen Preis nicht in Harmonie standen. Der Geselle erblickte im Meisterstand nicht mehr die Ge-

werksklasse, die er selbst bald erreichen wollte, sondern, da immer weniger Gesellen Meister wurden, so hielt sie nichts mehr zurück, sich dem Meister schnell gegenüber zu stellen. Die mangelhaft ausgebildeten Gesellen mit geringen Aussichten in viel höhere Stellung zu gelangen, verfielen leicht der Sozialdemokratie. Sie vereinigten sich, da sie nun eine ganz besondere Klasse im Gewerbe bildeten, in Fach- oder Gewerkvereinen, die das Herbergs-, Unterstützungs- und Arbeitsnachweiswesen, das die Innungen vernachlässigten, in die Hand nahmen. Damit war aber andererseits die Gefahr verbunden, daß, wenn sie in sozialistisches Fahrwasser gerieten, alle diese Einrichtungen und Kassen auch als Kampfmittel gegen die Meister benutzt wurden. Auch auf diesem Gebiete machte sich also der Mangel der früheren Organisation im Handwerk sehr bemerkbar, denn von den Meistern geschah so gut wie nichts für die Gesellen. Keine Arbeit wurde dem wandernden Gesellen zugewiesen, keine Unterstützung wurde ihnen zu teil. Fand derselbe keine Arbeit, so mußte er betteln, und bei dem Mangel an sittlichem Halt gewöhnte er sich nur zu leicht an das Bettelbrot und aus einem ordentlichen Gehilfen wurde ein Vagabund.

So war der Handwerkerstand, der früher ein gemeinsames Ganze gebildet hatte, in drei sich fremd gegenüberstehende Klassen, von denen sich die eine kaum um die andere kümmerte, zerfallen. Unter diesen Verhältnissen mußte natürlich auch die Lage der Meister eine ungünstige werden. Eine Anzahl derer, die sich Meister nannten, hatten keine Prüfungen mehr bestanden und leider fanden sich unter diesen viele, die sich nur selbständig machten, um Keinem gehorchen zu müssen. Gerade aber diejenigen, die sich leichtsinnig auf gut Glück etablierten, ohne ihrer Aufgabe gewachsen zu sein, vergrößerten noch die schon sehr starke Konkurrenz im Handwerk und führten eine Übersetzung in demselben herbei. Um ihre sehr mangelhaft hergestellten Waren überhaupt loszuschlagen mußten, sie zu immer billigeren Preisen verkaufen oder die Rohprodukte verschlechtern, um bei den gedrückten Preisen noch bestehen zu können. So entstand die Pfuscher- und Schundkonkurrenz, welche die soliden Elemente im Handwerkerstande schwer schädigten. Ein großer Teil dieser Pfuscher ging, nachdem sie ihr Kapital zugesetzt hatten, bald wieder zu Grunde, und so führte der Leichtsinns bei der Selbständigmachung und die mangelhafte Tüchtigkeit zur Verschleuderung von Kapital, was wiederum die besseren Meister dadurch schwer schädigte, daß nun

die Waren der ruinierten Handwerker zu Spottpreisen in Auktionen verkauft wurden. Es würde zu weit führen, alle die mannigfachen Momente, die hier in Betracht kommen, anzugeben. Soweit sie zur Begründung der Forderung des Befähigungsnachweises geführt haben, sollen sie später noch besonders zur Darstellung kommen.

Alle diese mannigfachen Mifsstände wurden nun von dem Handwerkerstande der Gewerbefreiheit einzig und allein zugeschrieben, und diese daher mit dem Namen Gewerbefrechheit oder Gewerbezügellosigkeit bezeichnet. Sie wurden unserer Ansicht nach auch von den Handwerkern viel zu sehr verallgemeinert und übertrieben dargestellt. Denn es gab trotz aller dieser Mifsstände immer noch eine bedeutende Zahl gut situierter Handwerker, die sich teilweise sogar zu Großindustriellen emporschwangen.

Der Handwerkerstand sagte sich nicht, dafs ein grofser Teil dieser Schäden bereits vor Erlass der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 vorhanden gewesen war, wo doch z. B. in Preussen eine recht beschränkte Gewerbefreiheit bestanden hatte, sodann bedachte er ebenfalls nicht, dafs gerade die Zeit, wo sich alle diese geschilderten Mifsstände am schärfsten zeigten, ganz anormale und die denkbar ungünstigsten für eine neue Gewerbeordnung waren. Die Gründerperiode mit ihren eigentümlichen wirtschaftlichen Verhältnissen und der grofse Krach im Jahre 1873 mit der ihm folgenden Wirtschaftskrisis, trugen gewifs im hohen Mafse dazu bei, solche Mifsverhältnisse zu begünstigen. Auf der andern Seite kann wiederum nicht geleugnet werden, dafs die Schuld an diesen Zuständen mit daran lag, dafs die die Freiheit begrenzenden Schranken nicht ganz richtig in der neuen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 gezogen waren. Namentlich war in der Gewerbeordnung der Umstand für den Handwerkerstand verhängnisvoll, dafs man den Innungen den Charakter öffentlich-rechtlicher Korporationen nahm und sie zu privatrechtlichen Vereinen herabdrückte, die durch ein strenges System polizeilicher Überwachung an der freien Ausübung ihrer Funktionen gehindert wurden und nun nichts mehr leisteten. Freilich hatten die Gesetzgeber diesen Schritt auch nur gethan, weil sie beobachteten, dafs die Innungen ihren öffentlich-rechtlichen Charakter vielfach nicht mehr rechtfertigten, sondern die ihnen im öffentlich-rechtlichen Interesse erteilten Vorrechte, die sie zur Erfüllung sozialer und ethischer Aufgaben erhalten hatten, meist nur im privatrechtlichen Sinne handhabten, um ihren einzelnen Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.

Kapitel VI.

Die drei wichtigsten zum Schutze des Handwerks erlassenen Gesetze und ihre Folgen.¹⁾

Die in den vorigen Kapiteln geschilderten Zustände, die namentlich in den Jahren 1873—1878 in der größten Schärfe hervortraten, erheischten Reformen, welche auch durch eine Reihe von Gesetzen, von denen wir nur die drei wichtigsten hervorheben wollen, versucht worden sind. Dafs es gelungen sei, die beabsichtigten Resultate herbeizuführen, wird niemand ernstlich behaupten wollen, aber auch die Meinung, dafs nichts durch dieselben gebessert sei, wie man das namentlich aus dem Handwerkerstande hören kann, ist eine unrichtige, und derjenige, der sagen wollte, dafs die Verhältnisse im Kleingewerbe nicht auch wirklich besser geworden seien, müfste sich den Thatsachen verschließen.

Zunächst ist die Novelle vom 8. April 1876, durch welche eine bessere Regelung des Hilfskassenwesens angebahnt wurde zu erwähnen. Wirklich Gutes hat auf diesem Gebiet doch erst das Gesetz vom 15. Juni 1883, die Krankenversicherung der Arbeiter betreffend, geschaffen, welches durch Einführung des Kassenzwanges auch dem Handwerk den Halt, der in der Innung verloren gegangen war, für das Unterstützungswesen schuf. Das zweite nicht minder wichtige und hier besonders hervorzuhebende Gesetz ist die Novelle vom 17. Juli 1878, die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter betreffend, durch welche namentlich das Lehrlings- und Gesellenwesen einer besseren Ordnung unterworfen wurde. Dieses Gesetz brachte zwei wesentliche Fortschritte, nämlich erstens den, dafs es für jugendliche Arbeiter bis zum 21. Jahre das Arbeitsbuch einführte, durch welches der Kontraktbruch unter denselben erschwert und eine wohlthätige Kontrolle über diese eingeführt wurde, und zweitens den, dafs es auf indirektem Wege auf die Schriftlichkeit des Lehrvertrages hinzuwirken suchte, dadurch, dafs nur dann, wenn der Lehrvertrag schriftlich abgefaßt worden war, der Lehrling auf Antrag seines Meisters polizeilich zurückgeführt werden durfte. Alle anderen minder hervortretenden Bestimmungen dieses Gesetzes liefen darauf

¹⁾ Bödiker: Die Gewerbe- und Versicherungsgesetzgebung des deutschen Reichs. Berlin 1887.

Berger: Reichs-Gewerbe-Ordnung. Berlin 1889.

hinaus, den Vertragsbruch möglichst zu verhindern und eine gute Ordnung im Lehrlings- und Gesellenwesen herbeizuführen. Diese letzteren Bestimmungen des Gesetzes konnten jedoch nicht ordentlich in Wirksamkeit treten, weil die gewerblichen Organisationen fehlten, welchen die Aufgabe zufiel, diese Verhältnisse zu überwachen, und gerade diese Beobachtung führte schliesslich zum Innungsgesetz vom 18. Juli 1881 mit seinen drei Zusatznovellen vom 8. Dezember 1884, vom 23. April 1886 und vom 6. Juli 1887, wodurch dieser Mangel beseitigt werden sollte.¹⁾

Bei Einführung der neuen Gewerbeordnung waren, wie oben dargethan, die Innungen ihres öffentlich-rechtlichen Charakters entkleidet und zu einfachen Vereinen herabgedrückt worden. Aber nicht nur durch diese Mafsregel erstarb das Innungsleben sondern man hatte auch, um die früheren Mißbräuche zu verhindern, die Innungen nun so unter Polizeiaufsicht gestellt, dafs die Handwerker eigentlich nichts mehr im eignen Hause zu befehlen hatten. Die Folgen dieser Bestimmungen waren natürlich die, dafs der Handwerkerstand allgemein zur Auflösung der Innungen schritt, sodafs nur noch verhältnismäfsig wenige bestehen blieben, die sich aber nicht mehr mit Aufgaben im Interesse des gesamten Gewerbes beschäftigten, sondern nur noch mit der Verwaltung der ihnen gebliebenen Kassen befaßten, durch die sie allein nur noch zusammengehalten wurden. Diesen Mangel einer gesunden Organisation im Handwerkerstande zu beseitigen, auf dessen Rechnung sehr viele der geschilderten Mißstände mit Recht geschoben worden waren, wurde das Innungsgesetz vom 18. Juli 1881 erlassen, welches wieder den Innungen den Charakter öffentlich rechtlicher Korporationen gab und durch einige Vorrechte dem Handwerkerstande einen Anreiz bieten wollte, wieder in lebenskräftigen Innungen zusammenzutreten, indem es derselben mannigfache Funktionen zuwies.

Ein endgültiges Urteil über dieses Gesetz zu fällen, ist hier nicht der Ort. Nur mufs wohl allgemein anerkannt werden, dafs das Gesetz die Hoffnungen, die auf dasselbe gesetzt waren, nicht erfüllt hat. Es ist wohl die Organisationslosigkeit im Handwerkerstande etwas beseitigt worden, doch hat es nicht die Majorität der Handwerker in Innungen zu vereinigen vermocht. Aller-

¹⁾ Jacobi: Die Innungen nach dem Reichs-Gesetz vom 18. Juli 1881. Berlin, Kortkamp.

dings haben die ungefähr 11 000 in ganz Deutschland bestehenden Innungen mit ihren circa 3—400 000 Mitgliedern auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung manches Gute geschaffen, und namentlich ^{insbesondere} die Innungsverbände im Arbeitsnachweis und Herbergswesen gute Resultate aufzuweisen. Es haben daher die früher geschilderten Mißstände immer mehr geregelteren Zuständen Platz gemacht, und wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die Lage des heutigen Handwerkerstandes ebenso charakterisieren, wie sie, auf Grund der im Jahre 1885 im Amtsbezirk Mannheim über die Lage des Kleingewerbes angestellten sehr gründlichen Erhebungen ergaben.¹⁾

Die Badischen Gutachten fassen ihre Ansichten dahin kurz zusammen: „Die Lage ist im allgemeinen gewiß nicht als eine erfreuliche zu bezeichnen. Sie ist aber auch keineswegs so schlimm, wie sie vielfach dargestellt wird. Die persönlichen Einvernehmen haben eine Reihe von Bildern solider und rentabler Geschäftsbetriebe entrollt und nahezu zwei Dritteile der Einvernommenen sind laut eigener Erklärung mit ihrer Lage zufrieden. Ebenso sind außerhalb des Kreises der Einvernommenen die Beispiele dafür, daß der Handwerksmann auch in heutiger Zeit noch sein gutes Auskommen finden kann, nicht gerade selten. Also nochmals: es soll und kann nicht geleugnet werden, daß das Handwerk zurückgegangen ist, von einem hoffnungslosen Darniederliegen desselben darf aber ebenfalls heute nicht mehr die Rede sein.“ Wir glauben nicht zu irren, wenn wir diese Charakteristik des badischen Kleingewerbbestandes auf den gesamten deutschen Handwerkerstand übertragen. Auch in ganz Deutschland kann von einem völlig hoffnungslosen Darniederliegen des Handwerkerstandes nicht mehr die Rede sein, und gerade bei den Handwerkern, die heute noch in ewigen Klageliedern über die furchtbare Notlage in ihrem Stande ihrem Herzen Luft machen, wird sich bei näherer Untersuchung der einzelnen Fälle wohl stets zeigen, daß ihr Zustand meist besonderen Verhältnissen oder ihrer eignen Untüchtigkeit entspringt, die mit der allgemeinen Lage des Handwerkerstandes gar nichts zu thun hat.

Wenn also auch manches in der Besserung der Lage des Handwerkerstandes erreicht worden, so ist dieselbe doch immer

¹⁾ Erhebungen über die Lage des Kleingewerbes in Baden. Karlsruhe 1887/88.

noch eine schwierige und es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn die Handwerker, die in der Zeit der Notlage in den 70er Jahren eine neue Handwerkbewegung ins Leben riefen, die beim Entstehen der Innungsfrage einen zünftlerischen Charakter annahm, nach Erlass des Innungsgesetzes, das ihren weitgehenden Wünschen nicht entsprach, nur um so energischer zünftlerischen Tendenzen und unter ihnen vor allem der Forderung des Befähigungsnachweises um so nachdrücklicher huldigten.

II. Abteilung.

Die auf die Einführung des Befähigungsnachweises gerichtete neuere deutsche Handwerkerbewegung.

Einleitung.

Als man im Anfang unseres Jahrhunderts in Preussen und auch in einigen anderen deutschen Staaten zur Einführung der Gewerbefreiheit schritt, weil die alten Zunftrechte absolut nicht mehr den gewerblichen Verhältnissen entsprachen, sondern die Organisation, die zur Blütezeit der Zünfte zur Hebung des Handwerks so wunderbar beigetragen hatte, nun überall zum Hindernis freier gewerblicher Entwicklung geworden war, da machten sich auch schon die Anfänge einer Handwerkerbewegung geltend.¹⁾

Die kleinen Handwerker hatten sich zu sehr an die Zunftorganisation mit der häufig bis ins Kleinste gehenden Bevormundung gewöhnt, als dafs sie sogleich die ihnen durch die Verordnungen vom 26. Dezember 1808, vom 2. November 1810 und vom 7. September 1811 gewährte Gewerbefreiheit richtig zu schätzen gewufst hätten. Daher zeigte sich schon damals immer wieder eine Zunftreaktion und stets wurden Anträge und Petitionen aus Handwerkerkreisen auf Wiedereinführung der gewerblichen Körperschaften und besonders des Befähigungsnachweises zum Gewerbebetrieb laut. Dieses allgemeine Andrängen gegen die bestehende Gewerbefreiheit

¹⁾ Dr. Eugen Jäger: „Die Handwerkerfrage“. Berlin 1887. Seite 36 u. w.

hatte dann schliesslich auch zur Folge, dass in der neuen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, die endlich für die ganze preussische Monarchie ein einheitliches Gewerberecht schuf, für eine grosse Anzahl von Gewerben die Befugnis, Lehrlinge zu halten, an die Zugehörigkeit zu einer Innung, sowie an den Nachweis der Befähigung geknüpft wurde.

Diese Bestimmungen der neuen massvollen Gewerbeordnung konnten sich jedoch nicht erproben, denn es kamen nicht ruhige, normale Zeiten. Die Krisen in den Jahren 1846 und 1847, die natürlich von ungünstigen gewerblichen Verhältnissen begleitet waren, führten wohl hauptsächlich dazu, dass man das Darniederliegen der Gewerbe auf die Gewerbefreiheit schob, und als sich im Revolutionsjahr 1848 ein allgemeiner Drang nach Neuordnung der Dinge geltend machte, da rüsteten sich auch die Handwerker in grossen Massen zum Kampfe gegen die Gewerbefreiheit. Neben dem deutschen Parlament in der Paulskirche zu Frankfurt am Main tagte im Römer vom 15. Juli bis 18. August 1848 ein Handwerkerparlament, nachdem bereits der norddeutsche Handwerkertag zu Hamburg vom 2.—6. Juli vorausgegangen war. Namentlich auf dem Handwerkerparlament zu Frankfurt ging man von einem feierlichen Protest gegen die Gewerbefreiheit aus.¹⁾

Man verlangte neben dem politischen ein besonders aus den Innungen hervorgehendes Handwerkerparlament als stehendes Organ; dieses selbst sollte jährlich das Handelsministerium ernennen. In Bezug auf die Gewerbegesetzgebung verlangten die von der „Freiheitsluft des Völkerfrühlings“ zusammengeführten Meister Folgendes: eventuelle Beschränkung der Meisterzahl an einem Orte, Verbot des Hausierhandels, Verbot der Assoziation mit Nichtinnungsgeossen, Zuweisung aller Handwerksarbeit in den Fabriken an die zünftigen Meister des Ortes, Beschränkung auf ein Gewerbe, Zuweisung des Kleinhandels mit Handwerkswaren an die Innungsmeister, für die Regel ausschliessliche Berechtigung der Städte zum Gewerbebetrieb, Unzulässigkeit von Gemeinde-, Staats- und Aktienwerkstätten, Verbot des Zuschlages der öffentlichen Arbeiten an den Mindestfordernden und Verteilung derselben an die Meister durch den von diesen besetzten Gewerberat, Verbot öffentlicher Versteigerung noch neuer Waren, Verbot der

¹⁾ Georg Bobertag: Die Handwerkerfrage im Jahre 1880. Bernstadt in Schlesien 1880, Seite 161.

Haltung von mehr als 2 Lehrlingen, Besteuerung von Fabriken zu Gunsten des Handwerks, eine Geschäftsgrenze für die Fabriken und den Handel mit Fabrikaten, endlich gleichmäßigen Lehrzwang, Wanderzwang, Einführung einer theoretischen und einer praktischen Prüfung. Überboten wurden diese Forderungen nur noch von dem besonders im Juli 1848 tagenden Frankfurter Schneiderkongress, der vor allem Aufhebung der Magazine, Beschränkung der Arbeit der Frauenzimmer, Verbot auswärtiger Kleidereinfuhr verlangte. Über 500 Petitionen mit einer Million Unterschriften gingen dem Frankfurter Parlament von den Handwerkern zu und auch die preussische Nationalversammlung wurde mit Petitionen im gleichen Sinne bestürmt.

Diese erste große Handwerkerbewegung, die im Jahre 1848 ihren Höhepunkt erreichte, stellte also ganz ähnliche Forderungen auf, wie sie auch von den Handwerkern unserer Tage gewünscht worden sind, überhaupt wurde schon bei den Verhandlungen in der Paulskirche sowie in denen des Handwerkerparlaments ganz ähnliches für den Befähigungsnachweis angeführt, als dies in den späteren Verhandlungen geschah, wie aus der folgenden Darstellung zu ersehen sein wird. In Preussen hatte dieselbe wenigstens insofern praktische Erfolge, als durch die königlichen Verordnungen vom 9. Februar 1849 die Gewerbefreiheit durch Einführung des Befähigungsnachweises bedeutend beschränkt wurde. Der Bericht des Staatsministeriums an den König vom 7. Februar 1849, welcher den Erlaß der Verordnungen motivierte, spricht sich dahin aus:¹⁾ „Die Klagen des Handwerkerstandes beziehen sich vorzugsweise auf die Leichtigkeit, mit welcher sich jedermann ohne Ausnahme als Handwerker niederlassen könne, ohne durch genügende Vorbereitungen und den Nachweis wirklicher Befähigung eine Gewähr für gesicherte bürgerliche Existenz darzubieten, ja ohne auch nur die gehörige Reife des Alters erlangt zu haben. Die Folge davon sei, daß dergleichen Personen mehr denn zu oft nur Arbeit und Geld verschleuderten, um sich durch die Konkurrenz der ungezügelter Wohlfeilheit zu erhalten oder emporzubringen, daß sie aber dann teils bald selbst wieder zu Grunde gingen und mit ihren Familien den Gemeindearmenkassen zur Last fielen, teils durch jene verderbliche Konkurrenz den soliden Handwerkern und ihren Familien

¹⁾ Schönberg: Handbuch der politischen Ökonomie. 3. Auflage. II. Bd. Tübingen 1891, Seite 507.

ein gleiches Los bereiteten, so daß der Handwerkerstand mit dem Geschick bedroht sei, sich in einen unselbständigen Arbeiterstand aufzulösen, wenn hier nicht abhelfliche Mafsregeln getroffen würden. Man wünscht daher vornehmlich, daß das Erfordernis einer genügenden Vorbereitung und Befähigung zum Handwerksbetriebe gestellt und dadurch die Grundlage zur Erhaltung eines tüchtigen Handwerkerstandes wieder hergestellt werde.

„Diese Verordnungen suchen den Bedürfnissen und Wünschen des Gewerbestandes, wie sie von den Abgeordneten¹⁾ des Handwerkerstandes fast einstimmig und von den anwesenden Vertretern des Handels- und Fabrikantenstandes teils einstimmig teils in ihrer Mehrheit anerkannt sind, zu entsprechen, ohne in die Verhältnisse anderer Klassen tief einzugreifen und allgemeine Verhältnisse zu gefährden. Sie machen fortan die Zulassung zum Beginn der eigentlichen Handwerke, indem sie zugleich dafür sorgen, daß die speziellen örtlichen und sonstigen Verhältnisse überall zur Berücksichtigung gelangen, überhaupt von dem Nachweise der Meisterbefähigung abhängig, welcher in der allgemeinen Gewerbeordnung schon zur Erlangung der Befugnis, Lehrlinge zu halten, vorgeschrieben ist und ordnen zugleich das Innehalten einer genügenden Lehrlings- und Gesellenzahl an; sie schützen den Handwerksbetrieb vor den Uebergriffen anderer Gewerbetreibenden, soweit diese wirklich als solche anzuerkennen sind.“

Hatte die Gewerbeordnung vom Jahre 1845 nur das Recht der Lehrlingshaltung von der Beibringung einer Meisterprüfung abhängig gemacht, so führte die Verordnung vom 9. Februar 1849 für dreißig und fünfzig Gewerbe den Nachweis der Befähigung als Vorbedingung für den selbständigen Gewerbebetrieb ein.

Aber nicht nur in Preußen, sondern auch in vielen anderen deutschen Staaten wie in Kurhessen, Oldenburg, Hannover, den Hansestädten etc. hatte man die ursprünglichen freiheitlichen Gewerbegesetze unter dem Ansturm der Handwerker eingeschränkt, sogar teilweise den schroffsten Zunftzwang wieder eingeführt. Aber schon im Laufe der 50er, mehr noch im Anfang der 60er Jahre erschienen bei dem allgemeinen großen Geschäftsaufschwung

¹⁾ Beide Verordnungen waren in einer nach Berlin berufenen Versammlung von Beteiligten des Gewerbestandes, welche aus Abgeordneten der Provinzial-Handwerkervereine, sowie der Handelskammern und kaufmännischen Korporationen bestand, vom 17. bis 30. Januar 1849 beraten und genehmigt worden.

die Zunftschranken, die noch bestanden, täglich mehr als ein Hindernis der Großindustrie und der modernen Betriebsform überhaupt. Die immer schneller vor sich gehende Umbildung der Technik und der Arbeitsteilung liefs die zünftlerische Abgrenzung der Gewerbebefugnisse der Innungen gegen einander immer veralteter erscheinen, und das Bedürfnis nach einem gleichen einheitlichen Gewerberecht und nach freier Bewegung auf dem deutschen inneren Markte liefs eine grofse Bewegung entstehen, die auf Einführung der Gewerbefreiheit gerichtet war.¹⁾

Der Gedanke der Gewerbefreiheit erhielt daher immer gröfseren Anhang. Am meisten für dieselbe wirkte der „volkswirtschaftliche Kongrefs“, eine jährliche Wanderversammlung der Anhänger des sogenannten Manchestertums. Doch kaum nahm diese freie Richtung einen bedeutenden Aufschwung, als die Handwerkerbewegung, die nach dem Jahre 1848 wieder allmählich verlaufen war, sich von neuem regte. Auf den Handwerkertagen im Jahre 1860 und 1861 zu Berlin, 1862 zu Weimar, 1863 zu Frankfurt und 1864 zu Köln sprach man sich für obligatorische Innung aus. Aber alle diese Handwerkerversammlungen, sowie der zu Weimar gestiftete „Deutsche Handwerkerbund“ und die schon im Jahre 1861 gegründete preussische Handwerkerpartei vermochten nicht sich der freiheitlichen Strömung entgegen zu stellen und zu hindern, dafs in zahlreichen deutschen Staaten freiheitliche Gewerbegesetze erlassen wurden.

Diese zweite gröfsere Handwerkerbewegung erhielt jedoch noch eine Nachblüte in den vier norddeutschen Handwerkertagen, denn als nach dem Zustandekommen des Norddeutschen Bundes die vereinigten Regierungen dazu schritten, eine einheitliche Gewerbeordnung zu erlassen, welche die Gewerbefreiheit zur Geltung bringen sollte, da vereinigte sich noch einmal ein kleiner Teil der in Innungen zusammengehaltenen Handwerker, um zuerst in Quedlinburg im Jahre 1867, dann zu Dresden und Hannover im Jahre 1868 und schliesslich im Jahre 1869 zu Halle a./S. gegen die Gewerbefreiheit feierlich zu protestieren, ohne irgend etwas damit zu erreichen. Denn dieselbe wurde durch die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 eingeführt. Aber auch ihr folgten nicht normale wirtschaftliche Zeiten. Der deutsch-französische Krieg im Jahre

¹⁾ Dr. Eugen Jäger: Die Handwerkerfrage. Berlin 1887 Seite 58 und folgende.

1870/71, der abnorme Aufschwung der Industrie mit der darauf folgenden wirtschaftlichen Krisis mußten besonders schwere Mißstände für den Handwerkerstand zur Folge haben, welche die unmittelbare Ursache einer neuen dritten Handwerkbewegung wurden, in der wir heute noch stehen. Diese soll im Folgenden zur Darstellung gebracht werden, allerdings nur insofern sie für die Forderung der Einführung des Befähigungsnachweises wichtig ist.

Kapitel I.

Die erste Periode der Handwerkbewegung bis zum Auftreten der Innungsfrage im Jahre 1878.

Die neue deutsche Handwerkbewegung nimmt mit dem ersten allgemeinen deutschen Handwerkertage zu Dresden,¹⁾ der vom 25. bis 28. September des Jahres 1872 daselbst tagte, ihren eigentlichen Anfang. Auf dieser Handwerkerversammlung, auf der 313 Delegirte des Handwerkerstandes aus 145 Städten Deutschlands erschienen waren, die zusammen 700 Innungen und Vereine mit ungefähr 64 697 Mitglieder repräsentierten, waren, da noch 123 Städte mit 578 Innungen und Vereinen und circa 17 838 Mitgliedern Vollmachten eingesendet hatten, ungefähr in Summa 1278 Innungen und Handwerkervereine mit 82 535 Mitgliedern vertreten. Diese Personenzahl erscheint im Verhältnis zur Größe des deutschen Handwerkerstandes ziemlich klein, sie tritt aber in ein völlig anderes Licht, wenn wir bedenken, wie schwer es bei jeglichem Mangel an Organisation und bei der Interesselosigkeit der Handwerker, damals gerade haben mußte, eine so stattliche Versammlung von Kleingewerbetreibenden zusammenzubringen.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete der Beschluß durch einen gemeinsamen Verband die Arbeitgeber Deutschlands zu organisieren, welcher die Interessen derselben der Regierung und den andern Klassen des Volkes gegenüber vertreten sollte.

¹⁾ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des 1. allgemeinen deutschen Handwerkertages zu Dresden am 25., 26., 27. u. 28. September 1872, herausgegeben vom allgemeinen Dresdner Handwerkerverein. Dresden 1872.

Die anderen Beratungspunkte drehten sich vor allen Dingen um die bereits im ersten Abschnitt dieses Buches geschilderten Mifsstände, die sich namentlich im Lehrlings-, Gesellen-, Kassen-, Herbergs- und Pafswesen mit der Zeit herausgebildet hatten und wegen deren Abstellung man an den Reichstag petitionierte.

Im nächsten Jahre konstituierte sich dann zu Leipzig der Verband unter dem Namen „Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten Deutschlands“ endgiltig und behielt bis zu seiner Auflösung zehn Jahre lang die Führung der Bewegung in den Händen. Der Zweck dieses Vereines sollte ganz besonders der sein, die durch Einführung der Gewerbefreiheit verloren gegangene Organisation der Gewerke wieder herzustellen, jedoch in einer Weise, welche den gänzlich umgestalteten Verhältnissen soviel wie möglich Rechnung trüge. Sodann wollte man Verbesserungen der Gewerbegesetzgebung herbeiführen; nämlich die hervorgetretenen Unzuträglichkeiten im gewerblichen Leben in ihren Ursachen bekämpfen und wieder wohlgegliederte Verbände schaffen, welche für ihre Gewerke fürsorgend für Ordnung und Recht innerhalb derselben eintreten und dahin streben sollten, dafs wieder geregelte Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Lehrherrn und Lehrlingen herbeigeführt würden. Schliesslich sollte die Einführung von Gewerbekammern in allen Staaten, Provinzen, Kreisen und gröfseren Städten erstrebt werden, weil nur solche mit amtlicher Autorität ausgestatteten Organe den Regierungen gerechte Beschwerden zu übermitteln und überall ins gewerbliche Leben fördernd und ermutigend einzugreifen vermöchten. Der Vorort des Vereins wurde Berlin, wo auch der aus 5 Mitgliedern bestehende geschäftsführende Ausschufs seinen Sitz nahm.

Wir ersehen aus diesem Programm der ersten gröfseren Handwerkerorganisation ganz Deutschlands, dafs die Forderung des Befähigungsnachweises zum selbständigen Betriebe des Gewerbes nicht mit in demselben stand, wie überhaupt sich damals extrem zünftlerische Bestrebungen noch nicht unter den Handwerkern allgemein zeigten.

Der Verein stellte sich im Gegenteil auf den Boden der Gewerbefreiheit. Im ersten Stadium der Handwerkerbewegung forderte man somit nicht einen Bruch mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit, sondern trat nur für eine Beseitigung der hervorgetretenen Mifsstände im Rahmen derselben ein. Der Hauptzweck dieses

Vereines war also vor allen Dingen, dem Handwerkerstande die verlorene Organisation wiederzugeben und durch dieselbe einen festen Halt für das Lehrlings-, Gesellen- und Herbergswesen zu schaffen, überhaupt diejenigen Funktionen den Handwerksvereinen wieder zu überweisen, durch die sich die Innungen bis in unsere Tage eine Existenzberechtigung bewahrt hatten.

Wenn es dieser Verband doch zu keiner hervorragenden Blüte brachte, und er nie eine sehr bedeutende Mitgliederzahl umfasste, so hatte dies wohl hauptsächlich darin seinen Grund, daß im Handwerkerstande allgemeine Standesinteressen kaum noch vorhanden waren, daß wohl ein Schneider mit einem Fachgenossen gemeinsam zu fühlen vermochte, ihm aber schon jedes Interesse für die Angelegenheiten eines Schuhmachers oder anderen Handwerkers abging. Auf den folgenden Handwerkertagen zu Quedlinburg 1874, Cassel 1875, Köln 1876, Darmstadt 1877 und Magdeburg 1878 kam man eigentlich über Klagen über die gedrückte Lage des Kleingewerbebestandes nicht recht hinaus. Immer wieder wurden Petitionen an den Reichstag geschickt, in denen die das Handwerk drückenden Mifsstände klargelegt wurden, ohne auf diesem Wege grofse Erfolge zu erzielen.

In dieser Zeit trat jedoch ein anderer Teil der Handwerker immer mehr in Fachverbänden zusammen, die auf dem Wege der Selbsthilfe die gleichen Ziele zu erreichen suchten und auch vermöge ihrer Energie z. B. durch Einführung von Lehrbriefen, Gesellen- und Meisterprüfungen manches auf diesem Gebiete erlangten. Alle diese Bestrebungen in Handwerkerkreisen fanden theils im Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten Deutschlands, theils in freien Fachverbänden und Gewerbevereinen, theils auch in den Innungen ihren Ausdruck und waren auf eine bessere Regelung des Lehrlings- und Gesellenwesens, und namentlich auf Einführung des Pafszwanges gerichtet. Nebenbei beschäftigten sie sich aber mit den Mifsständen, wie sie durch das Submissionswesen, die Konsumvereine, Wanderlager und Wanderauktionen, die Gefängnis- und Zuchthausarbeit für das Handwerk herbeigeführt worden waren, erhielten aber eine andere Richtung, als durch das Gesetz vom 17. Juli 1878 eine Neuregelung der Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter im Sinne der Wünsche der Handwerker stattfand.

Wenn das neue Gesetz auch keineswegs voll und ganz den Forderungen der Handwerker entsprach und ihnen nicht weitgehend ge-

nug zu sein schien, besonders deshalb, weil das Arbeitsbuch nur für jugendliche Arbeiter bis zum Alter von 21 Jahren und nicht, wie es der Handwerkerstand dringend wünschte, für alle Gehilfen überhaupt eingeführt worden war, so stellte doch das neue Gesetz die hauptsächlichsten Mifsstände durch Neuregelung des Lehrlings- und Gesellenwesens ab. Es war daher von höchster Wichtigkeit, dafs gerade jetzt ein neues Moment in den Vordergrund der Handwerkerbewegung trat.

Die im Jahre 1878 zuerst nachdrücklich auftauchende Innungsfrage war es, die mit einem Schlage der Handwerkerbewegung einen ganz neuen Charakter gab. Wenn der Handwerkerstand bisher im allgemeinen immer auf dem Boden der Gewerbefreiheit Reformen angestrebt hatte, so wollte er sie nun nur durch einen Bruch mit derselben erlangen. Mit der Innungsbewegung trat auch sogleich die Forderung des Befähigungsnachweises hervor, die bald die Innungsfrage verdrängen und als Hauptforderung auf das Banner der Handwerker geschrieben werden sollte.

Kapitel II.

Die zweite Periode der Handwerkerbewegung bis zum Erlafs der österreichischen Gewerbenovelle vom 15. März 1883.

Unser jetziger Finanzminister Dr. Miquel, der damalige Oberbürgermeister von Osnabrück, hatte als solcher die Verpflichtung, den Fortgang des Innungswesens zu überwachen. In seiner Thätigkeit als Aufsichtsbehörde hatte Dr. Miquel eingesehen, dafs die unter seiner Aufsicht stehenden Innungen absolut nichts mehr leisteten und dafs, wenn sie lebensfähig werden sollten, eine Reform ihrer Statuten vorgenommen werden müfste, in denen ihnen wieder die Funktionen zugewiesen würden, durch die sie früher so segensreich gewirkt hatten. Deshalb entwarf er im Sommer 1878 für die Schuhmacherinnung zu Osnabrück ein Statut, das allgemein unter dem Namen „Osnabrücker Statut“ bekannt geworden ist. Dasselbe wurde von der Schuhmacherinnung in Osnabrück wirklich angenommen und am 12. Juli 1878 von der Regierung geneh-

migt. Der Hauptzweck der Innung sollte nach demselben folgender sein erstens, eine tüchtige und fachliche Ausbildung der Lehrlinge herbeizuführen und auf deren gute moralische Führung hinzuwirken, ferner ein gutes Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen durch geeignete Mafsregeln zu fördern und schliesslich den Gemeingeist unter den Meistern zu pflegen. Die Innungsmeister hatten schon längst empfunden, dafs die Innungsstatuten geändert werden müßten, falls diese Vereinigungen etwas erreichen sollten, und mit einem Schlage trat daher die Innungsfrage in den Vordergrund aller Handwerkerbestrebungen. Die Presse fing an sich mit derselben zu beschäftigen, die politischen Parteien nahmen zu derselben Stellung, und auch der damalige preussische Handelsminister von Maybach trat in seinem berühmten Rundschreiben vom 4. Januar 1879 dieser Frage näher. Der Herr Minister stellte sich in demselben auf den Standpunkt, den auch Dr. Miquel in seinem Statut zum Ausdruck gebracht hatte, dafs nämlich die bisherigen gesetzlichen Normen der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 für die Bildung lebenskräftiger Innungen vollkommen genügten und deshalb nur auf dem Verwaltungswege nötig sei, die Handwerker, die mehr als andere Stände an die Bevormundung des Staates gewöhnt seien, zu veranlassen, von denselben richtigen Gebrauch zu machen.

Er wies besonders darauf hin, dafs die Aufgabe der Innungen nicht darin bestehe, den Mitgliedern einzelne kleine Geschäftsvorteile zu vermitteln, sondern durch Beteiligung aller Genossen die gemeinsamen Interessen des ganzen Gewerbes zu fördern. Von besonderer Wichtigkeit für das Gedeihen sei jedoch die genossenschaftliche Regelung und Pflege des Lehrlingswesens, besonders auf Grund des Reichsgesetzes vom 17. Juli 1878, dessen Bestimmungen zur vollen Wirkung aber erst gelangen könnten, wenn ihre zweckmäfsige und gewissenhafte Handhabung durch die Innung geregelt und von ihren Organen beaufsichtigt werde.

Der Herr Minister wies dann auf die Stadt Osnabrück hin, wo die Gemeindebehörde das Innungswesen neu geregelt habe, und empfahl obiges Innungsstatut, das er zu diesem Zweck seinem Rundschreiben beilegte. Zugleich versprach derselbe noch möglichste Begünstigung der Innungsbewegung und sagte: „Erst wenn in dieser Weise die Wiederbelebung des Innungswesens ernstlich in Angriff genommen und mit den reformierten Innungen praktische Erfahrungen gemacht sein werden, wird auch ein sicheres Urteil darüber möglich sein, inwieweit die auf

eine Abänderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Innungen gerichteten Bestrebungen berechtigt sind.“ Der Minister meinte ferner, das Streben nach Errichtung von Handwerker- und Gewerbekammern liefse sich vielleicht am besten durch richtige Gestaltung und Ausbildung des Innungswesens befriedigen, wie man überhaupt durch die in solchen Organisationen ruhende Selbstthätigkeit der Beteiligten die bedrohlichen Mißstände auf sozialem Gebiete wirksam bekämpfen und eine Hebung des für die staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben so wichtigen Gewerbestandes herbeiführen könne.

Dieser Erlaß schien die soeben erwachte Innungsbewegung neu beleben zu sollen, denn eine sehr große Zahl von Innungen trat in Beratung über Ausarbeitung neuer Statuten im Sinne desjenigen der Osnabrücker Schuhmacherinnung ein. Auch zeigten sich vielfach Bestrebungen, neue Innungen ins Leben zu rufen. Aber die meisten Reorganisations- und Neubildungsversuche von Innungen wurden nicht durchgeführt, weil sich sehr bald herausstellte, daß ohne eine gründliche Umgestaltung der bisherigen Bestimmungen des Titel VI der Gewerbeordnung eine wirkliche Reform nicht gut möglich sei. Bei den Reorganisationsversuchen zeigte sich sogar, daß Paragraphen des von der Regierung genehmigten und im Ministerialerlaß vom 4. Januar 1879 warm empfohlenen Osnabrücker Statuts mit Bestimmungen der Gewerbeordnung in Widerspruch standen.

Man forderte daher im Gewerbestande und namentlich in den Kreisen desselben, die der Innungsfrage bereits näher getreten waren, ganz energisch eine Reform der Gewerbeordnung im allgemeinen und des Titels VI derselben im besonderen. Doch gingen gerade über die Art derselben die Ansichten unter den Beteiligten weit auseinander.

Eine vierfache Strömung machte sich unter den Handwerkern Preussens damals geltend. Auf der einen Seite standen diejenigen, die sich ganz auf den Boden des Erlasses des preussischen Ministers stellten, dann kamen solche, die zwar auch geneigt waren, den Winken des Ministers zu folgen, aber doch vor allen Dingen eine Revision der Gewerbeordnung für nötig hielten. Eine dritte und die zahlreichste Gruppe lehnte überhaupt jede Thätigkeit im Sinne des Ministerialerlasses so lange ab, bis eine entsprechende Abänderung der Gesetzgebung herbeigeführt sei, wodurch die Innungen

eine grössere Bedeutung auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts erhielten. Endlich zeigte sich, daß eine erkleckliche Zahl von Handwerkern, darunter gerade die strebsamen und vorgeschrittenen, überhaupt von Innungen nichts wissen wollten, sondern eine völlig ungebundene Stellung wünschten oder doch in der weit loseren Form der Gewerbevereine das ihren Interessen zusagendere Mittel erblickten. In dieser Angelegenheit bildeten sich in der Hauptsache unter den Handwerkern, die wirklich der Innungsfrage näher traten, zwei große Parteien, von denen die eine für freie Innungen, die andere für obligatorische oder Zwangsinnungen eintrat.

Zur Forderung der letzteren Innungsform führten namentlich folgende Motive. Die Innungen hatten besonders auf dem Gebiete des Lehrlings- und Gesellenwesens wichtige Aufgaben zu erfüllen, die mit pekuniären Lasten für die Innungsmitglieder verbunden waren. Die Erfolge derartiger Aufwendungen derselben kamen aber nicht nur ihnen allein, sondern der Gesamtheit, also auch den Nichtinnungsmeistern zu gute, die dafür nicht besondere Mittel mit hergaben. Hatte also eine Innung einen Arbeitsnachweis oder eine Gesellenherberge eingerichtet, so konnte sie nicht hindern, daß Gesellen von Nichtinnungsmeistern diese wohlthätigen Einrichtungen mit benutzten. Bildeten sie gute Lehrlinge heran, indem sie in der Innung Fach- und Fortbildungsschulen errichteten, so konnte der Lehrling, wenn er Geselle geworden war, nicht gehindert werden, auch bei Nichtinnungsmeistern zu arbeiten. Kurz alle wohlthätigen Einrichtungen, wegen deren die Innung hauptsächlich da war, kamen nicht dem einzelnen Meister allein, sondern dem gesamten Gewerbe zu gute. Ein Gefühl für die Gesamtheit, ein rechtes, echtes Standesgefühl war aber den Handwerkern überhaupt und also auch den Innungsmeistern vollständig verloren gegangen. Es beherrschte sie im Gegenteil ein kleinlicher Egoismus, der nicht ertragen konnte, daß die Mittel, die im Interesse des Gewerbes aufgewendet wurden, auch anderen zu gute kamen. Der Innungsmeister wollte, wenn er wohlthätige Einrichtungen auf sozialem Gebiet schuf, die ihm nicht allein Nutzen brachten, dann wenigstens besondere wirtschaftliche Vorteile vor denen haben, die der Innung fern standen, um auf diese Weise für seine Unkosten entschädigt zu werden.

Der in Innungen vereinigte Handwerkerstand glaubte sich aus diesem Dilemma daher nicht besser retten zu können, als wenn er für alle Handwerker Innungszwang forderte. Wenn allen Kleingewerbetreibenden die Vorteile der Innung zu gute kamen, dann

sollten auch alle in die Innung gezwungen werden und mit dazu zahlen. Die Handwerker sagten sich nicht, daß bei allen Pflichten, die die Innung auf ethischem und sozialem Gebiet zu erfüllen hatte, es hauptsächlich auf die Gesinnung und nicht allein auf den Geldbeutel ankommt. Wenn die Innung auf dem Gebiete des Lehrlingswesens die Pflicht hatte, gute und technisch tüchtige Lehrlinge heranzubilden, so war nicht die Hauptsache die, daß besonders kostspielige Fach- und Innungsschulen errichtet wurden, sondern daß die Innung unter ihren Meistern das Pflichtgefühl schärfte.

Fassen wir also nochmals die hauptsächlichsten Gründe, die zur Forderung der obligatorischen Innung führten, zusammen, so ergibt sich folgendes.

Weil die Aufgaben, die die Innungen auf dem Gebiete des Lehrlings- und Gesellenwesens zu erfüllen hatten, mit pekuniären Lasten für die Innungsmeister verbunden waren und sich aus diesem Grunde viele von der Innung fern hielten, dieselbe dann jedoch ihre Pflichten wiederum nicht genügend erfüllen konnte, anderseits aber die Nichtinnungsmeister von einer besseren Gestaltung des Lehrlings- und Gesellenwesens ähnliche Vorteile wie die Innungsmeister selbst hatten, forderte der in Innungen vereinigte Handwerkerstand einen Bruch mit der Gewerbefreiheit durch Einführung der obligatorischen Innungen. Nur durch diese konnten nach Ansicht dieser Schicht der Handwerker genügende Mittel aufgebracht werden, um die Innungsaufgaben in weitem Umfange zu erfüllen.

Da jedoch die wesentlichste Aufgabe der Innungen eine bessere, Ausbildung der Lehrlinge sein sollte und doch nur derjenige, der selbst das Handwerk gründlich erlernt hatte, anderen etwas Tüchtiges lehren konnte, so forderte man, daß jeder Innungsmeister, der Lehrlinge halten wollte, erst selbst den Nachweis seiner Befähigung hierzu erbracht haben müsse, und so kam man zu gleicher Zeit mit der Forderung der obligatorischen Innung zu der des obligatorischen Befähigungsnachweises. Diese beiden Wünsche sollten nach der Meinung einer bedeutenden Schicht der Handwerker dem Kleingewerbe wieder einen goldenen Boden verschaffen.

Der Befähigungsnachweis jedoch leuchtete als Mittel zur Lösung der Handwerkerfrage den Kleingewerbetreibenden um so mehr ein, weil sie durch denselben nicht nur Vorteile in der besseren Ausbildung der Lehrlinge und der Handwerker überhaupt zu erlangen

hofften, sondern weil sie ihm, allerdings unserer Ansicht nach, irrtümlicherweise, eine weitgehende wirtschaftliche Bedeutung beimaßen. Sie glaubten durch die damit verbundene Konkurrenzregulierung nicht nur dem sehr empfindlichen Wettbewerb der Großindustrie, sondern auch der sogenannten Pfuscher- und Schundkonkurrenz im Handwerk selbst beikommen zu können.

Unter Pfuscherkonkurrenz verstand man jedoch nicht nur den Wettbewerb derjenigen, die, ohne etwas gelernt zu haben, sich leichtsinnig niederließen und mit ihren schlechten und billigen Waren die Preise drückten, sondern auch vielfach die Konkurrenz der ganz kleinen Handwerker, die, im Keller oder im Bodentübchen wohnend, mit einem Gesellen oder Lehrling oder auch ohne diese, ganz gute Ware sehr billig verkauften, weil sie wegen ihrer geringen Lebensansprüche in der Lage waren, mit sehr kleinem Verdienst zu frieden zu sein. Gerade diese kleinen Handwerker hatten eine empfindliche Konkurrenz hervorgerufen, da die größeren, die weit höhere Ansprüche an Wohnung, Kleidung und Nahrung stellten, nicht mit so geringem Profit arbeiten konnten.

Bei den Kleingewerbetreibenden, die für den Befähigungsnachweis eintraten, war der Glaube an eine in jeder Beziehung für sie günstige Konkurrenzregulierung um so fester, weil diese nicht der Frage der Durchführbarkeit des Befähigungsnachweises näher traten, denn ohne daß er bei ihnen vorläufig wirklich greifbare Form annahm, schwebte ihnen derselbe als ein ideales Mittel zur Lösung der Handwerkerfrage vor. Was sie theoretisch als gut erkannt hatten, mußte ihrer Ansicht nach auch praktisch in jeder Weise günstig wirken und leicht durchgeführt werden können.

Die Handwerker hatten damals allgemein das unbestimmte Gefühl und die feste Überzeugung, daß durch den Befähigungsnachweis eine Konkurrenzregulierung in der Weise eintreten werde, daß jeder, der denselben erbracht habe, nun auch genügende Kundschaft und guten Absatz besitzen werde und einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz entgegengehe. Diese Ansichten entsprangen wohl hauptsächlich aus der in Handwerkerkreisen sehr eingewurzelten Überzeugung, daß zur alten Zunftzeit mit ihrem Befähigungsnachweis alles im Handwerk viel schöner und weit besser, und daß namentlich der Befähigungsnachweis die Ursache des behäbigen Wohlstandes der Handwerker in der Blütezeit der Zünfte gewesen sei. Man hatte eine dunkle Erinnerung davon, daß im

Mittelalter der Handwerker, der durch den Befähigungsnachweis das Meisterrecht erlangt hatte, geborgen gewesen war.

Dafs die wirtschaftliche Lage in jener Zeit eine ganz andere war und dafs veränderte wirtschaftliche Verhältnisse auch andere Mafsnahmen erforderten, darüber gab sich der Handwerker keinem tieferen Nachdenken hin. Es kann daher nicht wunder nehmen, dafs gerade für diese Forderung grofse Schichten der Handwerkerbevölkerung mit Wärme eintraten.

In fast allen Handwerkerzusammenkünften, die im Jahre 1879 stattfanden, erklärte sich daher der gröfste Teil derselben für die obligatorische Innung und den Befähigungsnachweis. Wenn jedoch damals und überhaupt in der Folgezeit so wenig Stimmen aus Handwerkerkreisen selbst gegen den Befähigungsnachweis laut wurden, so darf man daraus, wie es fälschlich vielfach geschieht, nicht schliessen, dafs das ganze Handwerk für denselben eintrat. Dies hat vielmehr darin seinen Grund, dafs die ganz kleinen Handwerker, wie bereits erwähnt wurde, gar keine Organisation besaßen, in der ihre Opposition hätte zur Geltung kommen können, denn auf den Handwerkerversammlungen wagten sie sich natürlich nicht mit der Sprache heraus; sodann hatten sie auch nicht die Mittel, kostspielige Handwerkertage zu besuchen. Die bedeutenderen Handwerker, deren Betriebe sich schon Fabriken näherten und die ebenfalls gröfstenteils gegen diese Forderungen waren, unterliessen es ebenfalls aus Mangel an Organisation auf solche, ihrer Meinung nach veralteten, Ansichten einzugehen.

Es war also wohl nur die mittlere, aber auch breitere Schicht des Handwerkerstandes, die für sich diese Forderungen erklärte.¹⁾ In der obligatorischen Innung und dem Befähigungsnachweis war nach Ansicht dieser Handwerksklasse ganz allein das Mittel, der Organisationslosigkeit und der erdrückenden Konkurrenz entgegenzutreten, gefunden.²⁾ Um nun näher zu veranschaulichen, wie die für diese Forderungen eintretenden Kleingewerbetreibenden sich die Reformen dachten, wollen wir auf die Verhandlungen des rheinisch-westfälischen Schuhmachertages des Jahres 1879 eingehen, der

¹⁾ Siehe unsere Ausführungen im Kapitel IV der ersten Abteilung dieses Buches, Seite 18 und folgende.

²⁾ Wenn im Folgenden vom Handwerkerstande gesprochen wird, so ist immer nur diese in die Bewegung eingetretene Schicht desselben gemeint.

als ein charakteristisches Beispiel der Argumentationen der damaligen Handwerkerversammlungen angesehen werden kann.

Am nachdrücklichsten und auch mit zuerst sprach sich nämlich der Verband rheinisch-westfälischer Schuhmachermeister, welcher vom 7.—9. Juni in Paderborn tagte, und zu welchem über 50 Orte beider Provinzen Abgeordnete geschickt hatten, für obligatorische Innung und Befähigungsnachweis aus.¹⁾ Er erklärte: „Die gegenwärtige Gewerbeordnung hat die Innungen aller öffentlichen Rechte entkleidet und ihnen nur den Charakter privater Korporationen oder Vereine angewiesen. Die Innung ist nicht im stande, ihren Genossen irgendwelchen Schutz oder namhaften Vorteil zu gewähren, sondern stellt ihre Genossen in mancher Beziehung wesentlich ungünstiger, als die außerhalb derselben Stehenden. Denn während die Innungsgenossen sich hochherzig in ihren Statuten selbst Verpflichtungen auferlegen, vermögen sie doch durchaus nicht zu hindern, daß sie bei vorkommender Veranlassung dieserhalb von Nichtgenossen, welche jenen Verpflichtungen nicht unterliegen, ausgebeutet werden. Sonach ist es unmöglich, daß gegenwärtig gewerbliche Innungen lebensfähig und nützlich werden, geschweige Bestand haben. Anders wäre es, wenn jeder, der selbständig ein Gewerbe betreiben will, einer betreffenden Innung beitreten müßte, oder wenn wenigstens der Beitritt gewisse Vorzüge im Gefolge hätte und rechtlichen Schutz mit sich brächte.“

„Vor Allem ist aber erforderlich, daß das Gesetz dem Handwerker wieder denjenigen Schutz gewährt, den er verdient und welchen er genießen muß, soll er nicht zum größten Schaden der Gesellschaft vollständig zu Grunde gehen. Die Gewerbeordnung stellt jedem, der Lust hat, den Betrieb eines Gewerbes, ja sogar verschiedener Gewerbe frei, ohne irgendwelchen Nachweis der Befähigung zu erfordern. Dadurch ist einerseits dem toten Kapital die willkürlichste Ausbeutung des Handwerkerstandes und dessen langsame Erdrückung vollständig in die Hand gegeben, und anderseits aber auch der Handwerker seiner Standesehre beraubt und zum Tagelöhner herabgedrückt worden. Wenn die alten Meister, die noch im stande sind, sich über bestandene ordnungsmäßige Lehre, über Leistungen und Betragen als Geselle und über bestandene Meisterexamen auszuweisen, ausgestorben sein werden, wird man den Handwerker ver-

¹⁾ Dr. Jäger: Die Handwerkerfrage. Berlin 1887. Seite 142.

gebens suchen; man wird nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Kapital und Arbeit finden.

Daher verlangt der rheinisch-westfälische Schuhmacherverband die Abänderung der Gewerbeordnung, damit die gewerblichen Innungen lebensfähig werden und bleiben können, wozu entweder die obligatorische Einführung der Innungen oder die Ausstattung derselben mit entsprechenden Befugnissen und Vorzügen, wie sie das gegenwärtige Gesetz nicht gewährt, gehört. Zur Erhaltung des Handwerkerstandes müsse man den selbständigen Gewerbebetrieb von dem Nachweise der Befähigung abhängig machen, die Annahme und Ausbildung von Lehrlingen nur befähigten Meistern in einer dem Umfange des Geschäfts entsprechenden Zahl gestatten, um ein wirksames Mittel zur Kontrolle der Kenntnisse und Führung der Lehrlinge und Gesellen einzuführen.

Die Beweisführung der Handwerker ist, wie schon aus dem oben angegebenen Beispiele mit hervorgeht, in allen den damaligen Versammlungen ungefähr folgende gewesen. Gleich der erste Paragraph der jetzigen Gewerbeordnung lautet: „Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet.“ Nach der Fähigkeit und fachlichen Ausbildung wird also nicht gefragt. Wer das nötige Geld hat, kann treiben, was er will. Damit ist das Handwerk dem Kapitalismus ausgeliefert, die Arbeit der Werkstatt kann mit dem Magazinbetrieb nicht konkurrieren, denn der Magazininhaber hat mehr Kapital als der Handwerksmeister. Soll die Arbeit wieder die durch Magazinwirtschaft geschädigte Tüchtigkeit, soll das Handwerk gegenüber dem Kapitalismus wieder eine selbständige Existenz erlangen, so muß dem Kapitalismus Zaum und Zügel angelegt werden. Dem ersten Satz der Gewerbeordnung: „Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet“, gebührt der Nachsatz: „sofern er seine Fähigkeit dazu nachgewiesen hat“. Wer ein Handwerk treiben will, muß es erst lernen und muß den Nachweis liefern durch Gesellen- und Meisterprüfung, daß er es gelernt hat, und wer diesen Nachweis nicht liefert, darf zu keinem gewerblichen Geschäftsbetrieb zugelassen werden, wenn er auch noch so viel Geld besitzt.“

Jeder Großindustrielle sollte den Befähigungsnachweis erbringen müssen, oder an der eignen Ausnutzung seiner Kapitalien in der Industrie gehindert werden. Durch eine Gesellen- und Meisterprüfung, über deren nähere Ausgestaltung man sich jedoch nicht äußerte, wollte man alle die erhofften günstigen Folgen

auf wirtschaftlichem Gebiete erreichen. In fast allen derartigen Handwerkerversammlungen trat der Wunsch deutlich hervor, durch den Befähigungsnachweis die Großindustrie vor allen Dingen zu Gunsten des Handwerks lahmzulegen. Man hatte noch nicht, wie dies heute wenigstens in gewissem Maße unter den Handwerkern der Fall sein dürfte, eingesehen, daß man den Druck des Kapitals im Handwerk durch den Befähigungsnachweis überhaupt nicht beseitigen könne; denn es mußte jedem Kapitalisten ein leichtes sein, einen Handwerksmeister als Strohmann für billiges Geld an die Spitze seines Unternehmens zu stellen und nun sein Kapital ohne selbst den Befähigungsnachweis erbracht zu haben, ebenso wie früher, im betreffenden Gewerbe arbeiten zu lassen. Andererseits sagte man sich in diesen Kreisen nicht, daß ein Niederwerfen der Großindustrie, durch die doch mit am hervorragendsten unser Volkswohlstand gewährleistet wurde, nicht nur ungeheure Nachteile für unsere ganze Volkswirtschaft, sondern auch für das Handwerk selbst, welches teilweise nur durch diese in Nahrung gesetzt wurde, herbeigeführt worden wären. Man hatte in diesen Kreisen fast allgemein die alte merkantilistische Auffassung vom Staat, nach der derselbe überall, wo sich Mißstände zeigten, selbst positiv bis in die kleinsten Details eingreifen müsse, und nicht die, nach der derselbe nur dann selbst zu Gunsten einer ganzen Volksschicht seine Machtmittel in Anwendung bringen dürfe, wenn dadurch nicht die berechtigten Interessen einer anderen Volksschicht geschädigt würden und die Vorteile nicht nur der betreffenden einzelnen Klasse, sondern auch der Gesamtheit zu gute kämen.

Zur Ehre der Handwerker muß jedoch gleich hier betont werden, daß es keineswegs an Stimmen fehlte, die sich gegen derartige einseitige Ansichten energisch aussprachen, die auf die Schattenseiten der obligatorischen Innung hinwiesen und darauf aufmerksam machten, daß der Befähigungsnachweis in Preußen in den Jahren 1849—1869 dem Handwerk nicht die erhofften Vorteile, sondern nur viele Streitigkeiten und Behinderungen gebracht habe, und daß gerade in dieser Zeit, trotz Innung und Befähigungsnachweis, das Handwerk erheblich zurückgegangen sei.

Vor allen Dingen sprach der Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten Deutschlands, der jetzt, da bei der Kluft, die zwischen Handwerkern und Großindustriellen mehr und mehr entstanden war, fast gar keine Fabrikanten mehr enthielt und sich daher nur von jetzt ab Verband der Handwerker und Gewerbetreibenden Deutsch-

lands nannte, auf seinem Delegiertentag zu Bremen¹⁾ im Jahre 1879 sich gegen die obligatorische Innung aus, und zwar wurde in dieser Versammlung der diesbezügliche Antrag mit 65 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Doch war in diesem Verband nur noch ein kleiner Teil der Handwerker Deutschlands vertreten. Auch einige Handels- und Gewerbekammertage, die in diesem Jahre stattfanden, äufserten sich gegen den gesetzlichen Zwang zum Beitritt zur Innung. Auf dem im folgenden Jahre vom 7.—9. Oktober zu Berlin abgehaltenen 9. deutschen Handwerkertage trat der Verein selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender Deutschlands nun auch der Befähigungsnachweisfrage näher.²⁾

Der Tischlermeister Heinze-Hannover stellte dort folgenden Antrag: „Jeder Handwerker, der sein Geschäft selbständig betreiben will, hat durch ein Probestück seine Befähigung nachzuweisen.“ Dieser Antrag führte zu einer sehr lebhaften Debatte und wurde schliesslich mit 60 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Während nun die Handwerker Deutschlands einerseits für obligatorische Innungen und Befähigungsnachweis eintraten, anderseits nur mit größeren Rechten ausgestattete freie Innungen gewünscht wurden, trat auch der deutsche Reichstag dieser Frage näher. Nachdem schon im Jahre 1879 ein Antrag, der jedoch in der Kommission liegen blieb, dem Hause vorgelegen hatte, brachten die Abgeordneten von Seydewitz, von Hellendorf-Bedra, Ackermann und Graf Kleist-Schmenzin wiederum einen Antrag im Jahre 1880 ein, der sich mit der Reform der Gewerbeordnung und namentlich mit der des Titel VI derselben befasste. Derselbe wollte die freien Innungen beibehalten, ihnen aber wieder den Charakter öffentlich-rechtlicher Korporationen geben und sie mit besonderen Vorrechten ausstatten, um sie für den Handwerkerstand anziehender zu machen. Dieser Antrag führte nach langen, sehr erregten Verhandlungen zum Innungsgesetz vom 18. Juli 1881, welches den Innungen endlich den Charakter öffentlich-rechtlicher Korporationen wiedergab und durch einige Vorrechte die Innungsbildung zu begünstigen suchte. In den Reichstagsverhandlungen hatte sich jedoch bereits gezeigt, daß in konservativen Kreisen,

¹⁾ Protokolle über die Verhandlungen des 8. Delegiertentages des Vereins selbständiger Handwerker und Fabrikanten Deutschlands zu Bremen am 6., 7., 8. und 9. August 1879, Berlin, Seite 39—44.

²⁾ Die Verhandlungen des 9. deutschen Handwerkertages zu Berlin vom 7. bis 9. Oktober 1880. Berlin 1880, A. Toeges Verlag, Seite 61—64.

namentlich aber im Centrum die unter den Handwerkern mehr und mehr sich darbietende Anschauung Anerkennung gefunden hatte, daß dem Handwerkerstande nur durch Zwangsmafsregeln geholfen werden könne, denn Abgeordnete sowohl der Konservativen wie des Centrums hatten durchblicken lassen, daß sie die Einführung der Zwangsinnung, sowie des Befähigungsnachweises zur Hebung des Handwerks für unbedingt nötig hielten. Es war auch den neuen Innungen nach dem Innungsgesetz bereits gestattet worden, den Befähigungsnachweis als Aufnahmebedingung in die Innung zu fordern.

Die Anerkennung ihrer Ansichten im Reichstage mußte natürlich in Handwerkerkreisen eine bedeutende Stärkung der zünftlerischen Richtung hervorrufen. Überhaupt war durch den Umschwung in der Politik der Reichsregierung im Jahre 1878, die sich nunmehr auf die konservativen Parteien zu stützen begann, auf die regierungstreuen Handwerker ein grofszer Einfluß ausgeübt worden, namentlich da sie bei der konservativen Partei Anerkennung ihrer Wünsche fanden. Durch die Agitation der damals sich regenden christlich-sozialen und sozial-konservativen Strömungen, die eine Stütze im Handwerkerstande suchte und fand, wurde dann eine immer breitere Schicht der Kleingewerbetreibenden für die zünftlerischen Forderungen gewonnen. Überhaupt verwandelte sich in dieser Periode der Handwerkerbewegung die Innungsfrage und die des Befähigungsnachweises aus einer wirtschaftlichen mehr und mehr in eine sozialpolitische und zwar sehr zum Schaden für die Handwerker selbst. Immer mehr, unterstützt von den beiden genannten Parteien, glaubten die Handwerker auf dem Wege der Politik ihre wirtschaftlichen Ziele erreichen zu können. Immer allgemeiner fand unter ihnen die Ansicht Anklang, daß durch den Wahlzettel allein ihre wirtschaftlichen Ideale zu verwirklichen seien.

Immer mehr gestaltete sich schliesslich die politische Bewegung im Handwerkerstande zu einer anti-liberalen. Vor allem war es der Freiherr von Fechenbach, der durch Gründung von Vereinen zum Schutze des Handwerks, durch in grofsartigem Mafsstabe betriebene Agitation in Wort und Schrift, die Handwerker in gröfseren Massen politisch zu organisieren suchte und der durch sein energisches Auftreten sich einen bedeutenden Anhang in diesen Kreisen zu verschaffen wufste. Diese extreme Richtung wurde jedoch um so mächtiger, als vor allem auch die katholischen Handwerker, die durch den Kulturkampf besonders energische Anhänger des Centrums ge-

worden waren, zur obligatorischen Innung sich bekannten. Eine völlige Zerfahrenheit herrschte daher in der Bewegung, in der die obligatorische oder freie Innung den Hauptzankapfel der Parteien bildete. Der größte Teil der Handwerker trat jedoch für obligatorische Innung ein und dieser besaß besonders in Süd-, Ost- und Westdeutschland in den Hauptsitzen der Konservativen und des Centrums seine Anhänger, wo sie im ostdeutschen, westdeutschen und westfälischen Handwerkerbunde, zu dem später noch der bayrische trat, ihre Interessen-Vertretung fanden.

Auch der Erlass des neuen Innungsgesetzes vermochte diese Bewegung nicht aufzuhalten, denn selbst die gemäßigten Handwerker waren mit dem neuen Gesetz nicht zufrieden, da in demselben nach ihrer Ansicht den Innungen zu viele Pflichten und zu wenig Rechte zugestanden worden waren. In allen Handwerkerkreisen verwarf man es daher, ohne mit demselben überhaupt nur praktische Versuche machen zu wollen. Man hielt es für völlig untauglich zur Hebung des Handwerkerstandes und trat nun um so energischer für die alten Forderungen ein. In der Unzufriedenheit mit diesem neuen Gesetz einigten sich also die streitenden Richtungen der Handwerker. Um nun endlich dieser allgemeinen Zerfahrenheit in der Bewegung ein Ende zu bereiten und den Handwerkern selbst Gelegenheit zu geben, zu dem neuen Gesetz Stellung zu nehmen, wurde von Berlin aus durch den Vorstand des Verbandes selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender Deutschlands ein allgemeiner deutscher Handwerkertag nach Magdeburg einberufen, der dort vom 1.—2. Juni des Jahres 1882 tagte und seit dem Dresdener Handwerkertage die erste Handwerkerversammlung von größerer allgemeinerer Bedeutung war.¹⁾ Als Motiv für die Veranstaltung eines solchen deutschen Handwerkertages stand im Vordergrund der Wunsch, die Zersplitterung und das Parteiwesen unter den Handwerkern zu beseitigen und die in neuerer Zeit ins Leben gerufenen Handwerker-, Fach- und sonstigen gewerblichen Vereine und Verbände zu einer gemeinsamen, einheitlichen, gewerbepolitischen Verbandsthätigkeit zusammenzuführen.

Der Aufruf zu dieser Versammlung wies darauf hin, daß der deutsche Handwerkerstand nicht ruhen dürfe, sondern das Seinige dazu beitragen müsse, daß es um das Kleingewerbe besser werde,

¹⁾ Verhandlungen des allgemeinen deutschen Handwerkertages zu Magdeburg am 31. Mai, 1. und 2. Juni 1882. Berlin.

denn über den Kleingewerbestand drohe das Rad der Zeit vernichtend hinwegzurollen, wenn er nicht aus eigener Kraft sich zu einigen verstehe und durch Zusammenschließen der auf Selbständigkeit etwas haltenden Handwerksgenossen sich rechtzeitig zur Geltung bringe. Vor allem sollte also mit Hintenansetzung des Parteihaders nun endlich eine Einigung in den Zielen der Bewegung auf dem neuen Handwerkertage herbeigeführt und zu dem neuen Innungsgesetz Stellung genommen werden.

Dieser Aufruf fand in den deutschen Handwerkerkreisen den allgemeinsten Anklang, wie die sehr starke Beteiligung und das sehr lebhafteste Interesse an den Verhandlungen dieses Magdeburger Handwerkertages bewiesen. Es waren in dieser Versammlung, wie vor zehn Jahren in Dresden, Delegierte aus allen Teilen Deutschlands erschienen, ein Zeichen dafür, wie allgemein unter den deutschen Handwerkern das Bedürfnis nach einheitlichem Vorgehen war.

323 Abgeordnete, die zusammen 398 Innungen vertraten, nahmen an den Verhandlungen teil. Da 184 Abgeordnete allein 51 838 Handwerker repräsentierten, so werden wohl rund 100 000 Handwerker Deutschlands auf diesem Handwerkertage ihre Vertretung gefunden haben. Diese Versammlung war von erheblicher Wichtigkeit, weil auf derselben ein einheitliches Handwerkerprogramm aufgestellt wurde, auf dem heute noch die Kleingewerbetreibenden Deutschlands stehen, und weil gerade von der Stellungnahme dieses Kongresses zum Innungsgesetz die künftige Wirksamkeit desselben mit abhing.

Es drehte sich hier natürlich der Kampf hauptsächlich um die obligatorische Innung, die einen glänzenden Sieg über die freie errang, denn allein zu dieser Prinzipienfrage waren 22 Anträge verschiedener Handwerkervereine eingelaufen, von denen keiner für freie Innungen sich aussprach. Schon in dieser Periode der Bewegung trat jedoch hervor, daß der Befähigungsnachweis diejenige Forderung war, in der sich die verschiedensten Richtungen im Handwerk vereinigten, für die also auch die gemäßigteren Schichten der Handwerker eintreten zu können glaubten. Die mit großer Übereinstimmung, nämlich mit 252 gegen 54 Stimmen zur Annahme gelangte Resolution, in der die zu Magdeburg vereinigten Handwerker ihre Wünsche zusammenfaßten, und die gleichsam das Reformprogramm der Handwerker Deutschlands darstellt, hatte folgenden Wortlaut:

„Die in letzter Zeit ins Leben getretenen gesetzlichen Bestim-

4*

mungen über das Innungswesen, sowie das infolge derselben herausgegebene Normalinnungsstatut, können den deutschen Handwerker-tag nicht veranlassen, von seiner Forderung der Abänderung der deutschen Gewerbeordnung abzulassen. Der allgemeine deutsche Handwerker-tag erklärt, daß nur von einer vollständigen Revision der Reichs-Gewerbe-Ordnung Hilfe zu erwarten ist, wenn diese Revision nach folgender Richtung geschieht.

1. Jeder selbständige Handwerker ist verpflichtet, der am Orte oder im Bezirke bestehenden Fachinnung beizutreten; dieselbe ist mit Beitritts- und Beitragspflichten auszustatten.
2. Die Berechtigung zum Betrieb eines Handwerks ist abhängig zu machen von dem Beitritt zu einer für das gleiche oder verwandte Gewerbe bestehenden Innung und der vorher bestandenen durch Gesetz eingeführten obligatorischen Meisterprüfung.
3. Die Pflicht zur Führung eines Arbeitsbuches wird auf alle Gesellen, Gehilfen etc. ausgedehnt, ohne eine Altersgrenze festzusetzen. Die Erteilung ist abhängig zu machen von der vorher bestandenen obligatorischen Gesellenprüfung, von einer ordnungsmäßig zurückgelegten Lehrzeit.
4. Dem Handwerk ist durch die Einführung von Handwerkerkammern eine legislative Vertretung zu geben.

„Nur auf solcher Grundlage können mit obligatorischen Rechten ausgestattete Innungen eine heilsame Wirkung ausüben und den deutschen Handwerkerstand befähigen, den ihm gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Wenn der Handwerkerstand die Bildung von Innungen auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht von der Hand weist, geschieht dies in der Hoffnung, durch die hierdurch erzielte engere Verbindung die oppositionelle Thätigkeit zu kräftigen und an der Hand der vorgesetzten Behörden den Beweis zu liefern, daß auf solche Weise die gewünschten Erfolge niemals erzielt werden können, und unter der festen Erklärung, die nun seit einer langen Reihe von Jahren aufrecht erhaltene Opposition gegen das jetzt zu Recht bestehende Gewerbegesetz so lange energisch fortzuführen, bis die gemachten Forderungen des deutschen Handwerkerstandes Erfüllung gefunden haben.“

Obligatorische Innung, Befähigungsnachweis, Pafszwang und

Handwerkkammern, das waren die von den Handwerkern geforderten Ziele der anzustrebenden Reformgesetzgebung. Also nur um zu beweisen, daß das Innungsgesetz nicht genüge und um die eventuellen Vorteile desselben zu Agitationszwecken für die Reformbewegung benutzen zu können, wollten die zu Magdeburg versammelten Handwerker für das Gesetz eintreten.

Unter den in der oben angeführten Resolution aufgestellten vier Hauptforderungen war als zweite der obligatorische Befähigungsnachweis in Gestalt einer Meisterprüfung als einer der Zielpunkte der Reformgesetzgebung aufgestellt worden. Für wie wichtig man gerade die Einführung des Befähigungsnachweises für die Hebung des Handwerkerstandes damals schon in Magdeburg allgemein hielt, geht besonders aus den Ausführungen des diese Resolution begründenden Redners hervor. Derselbe sagte nach einigen einleitenden Worten: „Unser Hauptsatz gipfelt darin, daß, wer ein Geschäft selbständig betreiben will, nachweisen muß, er habe es gelernt. Meine Herren, halten Sie Umschau in Ihrem Gewerk, woher kommt es, daß eine so vernichtende Konkurrenz, die aller Realität bar ist, sich geltend macht? Daher, daß, wenn es einem Lehrling nicht mehr gefällt zu lernen, er einfach die Lehre verläßt, um als Gehilfe oder Geselle zu arbeiten. Bei der größtenteils schlechten Geschicklichkeit verdient derselbe wenig. Er denkt nun: „was sollst du dich maßregeln lassen, wirst selbständig; er versteht weder selbst gut zu arbeiten, noch weniger ist er im stande, eine größere Arbeit zu taxieren. Daher die Angebote ohne alle richtige Basis. Er ist sehr bald fertig, er schädigt seine Mitmeister auf die empfindlichste Weise.“

In diesen wenigen Sätzen sind die Grundgedanken enthalten, aus denen man besonders für den Befähigungsnachweis eintreten zu müssen glaubte. Sie entsprangen hauptsächlich aus einer zu großen Verallgemeinerung mannigfach im Handwerk vorkommender Mißstände und der Überzeugung, daß derjenige, der die Prüfung bestanden habe nun auch wirtschaftlich so stark sein werde, daß er wegen zu scharfer Konkurrenz nicht zu unlauteren Mitteln im Wettbewerb seine Zuflucht zu nehmen brauche, sondern einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz entgegen gehe.

Die wichtigste That des Magdeburger Handwerkertages war jedoch die Gründung des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, der alle in die Bewegung eingetretenen Handwerker in einem Ver-

band zu gemeinsamem Handeln vereinigen sollte und der sich besonders die Aufgabe stellte, die Kleingewerbetreibenden zu organisieren und durch energische Agitation immer weitere Kreise des Handwerkerstandes für die Reformbewegung zu gewinnen. Die Neubegründung eines derartigen Bundes war besonders dadurch nötig geworden, daß der Verband selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender Deutschlands nur noch einen kleinen und zwar gemäßigten Teil der Handwerker umfasste und die bei weitem grössere extreme Schicht des Handwerkerstandes die Führung dem ihnen nicht energisch genug auftretenden gemäßigten Berliner Vorstände nicht mehr überlassen zu können glaubte. Auf dem nächsten allgemeinen deutschen Handwerkertage zu Hannover wurde der Sitz desselben daher nach Köln am Rhein verlegt, wodurch die Führung endgiltig den Berliner Handwerkern genommen war, die seit 10 Jahren die Leitung der Bewegung in den Händen gehabt hatten. Gleichzeitig hatte auch der Verband selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender Deutschlands zu existieren aufgehört, denn er ging bei Begründung des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes in dieser neuen Organisation auf.

Nach dem in Hannover zur Annahme gelangten Statut hatte der neue Bund den Zweck, mit Ausschluss aller politischen und konfessionellen Tendenzen, alle deutschen Handwerker im Anschluss an die Beschlüsse des Magdeburger allgemeinen deutschen Handwerkertages vom Jahre 1882 zur gesetzlichen Wahrung ihrer Standesinteressen zu reorganisieren, um so endlich eine Grundlage für obligatorische Innung zu legen. Ausserdem stellte er sich noch zur Aufgabe, die Agitation für Abänderung der Gewerbeordnung, Einführung von Arbeitsbüchern für alle Gesellen ohne Unterschied, ausreichende Beschränkung des Hausierhandels, gänzliche Beseitigung der Wanderlager, Wanderauktionen und Konsumvereine, Regelung des Submissionswesens, der Sträflings- und Militärarbeit, des Kreditwesens und Förderung der gewerblichen Bildung in technischer und volkswirtschaftlicher Beziehung, die bereits stets einen Gegenstand der Beratungen gebildet hatten.

In diesem allgemeinen deutschen Handwerkerbunde war ein Verband gegründet worden, der die verschiedenen Richtungen unter den Handwerkern in sich vereinigte und der die Führung der Bewegung übernahm, um diese zu einer einheitlichen, zielbewußten zu machen. Aber auch dieser Verband, dessen Sitz schon 1884 von Köln nach München verlegt wurde, hat ebenso, wie der

frühere Verein selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender Deutschlands nicht sehr bedeutende Schichten der Handwerkerbevölkerung zu umfassen vermocht. Immerhin trug derselbe durch seine jährlich abgehaltenen Handwerkertage und seine energische Agitation zur Weiterentwicklung der Handwerkerbewegung in hervorragender Weise bei.

Der vom 21.—22. Juli 1884 zu Frankfurt am M. abgehaltene zweite allgemeine deutsche Handwerkertag forderte ebenfalls wieder als Vorbedingung zum Gewerbebetrieb eine für alle Handwerkszweige obligatorisch eingeführte Gesellen- und Meisterprüfung, und bewegte sich sonst in dem Rahmen des Magdeburger Programms.

Mit dieser Versammlung schließt die zweite Periode der neueren Handwerkerbewegung ab, in der man neben vielen anderen Wünschen hauptsächlich die obligatorische Innung und nur als Appendix derselben auch den Befähigungsnachweis forderte. Erst in der nun folgenden Epoche der Bewegung trat der Befähigungsnachweis mehr und mehr aus seinem Abhängigkeitsverhältnis von der obligatorischen Innung heraus. Er nahm mit den Anträgen im deutschen Reichstage greifbare Form an und wurde so zur Hauptforderung aller Wünsche der in die Bewegung eingetretenen Handwerker.

Kapitel III.

Die dritte Periode der auf Einführung des Befähigungsnachweises gerichteten Handwerkerbewegung bis zur Interpellation Hitze im deutschen Reichstage vom 24. November 1891.

In ein wesentlich neues Stadium trat die Handwerkerfrage, als durch die Gewerbenovelle vom 15. März 1883 in Österreich der Befähigungsnachweis zum Gesetz erhoben wurde, denn nun hatte mit einem Schlage das, was unsern Handwerkern als Ideal vorschwebte, greifbare Gestalt angenommen. Auch dort war durch ganz ähnliche Verhältnisse wie in Deutschland eine reaktiönäre Handwerkerbewegung hervorgerufen worden. Um den Kleinhändler im Konkurrenzkampfe zu stützen, hatte man sich in Österreich zur Einführung des Befähigungsnachweises entschlossen.

Dieser war jedoch weniger ein wirklicher Nachweis der Befähigung, sondern mehr ein Verwendungsnachweis, da schon ein Lehrzeugnis und eine Bescheinigung einer mehrjährigen Thätigkeit als Gehilfe in einem im Gesetz bezeichneten Handwerk oder einem diesem analogen Fabrikbetriebe als solcher genügte.

Die Parteien, die schon bei der Durchberatung des Innungsgesetzes besonders für eine Regelung der Gewerbeverhältnisse im Sinne der Handwerker eingetreten waren, fingen jetzt ebenfalls an, sich mit der Frage des Befähigungsnachweises zu beschäftigen, als die Abgeordneten Ackermann, Biehl, von Kleist-Retzow und Freiherr von Schorlemer-Alst am 16. Dezember 1884 einen Antrag auf Einführung des Befähigungsnachweises für das Klein-gewerbe im deutschen Reichstage stellten, der von zahlreichen Mitgliedern des Centrums und der konservativen Partei unterstützt wurde.¹⁾

Die obligatorische Innung war, wie der Vater dieses Antrages, Biehl, auf dem ersten deutschen Innungstage zu Berlin in einer Rede ausführte, im deutschen Reichstage damals nur deshalb nicht gefordert worden, weil man sich überzeugt habe, daß diese noch nicht durchgesetzt werden könne. Da sei denn als Minimum der notwendigen Abschlagszahlung der Befähigungsnachweis von ihm und seinen Kollegen verlangt worden.

Der Antrag war, was seine Bestimmungen über den Befähigungsnachweis angeht, im wesentlichen jedoch nur eine Übertragung des österreichischen Gesetzes vom 15. März 1883 auf deutsche Verhältnisse. Hier wie dort wurde ein Verwendungsnachweis und keine Prüfung verlangt und die Bestimmung der Gewerbe, für die dieser gültig sein sollte, dem Bundesrate überlassen.

Bereits am 10. März 1885 hatte sich der Reichstag mit diesem Antrag zu beschäftigen.²⁾ Zur Begründung desselben ergriff zunächst der Herr Abgeordnete Ackermann das Wort. Derselbe führte aus, daß der Befähigungs- oder richtiger Verwendungsnachweis deshalb von dem Antragsteller gefordert sei, weil ohne diesen heutzutage jeder Handwerker, der sich selbständig machen wolle,

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 6. Legislaturperiode 1. Session 1884/85 Bd. V Nr. 119 der Drucksachen.

²⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 6. Legislaturperiode 1. Session 1884/85 Bd. III 63. Sitzung.

nur aufs Rathaus zu gehen brauche, um sein Gewerbe anzumelden, um es dann, ohne dafs er etwas von demselben versteht oder es überhaupt gelernt hat, zu betreiben, was eine ganz regellose Konkurrenz, eine Vergeudung von Kapital und Arbeitskraft und eine Herabdrückung des Ansehens des ganzen Handwerkerstandes zur Folge habe. Jeder, der vom Staate eine Anstellung erhalten wolle, müsse den Befähigungsnachweis erbringen. Selbst bei einem Dienstboten fordere man denselben. Nur bei dem Handwerker, der noch dazu mit der Selbständigkeit das Recht erhalte, andere in die Lehre zu nehmen, sei dies bisher nicht der Fall. Den Schwerpunkt der Gründe, die für den Befähigungsnachweis sprächen, sah Ackermann also in der bisherigen regellosen Konkurrenz. Denn diese sollte wenigstens allein unter befähigten Personen stattfinden. Der Redner begründete sodann die einzelnen Bestimmungen des Antrages, und nachdem er noch gebeten hatte, den vorliegenden Gesetzesvorschlag einer Kommission zu überweisen, schlofs er mit den Worten: „Ausdauer und Geduld erringen des Glückes Huld“, um anzudeuten, dafs die Antragsteller so lange ihren Antrag im Reichstag einbringen würden, bis dieser zur Annahme gelangt sei.

Von Seiten des Centrums sprachen sich die Herren Hitze und Biehl besonders warm für den Antrag aus, liefsen jedoch durchblicken, dafs sie ihn nur als eine unzulängliche Abschlagszahlung betrachteten, da noch viel weitgehendere Gesetze erlassen werden müfsen, um das Handwerk gründlich zu heben.

Die liberale Seite des Hauses sprach sich jedoch energisch gegen diesen Antrag aus. Besonders betonte Dr. Baumbach, dafs die Einführung des Befähigungsnachweises einen offenbaren Bruch mit der Gewerbefreiheit zu bedeuten habe. Er wies ausdrücklich auf alle die Schwierigkeiten hin, die mit der Durchführbarkeit eines solchen Gesetzes verbunden seien, und zeigte, wie sich solche bereits von 1849—1869 in Preussen herausgebildet hätten. Da der Befähigungsnachweis sich nicht für Fabrikanten einführen lasse, habe er auch keinen Wert mehr für die Kleingewerbetreibenden, denn die Konkurrenz der Grofsindustrie habe doch hauptsächlich die schlimme Lage des Handwerks herbeigeführt, und wenn diese nicht beseitigt werden könne, sei auch nichts wesentliches an jener gebessert. Ganz besonders ging der Redner auf die Abgrenzung der Gewerbe ein, die stets mit der Einführung des Befähigungsnachweises verbunden sei und wie immer, so auch

in Österreich bereits zu Streitigkeiten zwischen den Handwerkern geführt habe.

In seiner Opposition gegen den vorliegenden Antrag wurde Dr. Baumbach noch durch den Redner der nationalliberalen Partei, Dr. Böttcher unterstützt. Letzterer deutete darauf hin, daß man im Jahre 1869 ohne große Schwierigkeiten von dem Befähigungsnachweis abgegangen sei, weil man sich damals gesagt habe, daß die Vorteile, die eine derartige Zwangsbestimmung etwa haben könne, bei weitem durch die Nachteile aufgewogen würden, welche diese Einrichtung in der damaligen Gestaltung des Gewerbslebens zur Folge hatte. Es wies darauf hin, daß, wie Ackermann ausgeführt habe, man durch diese Mafsregel eine Konkurrenz nur unter Befähigten herbeiführen wolle, daß jedoch den Wettbewerb eines Minderbefähigten niemand zu fürchten brauche, denn dieser sei leicht zu besiegen. Ganz etwas anderes wäre es, wenn man zur Begründung des Antrages anführe, wie dies besonders vom Abgeordneten Biehl geschehen sei, daß eine Garantie für gute Ausbildung der Handwerker und ein Schutz des Publikums gegen die Pfuscher dadurch erreicht werde. Auch diese Garantie könne jedoch nicht mehr durch den Befähigungsnachweis geboten werden. Redner hob dann noch zum Schluss die Schwierigkeit hervor, diejenigen Gewerbe herauszufinden, für welche der Befähigungsnachweis noch Geltung haben solle.

Im Namen der Sozialdemokraten sprach der Abgeordnete Harm sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Er betonte, daß die Lage des Handwerkerstandes in der Hauptsache durch die Maschine herbeigeführt sei und daß sich durch solche Mittel, wie die vorgeschlagenen daher nichts erreichen lassen werde.

Allgemein wurde jedoch auf die Unzulänglichkeit eines Verwendungsnachweises hingewiesen, durch den doch nur höchst ungenügend die Tüchtigkeit eines Handwerkers garantiert werden könnte. Schliesslich übergab man den Antrag einer Kommission zur genauen Durchberatung, in der er jedoch liegen blieb.

In der Hauptsache waren also von den Antragstellern drei Gründe für den Befähigungsnachweis geltend gemacht, nämlich Beseitigung der regellosen Konkurrenz, Vernichtung des Pfuschartums und schliesslich Herbeiführung einer Garantie für gute Ausbildung der Handwerker. Also auch hier im Reichstage führte man dieselben Argumente ins Feld, die früher zum Erlass der Königlichen Verordnungen vom 9. Februar 1849 Veranlassung gegeben hatten, wie

bereits in der Einleitung zu dieser Abteilung in dem Bericht des Staatsministeriums an den König von Preußen vom 7. Februar 1849 gezeigt worden ist.

Aber auch von den Gegnern der Vorlage waren schwerwiegende Gründe gegen eine Einführung eines solchen Gesetzes beigebracht worden, von denen die Abgrenzung der Gewerbe, die Schwierigkeit der Trennung der Fabrik vom Handwerk, die Frage der verwandten Gewerbe und die Unsicherheit der Feststellung der handwerksmäßigen Gewerbe überhaupt hier zu nennen sind.

Inzwischen hatte der deutsche Handwerkerstand mit dem Innungsgesetz vom 18. Juli 1881 praktische Versuche gemacht. Vor allem suchten die Berliner Handwerker, die im Jahre 1883 zu Hannover wegen ihrer abweisenden Haltung zur obligatorischen Innung unterlegen waren und denen damals durch Verlegung des Sitzes des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes nach Köln die Führung der Bewegung entrissen wurde, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der Handwerkerstand wirklich vom Innungsgesetz Gebrauch mache. Zu dem Zwecke traten die Centralvorstände von 14 Fachverbänden, mit dem Sitze in Berlin, die sich bereits zu Innungsverbänden umgebildet hatten, am 15. Dezember 1884 zur Begründung einer Centralstelle für die einheitliche Vertretung ihrer gemeinsamen Verbandszwecke zusammen.

Gleich nach der Verhandlung des Antrages Ackermann-Biehl im Reichstag, faßte dieser neue Centralvorstand der vereinigten Innungsverbände Deutschlands den Beschluß, einen Innungstag nach Berlin einzuberufen, um auf demselben auf Grund der bisher mit dem Innungsgesetz gemachten Erfahrungen Verbesserungen desselben vorzuschlagen. Doch ehe die Berliner Fachverbandsvorstände mit dem Aufrufe zu dieser Versammlung hervortraten, wollten sie, da ja die Stellung des Innungstages eine ganz andere als die der bisherigen Handwerkertage des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes sein sollte, ein neues Reform-Programm feststellen, auf Grund dessen dann die Verhandlungen stattfinden sollten. Die Berliner Innungsvorstände einigten sich bereits am 27. März 1885 über ein solches, das, nachdem es auch von den Fachverbandsvorständen angenommen war, an die Innungen, Innungsausschüsse und Innungsverbände Deutschlands, mit dem Wunsche, sich demselben anzuschließen, versandt wurde.

Dieses sich sehr wesentlich von dem zu Magdeburg aufgestellten

Handwerkerprogramm unterscheidende Berliner Reform-Programm hatte folgenden Wortlaut:¹⁾

1. Die am Freitag den 27. März 1885 versammelten Innungsvorstände Berlins sprechen sich zu den Anträgen der Herren Ackermann, Biehl und Genossen im deutschen Reichstage, betreffend den Befähigungsnachweis zum selbständigen Betrieb handwerksmäßiger Gewerbe, im allgemeinen zustimmend aus; die Feststellung dieser Betriebe, sowie die Entscheidung darüber, welche als verwandte zu erachten seien, hat nach Möglichkeit durch Gesetz zu geschehen.
2. Die Organisation der handwerkerlichen Selbstverwaltung nach Innungen, Handwerkerkammern und Innungsverbänden, unter Einsetzung eines Reichsinnungsamts als oberster Instanz zur Berücksichtigung der Innungen, ist durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Reichsgewerbe-Ordnung einheitlich für das deutsche Reich vorzusehen.
3. An der Verwaltung der Innungsaufgaben (gewerbliche Schiedsgerichte, Gesellenprüfungen, Herbergswesen, Ordnung des Legitimationswesens, Arbeitsnachweis etc.) haben Meister und Gesellen auf Grund gesetzlicher Normen mitzuwirken. Der Lehrvertrag ist für alle gewerblichen Lehrverhältnisse obligatorisch zu machen. Die Führung des Meistertitels ist nur auf Grund eines ordnungsmäßig von einer Innung erlangten Meisterbriefes gestattet und der Mißbrauch des Titels unter Strafe zu stellen.
4. Nur Innungsmeistern gebührt unter strenger Kontrolle durch die verschiedenen Organe der handwerkerlichen Selbstverwaltung das Recht, Lehrlinge auszubilden. Die Nichtinnungsmeister sind zur Zahlung von Umlagen für gewerbliche Einrichtungen der Innungen, wie Herberge, Ortsgeschenk, Fachschule, Unterstützungskassen und dergleichen heranzuziehen. Die nähere Regelung dieser Verhältnisse für die einzelnen Innungen (Rechte aus §§ 100e und f der R.G.O. nach den Anträgen Ackermann und Genossen) hat unter entsprechender Mitwirkung der Handwerkerkammer, des Innungsverbandes und des Reichsinnungsamtes zu geschehen.

¹⁾ Verhandlungen des I. deutschen Innungstages zu Berlin am 14., 15. und 16. Juni 1885. Berlin.

5. In das Reichsgesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, sowie das Unfallversicherungsgesetz sind im Interesse der Innungen und der Innungsverbände gewisse ergänzende Bestimmungen aufzunehmen, durch deren Mangel der selbständige Handwerkerstand zur Zeit schwer geschädigt wird.
6. Die den selbständigen Gewerbebetrieb schädigende Konkurrenz der Gefängnisarbeit und der Arbeiten in den Militärwerkstätten ist durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Gewerbeordnung zu beseitigen.
7. Die Innungsvorstände Berlins legen den deutschen Handwerkern aufs wärmste ans Herz, die Stellung der Herren Ackermann, Biehl und Genossen bei Durchbringung ihrer Anträge im Reichstage unter Modifikation und Ergänzung derselben im einzelnen nach den Wünschen der Handwerker durch möglichst zahlreiche Zustimmungserklärungen zu unterstützen und zu befestigen. Insbesondere aber
8. thut hierzu den deutschen Handwerkern Einigkeit not. Dieselben mögen alle Zwiespältigkeiten in Bezug auf die Einzelheiten der anzustrebenden gewerblichen Ziele unterlassen und sich unter Zugrundelegung der in dieser Resolution aufgestellten Gesichtspunkte über ein gemeinsames Reformprogramm für den geeinigten deutschen Handwerkerstand verständigen.

Diese Resolution, die gleich in ihrem ersten Abschnitt zu dem Antrag Ackermann-Biehl Stellung nahm, fand, obgleich es nicht eine Zeile über die obligatorische Innung enthielt, doch so ungeheilten Beifall, daß die deutschen Innungsverbandvorstände nach Berlin den ersten deutschen Innungstag einberufen zu können glaubten. In dem Aufruf zu demselben gab man als leitendes Motiv den Wunsch an, alle diejenigen Mißstände der deutschen Gewerbegesetzgebung in einer gemeinsamen Handwerkerversammlung zu beraten und öffentlich zu kennzeichnen, unter welchen der Fortgang der Innungsbewegung und infolge dessen auch die Weiterbildung der Organisation des Handwerkerstandes in Bezug auf Selbstverwaltung in gewerblichen Angelegenheiten bisher zu leiden gehabt hätten.

Die Stellung des Innungstages war daher eine ganz andere wie die der bisherigen Handwerkertage des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, denn während dieser die Kleingewerbetreibenden mehr

politisch zu organisieren suchte und ihm die Innungsbildung hierzu nur Mittel zum Zweck war, war dem Innungstage diese Selbstzweck. Auf beiden bedeutsamen Handwerkersversammlungen, nämlich auf dem soeben erwähnten Innungstage zu Berlin und auf dem Handwerkerstage zu Köln, bildete der durch die Reichstagsverhandlungen in den Vordergrund getretene Befähigungsnachweis den Kernpunkt. Beide Versammlungen sind aber um so wichtiger, weil auf ihnen nicht nur eine weitgehende Kritik an der vorgeschlagenen Form des Befähigungsnachweises geübt wurde, sondern auch zugleich in Resolutionen angegeben wurde, wie sich der Handwerkerstand denselben dachte, falls er segensreich für das Kleingewerbe wirken sollte.

Auf dem vom 14.—16. Juni 1885 zu Berlin stattgefundenen Innungstage hatte Herr Schornsteinfegermeister Faster, der jetzt Vorsitzender des Central-Ausschusses deutscher Innungsverbände ist, also eine sehr bedeutsame Stellung unter den Führern der Handwerkerbewegung einnimmt, das Referat übernommen, welches wir, da es deutlich die Anschauungen zeigt, die man in Handwerkerkreisen über diese Reform hegte, folgen lassen wollen.¹⁾

Die Notwendigkeit der Einführung des Befähigungsnachweises sagte der Redner, beruhe schon in dem Mißbrauch des Lehrlingswesens; es sei ein offener Mißbrauch, wenn ein Geschäftsmann 10, 12 und noch mehr Lehrlinge annehme, ohne einen Gesellen sonst zu halten; denn es sei klar, daß hier nur eine einseitige Ausbildung Platz greifen könne, es sei eben der Lehrherr außer stande, das zum Fortkommen in der Welt Nötige dem Lehrling zu gewähren. Nach seiner Lehrzeit gerate solch junger Mann dann in Not, da er in den soliden Werkstätten keine dauernde Beschäftigung finde, der Hunger treibe ihn, in die Fabrik zu gehen; dort werde er vollends ausgenutzt, sinke zum Proletarier herab und damit sei der Weg zur Sozialdemokratie betreten. Der Befähigungsnachweis also habe die Garantie zu bieten, daß der Lehrherr, welcher einen Lehrling aufnimmt, auch wirklich im stande sei, den letzteren fachmännisch auszubilden. Heute sei schon die Ausführung des § 100e der Reichsgewerbeordnung schwierig, nach welchem Nichtinnungsmeistern innerhalb eines Innungsbezirks das Recht des Lehrlingshaltens untersagt werden kann; viele, obwohl

¹⁾ Verhandlungen des 1. deutschen Innungstages zu Berlin am 14., 15. und 16. Juni 1885. Berlin, Seite 24 und folgende.

sie zu Innungen gehören, genügen eben nicht den gesetzlichen Anforderungen an einen tüchtigen Meister. Die Innungskorporationen sollen daher gehalten sein, Gewicht darauf zu legen, daß befähigte Leute geschaffen werden. Der Staat habe im eigensten Interesse die Pflicht, den Arbeitsmarkt mit leistungsfähigen Bürgern zu versorgen und zu verhüten, daß das Publikum durch Pfuschertum und von kapitalistischen Ausbeutern benachteiligt werde; die jetzt in der Gesetzgebung gegebene Möglichkeit, in die Innungen den Befähigungsnachweis einzuführen, sei nicht ausführbar. Lehrzeit und Gesellenzeit könnten wohl bei einigen, aber nicht bei allen Handwerkern den Befähigungsnachweis erbringen, sondern es müsse die Meisterprüfung hinzutreten.

Aber nicht die Behörde, der Bundesrat, wie es im Antrage Ackermann stehe, könne und solle die Handwerkskategorien bestimmen, für welche der Befähigungsnachweis erforderlich sei; das müsse die Aufgabe der Handwerker selbst, der Selbstverwaltung derselben, also zu bildender Handwerkerkammern resp. eines zu schaffenden Reichs-Innungsamtes sein. Redner betonte dann, daß zunächst Handwerksgewerbe, bei denen allgemeine öffentliche Interessen in Betracht kämen, z. B. die Baugewerbe, solche seien, für welche der Befähigungsnachweis unbedingt erforderlich sei. Daß sich jemand ohne solchen Meister nenne, sei eine Täuschung des Publikums, die aufhören müsse. Der Staat habe aber auch ein Interesse, aus sozialen und vielen anderen Gründen, die Steuerfähigkeit der leistungsfähigen Bürger zu erhalten; dazu diene der Befähigungsnachweis vor allem.

Der Redner faßte sodann die Gründe zusammen, welche für den Befähigungsnachweis sprächen.

Danach ist derselbe eine berechtigte Forderung des Handwerks, von dem die Aufrechterhaltung desselben und die Wahrung der Standesehre abhängig ist. Er ist in ethischer und sozialer Beziehung erforderlich, er ist der Schutz des Handwerks gegen kapitalistische Ausbeutung, der Schutz des Kleingewerbes gegen das Großkapital und gegen die Schwindelkonkurrenz, er ist die Handhabe zur Beseitigung des Pfuschertums. Der Befähigungsnachweis gewährleistet die allseitige Ausbildung der Lehrlinge und Gesellen und begründet die Führung des Meistertitels und das Recht der Lehrlingsausbildung. Der Befähigungsnachweis gewährleistet einen konkurrenz- und leistungsfähigen Handwerkerstand auf dem Arbeitsmarkt und dadurch steuerfähige Bürger. Der Staat hat ein Interesse daran, sich einen leistungs-

und steuerfähigen Handwerkerstand zu erhalten. Daher beantragt Referent eine Resolution folgenden Inhalts:

„Der Befähigungsnachweis ist für handwerksmäßige Betriebe als Vorbedingung für die selbständige Ausübung derselben in die Reichsgewerbeordnung aufzunehmen. Die namentliche Feststellung der Betriebe, für welche er gelten soll, hat durch Gesetz, demnächst aber auch unter Mitwirkung von Organen einer zu schaffenden Selbstverwaltung des Handwerkerstandes zu geschehen.“

Hier war also vor allen Dingen gegen die Art des im Antrage Ackermann-Biehl geforderten Befähigungsnachweises Stellung genommen worden. Nicht ein Verwendungsnachweis, sondern eine Meisterprüfung sollte die Garantie bieten, daß nur tüchtige Handwerker die Selbständigkeit erlangten. Auch wollte man nicht die Bezeichnung der handwerksmäßigen Gewerbe, sowie die Angabe derer, die als verwandte zu betrachten seien, den Behörden überlassen wissen, sondern wünschte, daß diese gleich im Gesetz angegeben würden.

Auch in Handwerkerkreisen trat man jedoch ebenso wie im Reichstage, zuerst aus erziehlichen Gründen für den Befähigungsnachweis ein, denn es sollte die Lehrlingszüchterei beseitigt und dahin gewirkt werden, daß der Meister befähigt sei, seinem Lehrling eine tüchtige Ausbildung zu gewähren. Jedoch neben der erziehlichen maßen die Handwerker dem Befähigungsnachweise auch eine weitgehende wirtschaftliche Bedeutung bei; denn was sollte es anders heißen, wenn man aussprach, der Befähigungsnachweis sei ein Schutz sowohl gegen kapitalistische Ausbeutung als gegen das Großkapital und er gewähre einen leistungs- und steuerkräftigen Handwerkerstand. Es zeigte sich doch hier wieder der Glaube, daß nach Einführung des Befähigungsnachweises eine so günstige Konkurrenzregulierung eintreten würde, daß auch jeder, der die Prüfung bestanden habe, nun so in seinem Gewerbe geschützt sei, daß er ohne weiteres einer völlig gesicherten Existenz entgegengehe. Diese Ansicht stand um so fester, als immer noch im Befähigungsnachweis ein Mittel, der Großindustrie beikommen zu können, erblickt wurde, denn die Kleingewerbetreibenden fühlten recht gut, daß diese ihnen die gefährlichste Konkurrenz bereitete. Gerade das Irrige der Ansicht, daß durch den Befähigungsnachweis die Konkurrenz der Großindustrie lahm gelegt werden könnte, hatten damals die Kleingewerbetreibenden noch nicht begriffen, während dies wohl heute schon mehr der Fall sein dürfte.

In der im Anschluß an die Rede des Herrn Faster sich entspinrenden sehr lebhaften Debatte ging man in sachliche Erörterungen tiefer nicht ein. Ganz besonders betonte man jedoch, daß der Staat überall sehr hohe Anforderungen bezüglich des Befähigungsnachweises an seine Beamten, Lehrer, Ärzte etc. stelle und daß man also weiter nichts wie gleiches Recht mit diesen verlange. Die Handwerker, die gerade dieses Argument immer wieder betonten, bedachten nicht, daß zwischen der Staatsprüfung der Beamten und der Meisterprüfung der Handwerker ein ganz bedeutender prinzipieller Unterschied besteht.

Was die Prüfungen bei Juristen und Lehrern betrifft, so werden diese nur gefordert, weil der Staat, um seine Aufgabe zu erfüllen, eine Gewähr dafür haben muß, daß seine Beamten die Befähigung besitzen, die im allgemeinen Interesse nötigen Aufgaben erfüllen zu können. Diese Prüfungen der Staatsbeamten haben nicht den Zweck, eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Lage zu ermöglichen, wie dies gerade das Hauptmoment der Handwerkerprüfung sein sollte. Was nun die ebenfalls stets mit angeführte ärztliche Prüfung betrifft, so beruht dieses Argument auf einem Irrtum. Jedermann darf die Heilkunde frei ausüben, nur ist ohne Prüfung niemand berechtigt, sich als Arzt zu bezeichnen.

Die am Schlusse seiner Rede von Herrn Faster vorgeschlagene Resolution nahm sodann die Versammlung mit allen gegen vier Stimmen an. Aus dieser erdrückenden Majorität von 247 gegen vier Stimmen ging schon zur Genüge hervor, daß sich in dieser Forderung die bisher in ihren Zielen so uneinigen Handwerker Deutschlands zusammenschlossen. Der Befähigungsnachweis war bereits, wie einer der Herren Redner äußerte, der Eckstein der ganzen Bestrebungen der Handwerkbewegung geworden.

Neben diesem ersten deutschen Innungstage beschäftigte sich auch ganz besonders der zwei Monate später tagende Kölner Handwerkertag mit dieser wichtigen Frage, nur wurde hier getreu dem Statut des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes die obligatorische Innung als Haupt- und Endziel der deutschen Handwerkbewegung in den Vordergrund gestellt.

Der Kölner Handwerkertag forderte als Ziel der anzustrebenden Reformen ¹⁾

1. Schaffung eines Gewerberechts, welches fundiert ist auf eine gesetzlich durchgeführte Trennung des Handwerks von der Großindustrie.

2. Die obligate Einführung des bei der Innung des betreffenden Gewerbes zu erbringenden Befähigungsnachweises in den in der Werkstatt erlernten gewöhnlichen Arbeiten des betreffenden Gewerbes und den durch den obligatorischen Besuch der Fach- und Fortbildungsschulen erworbenen Kenntnissen.
3. Die Schaffung leistungsfähiger Vertretungskörper in den Innungen, welche durch weitere Gewähr von obligatorischen Rechten im stande sind, das Lehrlings- und Gesellenwesen zu regeln, sowie alle Aufgaben des gesamten Handwerkerstandes gegenüber den berechtigten Anforderungen des Staates, der Gesellschaft, der Konsumtion und des eigenen Standes zu erfüllen.

„Die Versammlung erkennt jedoch, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn die Gesetzgebung in den Innungen eine Form anstrebt, unter welcher die Mitwirkung aller Gewerbetreibenden bei den Innungsaufgaben erreicht wird. Es bleibt deshalb Endziel der deutschen Handwerkbewegung, die Einführung obligatorischer Innungen herbeizuführen. Die Versammlung erkennt in obigen Forderungen die einzigen Mittel, um den Handwerkerstand zu erhalten, denselben vor den schädlichen Einflüssen des Kapitals und Pfschertums zu schützen, den sozialen Frieden wieder herzustellen und dem Handwerkerstande die ihm gebührende Stellung in der Gesellschaft zurückzugeben.“

Wenn in dieser Resolution die anzustrebenden Ziele in großen Zügen bezeichnet wurden, so unterzog man den Antrag Ackermann und Genossen noch ganz besonders einer Revision, um Verbesserungsvorschläge vor seiner Wiedereinbringung im Reichstag machen zu können. Die diesbezügliche Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Der dritte allgemeine deutsche Handwerkertag empfiehlt als gesetzliche Grundlagen für die Erteilung des Befähigungsnachweises:

1. Organisation des Handwerks in Innungen, Ausbildung der Innungsverbände (§ 104 u. ff. der G.O.).

¹⁾ Beschlüsse des 3. allgemeinen deutschen Handwerkertages und des 3. Delegiertentages des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu Köln am Rhein vom 16. bis 18. August 1885.

2. Namentliche Bezeichnung des Handwerksbetriebes, bei welchem der Befähigungsnachweis gefordert werden soll.
3. Für jeden Gewerbebetrieb, selbst wenn er als verwandter Betrieb bezeichnet werden könnte, muß der Befähigungsnachweis erbracht werden.
4. Kompetenz des Bundesrates — nach Einvernehmung der ad 1 bezeichneten Verbände —, die Zahl der Betriebe ad 2 zu erweitern und zugleich nach Maßgabe der Erweiterung die Bezeichnung ad 3 zu ergänzen.
5. Festsetzung der Minimaljahre der Lehr- und Gesellenzeit unter Einräumung des Rechtes an die sub 1 bezeichneten Verbände, diese Minimalzeit bei einzelnen Handwerksbetrieben zu erweitern.
6. Festsetzung der Minimalzeit der Lehrlinge, wenn ein Geselle nicht vorhanden ist, und Festsetzung der Verhältniszahl zu den vorhandenen Gesellen.
7. Ausscheidung der fabrikmäßig betriebenen Gewerbe von denjenigen, welche auch handwerksmäßig betrieben werden, und Definition der fabrikmäßig betriebenen Gewerbe.
8. Übertragung der Erteilung des Befähigungszeugnisses an die Innungen, und wo diese nicht bestehen, an den Handwerkerausschuss, welcher für den betreffenden Bezirk und das betreffende Gewerbe besonders zu bilden ist.
9. Festsetzung der Fälle, in welchen mit Umgangnahme von den ad 8 bezeichneten Stellen der Befähigungsnachweis zu erteilen ist, nämlich der Fall einer für besondere Gewerbe besonders eingesetzten Prüfungsbehörde, der Fall einer theoretisch und praktisch ausbildenden Unterrichtsanstalt.
10. Anerkennung einerseits des Rechtes des befähigten Gewerbetreibenden (Handwerkers), alle zur Herstellung seiner Erzeugnisse nötigen Arbeiten selbst herzustellen und hierzu die erforderlichen Hilfsarbeiter aus anderen Gewerbebetrieben zu nehmen, und Anerkennung des Verbotes anderseits, daß als Hilfsarbeiter aus anderen Gewerbebetrieben nicht Lehrlinge verwendet werden dürfen.
11. Anwendung der Bestimmungen ad 1—10 auch auf die Inhaber eines Handelsgewerbes, wenn in demselben zugleich, wenn auch nur teilweise, die Waren hergestellt werden und diese Herstellung eine handwerksmäßige, in den Rahmen von Punkt 1 und 2 fallende ist.“

Diese Kölner Resolution hatte maßgebenden Einfluß auf die bald darauf im Reichstag eingebrachten Anträge, denn die meisten der dort vorgetragenen Wünsche wurden von den Antragstellern berücksichtigt. Zunächst sprach man sich also ebenso wie in Berlin für eine Meisterprüfung, die sich auf die in der Werkstatt erlernten gewöhnlichen Arbeiten des betreffenden Gewerbes erstrecken sollte, aus. Gleichfalls in Übereinstimmung mit den Berliner Beschlüssen wünschte man eine namentliche Bezeichnung der Handwerksarten, für die ein Befähigungsnachweis nötig erschien. Vor allem forderte man jedoch die Übertragung der Erteilung des Befähigungs-Zeugnisses an die Innungen, um dieselben auf diese Weise zu stärken. Nur wo solche nicht bestanden, sollte vor einem Handwerker-Ausschuß, der für das betreffende Gewerbe für einen bestimmten Bezirk zu bilden war, die Prüfung abgelegt werden. Ferner wurde eine Definition der fabrikmäßig betriebenen Gewerbe verlangt, um so eine Scheidung zwischen Handwerk und Fabrik vornehmen zu können. Auch die sehr bedeutsame Frage der verwandten Gewerbe war in den Kreis der Erörterung gezogen worden. Ganz streng verlangte man hier für jeden Gewerbebetrieb, selbst wenn er als ein verwandter bezeichnet werden könnte, die Erbringung des Befähigungsnachweises. Auf verwandte Gewerbe sollte daher nicht die geringste Rücksicht genommen werden.

Da jedoch dem Befähigungsnachweis besonders auch eine erzielliche Bedeutung beigemessen wurde, so forderte man, um Lehrlingszüchterei zu verhindern, daß die Zahl der Lehrlinge festgesetzt werde, die ein Meister halten dürfe, falls er keinen Gesellen beschäftigte, und daß zugleich ein Verhältnis zwischen der Zahl der Lehrlinge zu derjenigen der vorhandenen Gesellen ausdrücklich im Gesetz vorgeschrieben würde. Die im Punkt 9—11 aufgestellten Wünsche waren nur eine nähere Präzisierung von schon im österreichischen Gesetz enthaltenen Bestimmungen, die sich auch bereits im vorjährigen Ackermann-Biehlschen Antrag fanden. Wie sehr den hier geäußerten Wünschen Rechnung getragen wurde, zeigte der am 25. Dezember des Jahres 1885 von den Herren Ackermann, Biehl, Hitze, Dr. Kropatscheck und Letocha im Reichstag wieder eingebrachte Antrag.¹⁾ Der nun geforderte Befähigungsnachweis war

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 6. Legislaturperiode, 2. Session 1885/86. Bd. IV Nr. 31 der Drucksachen.

kein bloßer Verwendungsnachweis mehr, sondern derselbe bestand in einer Prüfung, die sich auf den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des betreffenden Gewerbes erstreckte. Die Antragsteller hatten auch insofern die Wünsche der Handwerker berücksichtigt, als sie ungefähr 80 Gewerbe, für die der Befähigungsnachweis nötig sein sollte, im Gesetzesvorschlag aufzählten.

Die Meisterprüfung war von einer Innung oder einer besonderen Prüfungskommission, aber stets unter dem Vorsitz eines obrigkeitlichen Kommissars abzuhalten, jedoch mußte der Prüfling erst sein 24. Lebensjahr zurückgelegt, dann 3 Jahre in der Lehre und 3 Jahre als Geselle in einem Handwerk gearbeitet haben, ehe er sich der Prüfung unterziehen dürfte. Hierdurch sollte einerseits ein zu frühes Selbständigmachen der Handwerker verhindert, anderseits ein geordneter Bildungsgang derselben herbeigeführt werden. Von besonderem Interesse sind noch folgende Bestimmungen, die sich schon im vorjährigen Antrage fanden und die aus Österreich mit übernommen waren. Nämlich, daß der Befähigungsnachweis auch durch das Zeugnis einer staatlich anerkannten Unterrichtsanstalt erlangt werden könne, ferner, daß jeder Gewerbetreibende alle zur Herstellung seiner Erzeugnisse nötigen Arbeiten selbst mit den hierzu erforderlichen Hilfsarbeitern auch anderer Gewerbe ausführen dürfe, und daß auch die Inhaber von Handelsgewerben, die sich mit Herstellung von Handwerkswaren beschäftigen, gehalten seien, ihre Befähigung zu erweisen oder einen befähigten Stellvertreter zu stellen. Schliesslich wurde, weil wohl die Antragsteller selbst die Schwierigkeit der Durchführbarkeit eines solchen Gesetzes fühlten, der Bundesrat ermächtigt, vom Befähigungsnachweis je nach Umständen zu dispensieren oder ihn auch für besondere Handwerksklassen zu fordern.

Der neu gefasste Entwurf entsprach also, bis auf ganz wenige Punkte, der Kölner Resolution. Nur bei den verwandten Gewerben war man abgewichen, weil für diese kein besonderer Befähigungsnachweis erbracht zu werden brauchte. Ferner hatte man keine Definition des Begriffs Fabrik und keine Bestimmung des Verhältnisses zwischen der Zahl der Lehrlinge und der Gesellen angegeben, weil es nicht möglich war, diese Wünsche der Handwerker in die Praxis zu übertragen.

Bereits am 30. Januar 1886 beschäftigte sich der Reichstag

mit diesem neuen Antrage.¹⁾ Die Verhandlungen boten jedoch kein wesentlich neues Bild, denn es zeigte sich, daß die Parteien ihre Stellung diesem Gesetzesvorschlag gegenüber nicht geändert hatten. Die liberalen Parteien des Hauses wiesen den so bedeutend verschärften Antrag entschieden zurück. Sie machten auf die Chikanen, die sich zur alten Zunftzeit und dann besonders auch von 1849 bis 1869 in Preußen bei den Meisterprüfungen gezeigt hatten, aufmerksam. Ferner betonten sie wiederum die Schwierigkeiten, die sich der Durchführbarkeit eines derartigen Gesetzes entgegenstellten und suchten an den bisher in Österreich gemachten Erfahrungen zu beweisen, wie unfruchtbar und vergeblich der Erlass eines solchen Gesetzes sei. Die Redner der den Antrag unterstützenden Parteien führten die schon im Vorjahre angegebenen Gründe für den Befähigungsnachweis von neuem an, und suchten, ebenfalls auf österreichischen Erfahrungen fußend, die Vorteile ihres Antrages zu beleuchten. Ganz besonders machten sie jedoch auf die Wünsche der Handwerker selbst aufmerksam, die auf den beiden oben erwähnten Handwerkertagen, in vielen anderen Handwerkerversammlungen und in sehr zahlreichen Petitionen zum Ausdruck gekommen seien. Schließlich überwies das Haus wiederum den Antrag einer Kommission, in der man mit großer Gründlichkeit den Entwurf einer genauen Durchberatung unterzogen.

Nochmals kam es in dieser zu einer Erörterung der Gründe, die dafür und dagegen sprachen. In der Spezialdiskussion gaben die Antragsteller, nachdem von einem Vertreter der Regierung auf verschiedene Schwächen des Entwurfs aufmerksam gemacht worden war, selbst zu, daß bei den starken Strömungen im gewerblichen Leben und bei der Vielgestaltung der Gewerbeverhältnisse das Verzeichnis der von ihnen aufgeführten ungefähr 80 Gewerbe nicht darauf Anspruch machen könne, für alle Fälle und für lange Zeit zu genügen. Die Hauptdebatte drehte sich daher um Feststellung der handwerksmäßigen Gewerbe. Alle im Gesetzentwurf genannten Handwerksarten wurden einzeln in zwei Lesungen durchberaten und eine grössere Anzahl derselben von der Liste der handwerksmäßigen Gewerbe gestrichen, so daß von ungefähr 80 nur noch einige 60 übrig blieben.

Im übrigen blieb die Gesetzesvorlage mit ganz geringen Modifi-

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 6. Legislaturperiode, 2. Session 1885/86. Bd. II. 37 Sitzung.

kationen in der Kommission bestehen, nur wurde durch einen eingeschobenen § 14 gg auch ein Befähigungsnachweis für Frauen eingeführt. Nach kurzer Durchberatung der zahlreichen zu diesem Antrag eingegangenen Petitionen, beschloß die Kommission den abgeänderten Antrag dem Reichstag zur Annahme vorzuschlagen. Jedoch auch diesmal blieb der Gesetzesvorschlag, ohne zur zweiten Beratung zu kommen, in der Kommission liegen.

Auf dem im gleichen Jahre vom 5.—8. September zu Kösen abgehaltenen IV. allgemeinen deutschen Handwerkertage wurde eine Übereinstimmung der Wünsche der Handwerker mit denen der Antragsteller erzielt, denn die zu Kösen versammelten Kleingewerbetreibenden erklärten sich mit den Beschlüssen der XV. Kommission einverstanden und die zur Annahme gelangte Resolution, in der die Einführung des Befähigungsnachweises als dringend notwendig gefordert wurde, nahm man einstimmig an. Diese Einstimmigkeit war ein deutliches Zeichen dafür, wie einig sich die Handwerker gerade in dieser Forderung fühlten. Auch auf dieser Handwerkerversammlung war von einer sachlichen Erörterung, die sich mit der Frage der Durchführbarkeit ihrer Forderung oder mit deren Tragweite beschäftigte, nicht die Rede, sondern nur mit sehr allgemeinen Schlagworten wurde die Notwendigkeit einer derartigen Mafsregel zu begründen gesucht.

In ein wesentlich anderes Stadium trat diese ganze Frage, als im März 1887 plötzlich drei Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises im deutschen Reichstage gestellt wurden¹⁾.

Diejenigen der konservativen Partei und des Zentrums waren übereinstimmend im Sinne der Beschlüsse der XV. Kommission abgefaßt. Der von zwei Mitgliedern der Reichspartei, nämlich von den Abgeordneten von Kardorff und Lohren vorgelegte Entwurf hatte einen ganz anderen, wesentlich neuen Charakter. Schon bei den beiden ersten Beratungen im Reichstage hatte sich nämlich gezeigt, daß auch bei der liberalen Seite des Hauses und bei der Reichspartei sich eine Stimmung dafür fand, der Frage der Einführung des Befähigungsnachweises wenigstens für das Baugewerbe näher zu treten, weil bei dessen mangelhafter Ausübung Leben und Gesundheit der Mitbürger besonders leicht gefährdet sei.

Dieser im Reichstag herrschenden Ansicht wollte der Antrag

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 7. Legislaturperiode, 1. Session 1887. Bd. III Nr. 25, 29 und 43 der Drucksachen.

von Kardorff-Lohren Rechnung tragen. Derselbe forderte daher den Befähigungsnachweis nur bei solchen Gewerben, bei deren mangelhafter Ausübung Leben und Gesundheit der Mitbürger in hohem Maße gefährdet ist. Bei diesen sollte er jedoch durch eine Prüfung vor einer besonderen technischen Prüfungsbehörde, also nicht vor einer Innung oder aus einer aus Konkurrenten bestehenden Kommission abgelegt werden, um so die vielfach vorgekommenen Chikanen bei der Meisterprüfung zu vermeiden. Als derartige Gewerbe waren Brunnenmacher, Dachdecker, Fleischer, Maurer, Schornsteinfeger, Stuckateure und Zimmerleute genannt. Für eine geringe Anzahl anderer Gewerbe, nämlich für die, bei denen noch jeder Geselle leicht Meister werden könne, weil sie nicht in bedeutendem Maßstabe fabrikmäßig betrieben würden, war ein Verwendungsnachweis vorgesehen, um auch bei ihnen die häufig mit Chikanen verbundene Prüfung durch Konkurrenten zu verhüten.

Der Antrag Kardorff-Lohren ist im Vergleich zu den beiden andern als ein gemäßigter zu bezeichnen. Für die ganze Frage war er jedoch um so wichtiger, als jetzt ein Teil einer Partei, die bis jetzt sich ablehnend gegen den Befähigungsnachweis verhalten hatte, sich im Prinzip für einen solchen erklärte.

Am 24. März 1887 gelangten diese drei Gesetzesvorschläge vor das Forum des Reichstages.¹⁾ Die Debatten boten jedoch nicht wesentlich neue Momente dar und wiederum fanden die Anträge in einer Kommission, die sich in der Hauptsache auf die sehr gründlichen Beratungen der Kommission des Vorjahres stützten, ihr Grab, ohne daß sie überhaupt zur zweiten Beratung im Hause gelangten.

Auch der in demselben Jahre vom 13.—17. August 1887 zu Dortmund abgehaltene Handwerkertag förderte die Frage nicht wesentlich²⁾. Es wurde in der dort zur Annahme gelangten Resolution der Befähigungsnachweis als das einzige Hilfsmittel des ehrsamten Handwerks gegen kapitalistische Schwindelkonkurrenz und verderbliches Pfuschartum bezeichnet und deshalb an den deutschen Handwerker die energische Aufforderung gerichtet, durch Petitionen auf die

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 7. Legislaturbehörde, 1. Session 1887. Bd. I 14 Sitzung.

²⁾ Beschlüsse des 5. allgemeinen deutschen Handwerkerbundes und des 5. Delegiertentages des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu Dortmund vom 13.—17. August 1887.

Annahme der Anträge Ackermann-Biehl im Reichstage hinzuwirken.

Auch im Jahre 1888 hatte sich der Reichstag, nunmehr zum vierten Male, mit derartigen Anträgen zu beschäftigen. Diesmal machte sich bei der am 25. Januar 1888 stattfindenden Beratung bei allen Parteien das Bedürfnis geltend, nun endlich zum Abschlufs zu kommen¹⁾. Neues konnte kaum noch zur Sache angeführt werden und die Redner ergingen sich meist in Wiederholungen ihrer bereits früher angeführten Gesichtspunkte. Daher folgte schon am 29. Februar und 1. März die zweite Beratung, in der die einzelnen Paragraphen der Anträge mit einiger Majorität durchgingen.

Jedoch auch in diesem Jahre konnte der ersehnte Abschlufs nicht im Hause herbeigeführt werden, denn der nur wenige Tage darauf erfolgende Tod Seiner Majestät Kaiser Wilhelm I. nebst dem damit verbundenen schnellen Schlufs der Session liefsen den Reichstag nicht dazu kommen.

Von besonderer Wichtigkeit für die Weiterentwicklung der Handwerkerbewegung waren die beiden bedeutenden im Jahre 1888 stattfindenden Handwerkerversammlungen, von denen die erste vom allgemeinen deutschen Handwerkerbunde einberufene, vom 13.—15. August zu München tagte, während der vom Central-Ausschuß der vereinigten Innungsverbände veranstaltete zweite deutsche Innungstag wiederum in Berlin vom 9.—12. September seine Sitzungen abhielt. In beiden Versammlungen kam die zwischen den Centralvorständen beider großen Handwerkerorganisationen sich mehr und mehr ausgebildete Spannung deutlich zum Ausdruck. Die Disharmonie beider Vorstände beruhte hauptsächlich auf einer verschiedenartigen principiellen Stellung zur Frage der Einführung des Befähigungsnachweises. Während der allgemeine Handwerkerbund den Befähigungsnachweis nur anstreben zu müssen glaubte, um die Innungen zu stärken und sie lebenskräftiger zu machen, damit schließlich die obligatorische Innung erreicht werden könnte, nahm der Central-Ausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands eine durchaus entgegengesetzte Stellung ein. Er wollte auf dem Boden des Innungsgesetzes erst den Handwerkerstand korporativ einigen und die Innungen zu wirklichen Vertretungskörpern des Handwerks machen,

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 7. Legislaturperiode, 2. Session 1887/88. Bd. I 21. Sitzung. Bd. II 49. Sitzung.

um dann erst den Befähigungsnachweis, dessen Durchführung in die Hände der Innungen gelegt werden sollte, als Schlufsstein einzuführen. Aus diesem Grunde hatte der Berliner Centralvorstand, der mit dem Ausbau der Innungen Deutschlands vollkommen beschäftigt war, auch nicht, wie er anfänglich zu Berlin auf dem ersten deutschen Innungstag versprochen hatte, darauf hingewirkt, daß die Mitglieder der in Fachverbänden vereinigten Innungen sich ebenfalls dem Handwerkerbunde anschlossen. Die Berliner Innungen, die noch beim Bunde gewesen waren, traten nach und nach aus, so daß schon 1888 keine von diesen mehr beim allgemeinen deutschen Handwerkerbunde Mitglied war.

Dieses Verhältnis zwischen beiden Handwerkerorganisationen kam nun in München zur Sprache.¹⁾ Man warf den Berliner Innungsverbandsvorständen vor, nicht energisch für die Kardinalforderung des Handwerkerstandes, den Befähigungsnachweis, eingetreten zu sein. Es wurden sogar Zweifel ausgesprochen, ob überhaupt noch der Berliner Central-Ausschuß an dieser grundlegenden Forderung festhielte. In einer Resolution wurden sodann alle Bundesmitglieder, sofern sie auch Mitglieder eines Innungsverbandes seien, aufs strengste ermahnt, den Central-Ausschuß in Berlin zu der bündigen Erklärung zu veranlassen, ob er für den Befähigungsnachweis im Sinne Ackermann-Biehl und Genossen eintreten wolle oder nicht, um im Falle einer ablehnenden Antwort den Austritt aus dem Innungsverbande zu bewirken und zu erklären, daß die Handwerker auf Grund des Innungsgesetzes (§ 104a) dazu übergehen würden, Provinzial-Innungsverbände zu gründen.

Die Antwort auf diese Interpellation wurde bereits bald darauf auf dem zweiten deutschen Innungstag zu Berlin von dem Central-Ausschuß gegeben, denn ein Mitglied dieses Vorstandes, Drechslermeister Meyer, sprach sich im Namen desselben für den Befähigungsnachweis aus, jedoch liefs die ausführliche Rede desselben, sowie die Ausführungen anderer Berliner Redner in der späteren Debatte deutlich genug erkennen, daß man in Berlin nicht so optimistisch über die günstigen Wirkungen der Einführung des Befähigungsnachweises wie auf den bisherigen Handwerkertagen

¹⁾ Protokoll über die Verhandlungen des 6. allgemeinen deutschen und 6. bayerischen Handwerkertages und des 6. Delegiertentages des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes zu München am 13., 14. und 15. August 1888. München 1888, Seite 63 und folgende.

dachte und dafs man sich den schwerwiegenden Bedenken, die bereits im Reichstage von der liberalen Seite des Hauses angedeutet waren, keineswegs verschlofs. Jedenfalls hielten aber die Berliner Innungsvorstände die Verhältnisse nicht für geeignet, den Befähigungsnachweis schon jetzt obligatorisch eingeführt zu sehen.¹⁾ Meyer bezeichnete es sogar als weise von der Regierung, dafs sie bisher gezögert habe, den Anträgen Ackermann-Biehl und Genossen in Bezug auf den Befähigungsnachweis zuzustimmen.

Die Entwicklung unserer Innungsorganisation in Deutschland ist noch nicht, so fuhr der Redner fort, so weit gediehen, um jetzt schon eine Probe mit dem auf das deutsche Handwerk allein beschränkten Befähigungsnachweis machen zu können. Von zwei Übeln wählt man gemeinnütziger Weise wohl füglich das kleinere, und das kleinere erblicken wir in dem Umstande, dafs der Befähigungsnachweis vielleicht noch einige Zeit unserm Handwerk vorenthalten bleibt, während derselbe jetzt in die Gesetzgebung hinüber geführt, unzweifelhaft zu einer Zertrümmerung der kaum geschaffenen Innungen führen würde, denn die mit der Einführung des Befähigungsnachweises auf die Handwerker notwendig verknüpften Beschränkungen würden unter den Handwerkern aus Anlass der obligatorischen Meisterprüfung bald so zahlreiche Gegner erstehen lassen, dafs in absehbarer Zeit schon unser Innungswesen und alles, was damit zusammenhängt, unter dem vollen Beifall eben der Handwerker selbst gesetzgeberisch wieder von der öffentlichen Bildfläche verschwinden würde. Die Innungsfreunde müssen es sich doch selbst gestehen, dafs wenn unser gegenwärtiger Versuch mit der Wiederbelebung der Innungen mißglückt, sich gewifs keine Reichsregierung und keine Reichstagsmehrheit noch einmal geneigt zeigen würde, dem Innungswesen irgend welches Vertrauen entgegen zu bringen.

Dafs man von den Reichstagsanträgen nicht den im allgemeinen Handwerkerbunde gehofften Erfolg auch in Berlin erwartete, ging aus folgendem Teil der Rede Meyer's noch deutlicher hervor.

Derselbe sagte: „So lange der Befähigungsnachweis nicht in die Fabriken eindringen darf und er nur beschränkt bleibt auf den Kleingewerbbestand, mufs er zum Unsegen für den Handwerkerstand

¹⁾ Verhandlungen des 2. deutschen Innungstages zu Berlin am 9., 10. und 12. September 1888 nebst Einleitung. Berlin, Seite 38 und folgende.

selbst werden und unterstellt ihn einem neuen Drucke, anstatt ihn von der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien. Die obligatorische Meisterprüfung für die Handwerksbetriebe allein zur Voraussetzung gemacht, muß nur dazu führen, daß das Fabrikwesen bei uns in um so rascherem Tempo emporblüht und um so unwiderstehlicher gerade die tüchtigen, intelligenten, fachmännischen Kräfte dem Handwerkertum selbst entzieht und dieselben um so sicherer in die Fabriken hineintreibt. Erst wenn durch den Befähigungsnachweis dem Handwerke Befreiung gebracht wird, wollen wir ihn für Deutschland eingeführt wissen, dazu ist aber vor allem die Voraussetzung, daß die Fabriken von dem Wirkungsbereiche des Befähigungsnachweises auf die Dauer nicht ausgeschlossen bleiben.“

Aus dieser Stellungnahme zum Befähigungsnachweis ging auf das deutlichste hervor, daß der Berliner Central-Ausschuss sich der Schwierigkeiten der Durchführbarkeit eines derartigen Gesetzes wohl bewußt war und einsah, daß die Annahme des Antrag Ackermann-Biehl und Genossen zum Unsegen des Handwerkerstandes beitragen müßte. Man gestand hier ziemlich unumwunden zu, daß der Befähigungsnachweis, wenn er nicht auf Fabrikanten ausgedehnt werden könnte, auch für den Kleinhandwerker nur nachteilig wirken müsse.

Der Frage der verwandten Gewerbe waren die Berliner Innungen bereits näher getreten, und in langen Verhandlungen hatten sie diese zu lösen gesucht. Einer der Berliner Redner äußerte über diese Beratungen: Er habe aus ihnen den Eindruck gewonnen, daß, wenn dem Handwerkerstand der Befähigungsnachweis in der beabsichtigten Form als Schutz gegen nachteilige Konkurrenz laut Gesetz zuerkannt würde, dieser sich in sich selbst auf die unerquicklichste Weise befeinden, ja sogar zerstören würde. Die Verhandlungen wären ungemein lehrreich gewesen, sie hätten jedoch seitens des kollegialischen Wirkens der Handwerker manches zu wünschen übrig gelassen. Durch die Furcht mancher Kleingewerbetreibender an ihrem Gewerbe möglicherweise etwas zu verlieren, sei eine vollständige Einigung nicht zu erzielen gewesen. Er schlug deshalb vor, den Befähigungsnachweis nur unter Zusammenlegung verwandter Gewerbe zu fordern.“

Einer der Hauptführer der ganzen Bewegung, Brandes, (Berlin) wies ganz besonders noch darauf hin, daß die Handwerker sich noch längst nicht in Betreff der Wertschätzung des Befähigungsnachweises klar und einig seien.

Unter den einsichtsvollen Berliner Führern war also, wie die

Debatte zeigte, der Glaube an die wunderbare Konkurrenzregulierung durch eine Prüfungsordnung bereits einigermaßen geschwunden, denn sie hatten eingesehen, daß der Befähigungsnachweis ihnen nicht allein nichts nützen, sondern nur schaden werde. Auch in der Frage der verwandten Gewerbe und der Abgrenzung der Gewerbekompetenzen war ihnen klar geworden, daß nur Streitigkeiten und gehässige Befindungen die Folge dieser Einrichtungen sein müßten. Diese Ansichten schienen aber nur die einsichtigeren Berliner Handwerker zu teilen, denn wiederum wurden auch hier wieder die unklarsten Anschauungen über die Wirkung eines derartigen Gesetzes ausgesprochen. So äußerte z. B. ein Redner: „man müsse bald den Befähigungsnachweis gewähren, um der Maschinenkonkurrenz zu begegnen,“ ohne daß dieser wunderbaren Anschauung von irgend einer Seite direkt widersprochen worden wäre. Schließlich nahm man folgende von Meyer vorgeschlagene Resolution an:

„Der zweite deutsche Innungstag hält an der Forderung des Befähigungsnachweises, und zwar unter Zusammenlegung verwandter Gewerbe, als einem Schlufssteine der deutschen Innungsbewegung im Prinzip nach wie vor fest und legt den Delegierten dringend ans Herz, in ihrer Heimat nach Kräften dafür zu wirken, daß die Anträge Ackermann, Biehl und Genossen im deutschen Reichstage, betreffend den Befähigungsnachweis, bei ihrer Wiedereinbringung in der nächsten Session des deutschen Reichstages mit möglichst großer Majorität zur Annahme gelangen. Die obligatorische Meisterprüfung als Vorbedingung für den Beginn eines selbständigen Handwerks wird für den Handwerkerstand aber nur unter der Vorbedingung vorteilhaft wirken, daß gleichzeitig oder zuvor einmal durch geeignete Abänderung des Gesetzes vom 6. Juli 1887, betreffend den § 100 f. der R.G.O., das Innungsbereich auch auf die Fabriken ausgedehnt werde, und daß sodann in den vom gesamten deutschen Handwerkerstande ersehnten Innungskammern die notwendige Berufungsinstanz für die Fälle geschaffen werde, wo Handwerker sich in Bezug auf die Abnahme von Meisterprüfungen seitens einer Innung irgendwie beschwert fühlen. Inzwischen wird den Innungsvorständen dringend empfohlen, die Innungsstatuten der Art abzuändern, daß überhaupt gemäß § 100 Absatz 2 der R.G.O. Mitglieder nur auf Grund einer abgelegten Meisterprüfung in die einzelne Innung aufgenommen werden dürfen.“

Diese Resolution will aber nicht viel sagen, da gleich in dem nächsten Punkte der Tagesordnung eine Beratung über die Sicherung der Berechtigung der Führung des Meistertitels folgte. Man wollte also eigentlich, daß jeder, der seine Meisterprüfung bestanden habe, in seinem Meistertitel geschützt werde. Derjenige, der, ohne eine Prüfung abgelegt zu haben, sich als Meister bezeichne, sollte zu bestrafen sein. Um nun diese Meisterprüfung unter den Handwerkern selbst begehrenswert zu machen, wurde gewünscht, daß nur Meister Lehrlinge halten dürften und auch nur solche bei staatlichen Submissionen zu berücksichtigen seien. Eine diesbezügliche Resolution gelangte mit großer Majorität zur Annahme und aus dieser Thatsache geht zur Genüge hervor, daß der zweite Berliner Innungstag sich weniger für einen Befähigungsnachweis im Sinne der Anträge von Ackermann-Biehl und Genossen, sondern vielmehr für eine Sicherung des Meistertitels aussprach, durch welche eine weitere Verbreitung eines allerdings freiwilligen Befähigungsnachweises angestrebt werden sollte.

Neben vielen anderen Beratungspunkten, die sich meist auf den Ausbau der Innungen bezogen, kam nun ebenfalls zu Berlin die Stellung der Bestrebungen des deutschen Handwerkerbundes zu denen des deutschen Innungstages zur Sprache. Aber auch hier wurde eine Einigung zwischen beiden Handwerkerorganisationen, die meist nur in dem gegenseitigen Mißtrauen der Vorstände zu suchen war, nicht erzielt. Jedoch beschloß man, den Vorstand des zweiten deutschen Innungstages zu beauftragen, sich mit dem des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes über die Interessen des deutschen Handwerkerstandes und über die Wege und Ziele eines gedeihlichen Zusammenwirkens des Vorstandes der Zentralfachverbände einer- und des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes andererseits gemeinsam zu beraten und das Resultat dieser Verhandlungen den Verbandsinnungen mitzuteilen. Diese so angebahnte Verständigung zwischen den Vorständen der beiden Handwerkerorganisationen kam sodann im nächsten Jahre auf dem Hamburger Handwerkertage zu stande.

Auch im Reichstage sollte nun die Befähigungsnachweisfrage endlich ihren Abschluß finden.¹⁾ Nachdem in der vierten Session die Anträge, den Befähigungsnachweis betreffend, dem hohen Hause

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 7. Legislaturperiode, 4. Session 1888/89, 13. Sitzung Bd. I 42 Sitzung Bd. II.

und zwar am 12. Dezember 1888 in erster und am 19. März 1889 in zweiter Beratung vorgelegen hatten, ohne den gewünschten Abschluss herbeizuführen, brachte endlich die fünfte Session dieser Legislaturperiode eine Entscheidung. Nach schneller Beendigung der beiden ersten Lesungen trat man am 18. Januar 1890 in die dritte ein, die aber wegen Nicht-Beschlußfähigkeit des Hauses vertagt werden mußte.¹⁾ Jedoch schon zwei Tage darauf, am 20. Januar, kam es zu der endgültigen Abstimmung, in der der Gesetzentwurf mit 130 gegen 92 Stimmen zur Annahme gelangte, da nicht nur die konservative Partei und das Centrum, sondern auch ein Teil der Reichspartei dafür stimmten.

Der Bundesrat, der diesen Anträgen bisher stets abweisend gegenübergestanden hatte, blieb dieser Frage bis heute fremd, so daß der im Reichstag zur Annahme gelangte Antrag noch nicht Gesetz werden konnte. Gerade diese abweisende Haltung der Regierung veranlaßte den nun geeinigten organisierten Handwerkerstand zu weiteren Schritten. Denn auf dem vom 1—3. Juni 1890 zu Berlin abgehaltenen Handwerkertage, auf dem zum ersten Male der allgemeine deutsche Handwerkerbund und der Centralvorstand der vereinigten Innungsverbände Deutschlands geeint auftraten, wurde beschlossen, Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm II. eine Immediat-Eingabe zu unterbreiten, um ihn zu bitten, eine Immediat-Kommission von sachverständigen Personen, welche seit Inkrafttreten des 1881er Innungsgesetzes für die Anerkennung der gesetzlichen Bestimmungen eingetreten sind und an der Spitze von Handwerker Korporationen die Schäden des Handwerks kennen gelernt hatten, zur Untersuchung der gesamten Fragen der deutschen Handwerkbewegung einzusetzen. Die Deputation zur Überreichung dieser Eingabe wurde am 3. Juni 1890 von Seiner Majestät empfangen, welcher den Handwerkerstand seiner Sympathien versicherte. Die Beratungspunkte der einzusetzenden Kommission waren nach Anlage der Eingabe 13 an der Zahl, von denen der erste die Befähigungsnachweisfrage behandelte. Auf dem Berliner Handwerkertage spielten die diese Materie betreffenden Erörterungen die Hauptrolle, und namentlich wies der Hauptredner über diesen Punkt der Tagesordnung, Herr Schneidermeister Fafshauer-Köln, in seinen

¹⁾ Stenographische Berichte der Verhandlungen des deutschen Reichstages 7. Legislaturperiode, 5. Session 1889/90. Bd. I 20. Sitzung. Bd. II 37 Sitzung und 47. Sitzung.

Ausführungen darauf hin, daß, wenn die Regierungen sich nicht bald entschließen könnten, die Wünsche der Handwerker nach dieser Richtung hin zu erfüllen, große Gefahr vorhanden sei, daß breitere Schichten des Handwerkerstandes aus Unzufriedenheit in das sozialdemokratische Lager hinübergehen würden.

Hier in Berlin zeigte sich ganz deutlich, daß zwischen dem Central-Ausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands und dem allgemeinen deutschen Handwerkerbunde endlich eine vollkommene Übereinstimmung in der Wertschätzung des Befähigungsnachweises bestand. Der erstere hatte sich also seiner erst zwei Jahre früher in Berlin geäußerten Bedenken entschlagen und sich mehr zu der Ansicht des letzteren bekannt, der selbst, wenn der Befähigungsnachweis nicht auf die Großindustrie ausgedehnt werde, doch die segensreichsten Wirkungen von diesem Gesetz erwartete.

Die Eingabe an Seine Majestät Kaiser Wilhelm II. hatte insofern Erfolg, als vom 15.–17. Juni 1891 eine Handwerkerkonferenz zwischen Beauftragten des Reichs-Amtes des Innern und des königlich preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe einerseits und 21 Vertretern des organisierten Handwerkerstandes anderseits stattfand, in der sich die Beratungen fast ausschließlich um den Befähigungsnachweis drehten. Leider fanden die Verhandlungen geheim statt, so daß bisher über die Einzelheiten derselben nichts Genaues bekannt geworden ist. Der organisierte Handwerkerstand, der in dieser Konferenz alle seine Wünsche der Regierung vorgebracht hatte, erwartete von derselben ungemein viel. Er glaubte, daß weitgehende Vorlagen von seiten der Regierung zum Schutze des Handwerks dem Reichstage vorgelegt, und daß endlich der Befähigungsnachweis zum Gesetz erhoben werden würde.

Um nun zu erfahren, inwieweit die in der Konferenz von den Vertretern des Handwerks vorgeschlagenen Wünsche bei der Regierung Anerkennung und Berücksichtigung gefunden hätten und inwiefern diese bereits Vorbereitungen zu neuen diesbezüglichen Gesetzesvorlagen getroffen habe, stellten am 24. November 1891 die Abgeordneten Hitze, Haberland, Letocha und Genossen im Reichstag eine bez. Interpellation an die Regierung. In der Antwort auf diese bezeichnete der Herr Staatsminister Dr. von Bötticher die Einführung der obligatorischen Innung und auch die des Befähigungsnachweises nach seiner und des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe Ansicht für undurchführbar. Der Herr Minister wies darauf hin, daß in Beantwortung eines Rundschreibens sämtliche Bundesregierungen

sich gegen eine Wiedereinführung dieser Maßnahme ausgesprochen hätten, so daß der Bundesrat wahrscheinlich den im Reichstag zur Annahme gelangten diesbezüglichen Gesetzentwurf ablehnen werde.

Aus diesen Ausführungen des Herrn Ministers ist zu ersehen, daß die Wünsche des organisierten Handwerkerstandes in absehbarer Zeit nicht auf Verwirklichung hoffen können.

Mit dieser abweisenden Antwort auf die Interpellation Hitze ist jedoch die Befähigungsnachweisfrage keineswegs aus der Welt geschafft. Die Handwerker sind im Gegenteil so fest von den günstigen Wirkungen eines derartigen Gesetzes überzeugt, daß sie entschlossen sind, an dieser Kardinalforderung festzuhalten und so lange für dieselbe zu kämpfen, bis sich die Regierungen bereit finden werden, ihren Wünschen gerecht zu werden.

Die in kurzen Zügen zur Darstellung gebrachte neuere deutsche Handwerkbewegung war also anfänglich auf Reformen im Rahmen der Gewerbefreiheit gerichtet und erst mit dem Auftreten der Innungsfrage nahm sie einen reaktionären Charakter an. Die große Agitation der Handwerker zur Wiederherstellung des Befähigungsnachweises war jedoch nur möglich durch die Unkenntnis der Kleingewerbetreibenden selbst über das, was sie verlangten. Stets hatten die Handwerker im Auge, was sie erreichen wollten, nie traten sie jedoch in Erörterungen ein, wie und ob diese Ziele mit der vorgeschlagenen Maßregel erreicht werden könnten.

Mit leeren Schlagworten, deren Unrichtigkeit zum Teil längst erwiesen war, wurde immer wieder diese Forderung zu begründen gesucht, und da dem größten Teil unserer Handwerker eine genügende Kenntnis wirtschaftlicher Dinge fehlte, so wurden diese mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragenen Ansichten geglaubt. Zu sachlichen Erörterungen über die Einwände der Gegner des Befähigungsnachweises kam es so gut wie nicht, dieselben wurden höchstens als Spitzfindigkeiten von Leuten, die nichts vom Handwerk verstünden, verworfen und darauf hingewiesen, daß man die von den Gegnern geschilderten Zustände nicht wolle.

Daß die Handwerker früherer Tage diese mit dem Befähigungsnachweis verbundenen Mißstände und Behinderungen natürlich ebenfalls nicht gewollt hatten, daß sich dieselben vielmehr als notwendige Konsequenz eines derartigen Gesetzes herausgestellt hatten, und auch jetzt gegen ihren Willen eintreten würden, zog man nicht in Erwägung.

Am meisten hat jedoch die Thatsache, daß der organisierte

VIII. 1.

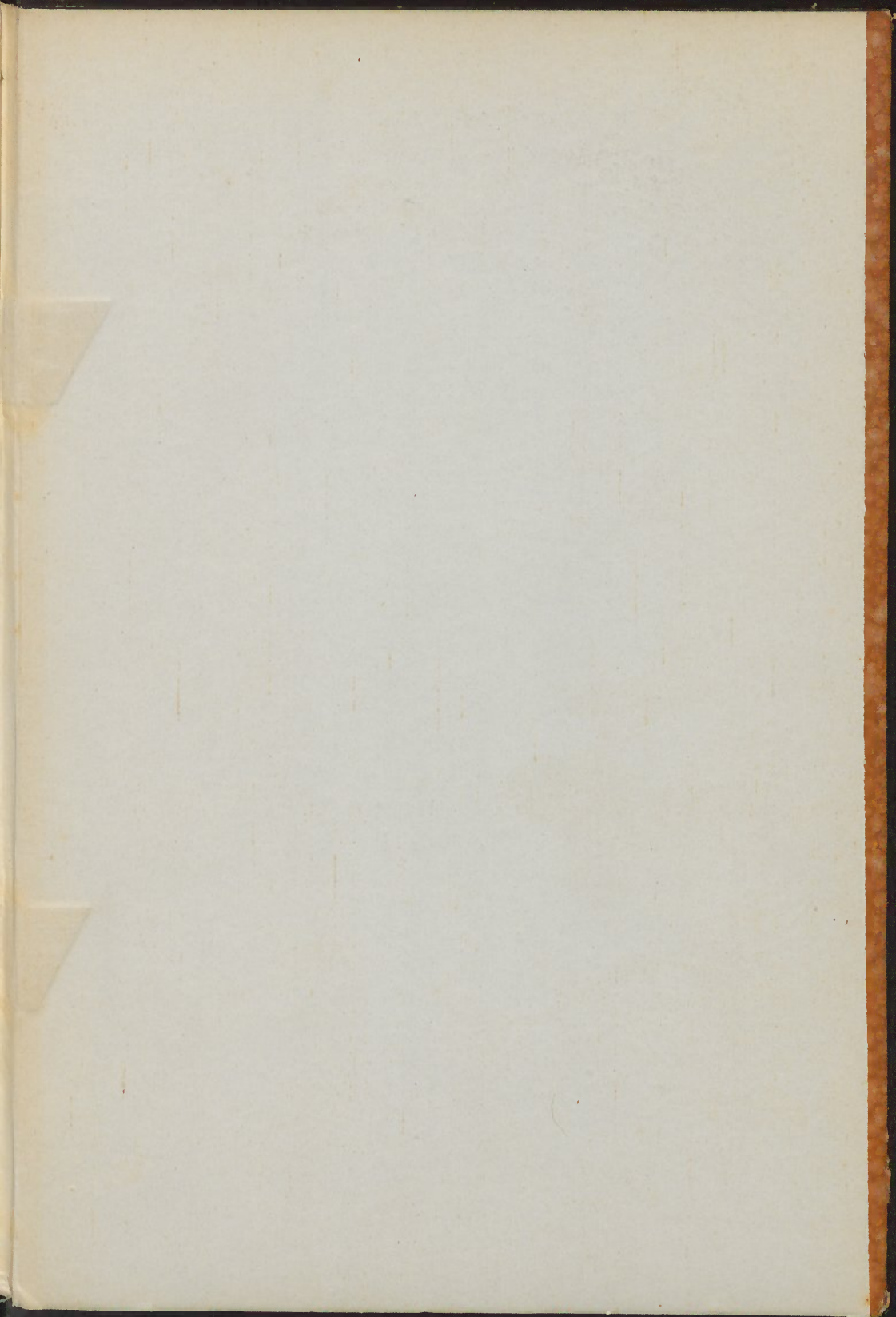
6

Handwerkerstand im Befähigungsnachweis ein Mittel sah, das wirtschaftliche Wohl nicht nur des ganzen Standes, sondern auch des Einzelnen zu heben und die Innungen zu kräftigen, dazu beigetragen, daß die Bewegung immer weitere Kreise umfaßte.

Schließlich hat jedoch noch der Umstand, daß dem oberflächlichen Beobachter die agitierenden Handwerker, entgegen dem revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung, als die konservativen Hüter alter ererbter Zustände erschienen, es wohl hauptsächlich bewirkt, daß diese Bewegung große Sympathien im Volke fand, und daß bedeutende Parteien im Reichstage für diese Bestrebungen der Handwerker thatkräftig eintraten.

(Die vorliegende Dissertation umfaßt nur den I. und II. Teil einer größeren Arbeit, die in kurzer Zeit bei Gustav Fischer in Jena in ihrer Gesamtheit erscheinen wird.)

III 946





206\$07967071